

VON UM- UND AUFBRÜCHEN

STIMMUNGSBILDER AUS
TRANSFORMATIONSERFAHRENE
REGIONEN

Philipp Kauppert und
Franziska Richter (Hrsg.)

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Herausgegeben im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von
Philipp Kauppert und Franziska Richter.

VON UM- UND AUFBRÜCHEN

**STIMMUNGSBILDER AUS
TRANSFORMATIONSERFAHRENEN
REGIONEN**

Brandenburg, Nordrhein-Westfalen,
Saarland und Sachsen-Anhalt

Philipp Kauppert und
Franziska Richter (Hrsg.)

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

Inhalt

I.

EINFÜHRUNG

8

*Philipp Kauppert,
Franziska Richter*

II.

STIMMUNGLAGEN AUS TRANSFORMATIONSERFAHRENE REGIONEN

*Lennart Hagemeyer,
Jana Faus*

1. Einleitung **16**
2. Methodisches Vorgehen **20**
3. Gesellschaftliche und politische
Stimmung: Motor oder Bremse
der Veränderungsbereitschaft **24**
4. Einflussfaktoren auf
Veränderungsbereitschaft in
krisenbehafteten Zeiten **31**
5. Wie gesellschaftliche Resilienz
geschaffen werden und
Veränderungsbereitschaft
fördern kann **42**
6. Fazit **46**

III.

STIMMEN AUS DEN REGIONEN ESSAYS

BRANDENBURG

„Revierwende“ in der Lausitz 52
Lars Katzmarek

NORDRHEIN-WESTFALEN

Wenn das Leben auf den Kopf gestellt ist 55
Regionale Bewältigungsstrategien in Krisensituationen
Katrin Bauer, Gabriele Dafft

SAARLAND

Mit Weiterbildung, Mitbestimmung und ehrenamtlichem Engagement den Umbruch gestalten 59
Thomas Otto, Carina Webel, Melanie Blatter

SACHSEN-ANHALT

Zwischen gesellschaftlicher Resilienz und progressiver Veränderung – Praxisbeispiele aus der Region 63
Juliette Brungs, Marleen Hascher, Helge Petersen

IV.

AUSBlicKE

„Miese Gefühle“ mithilfe von Begegnungen auflösen 70
Die Bedeutung öffentlicher Orte und Gelegenheiten für den Austausch
Claudia Neu

Heimat als Indiz 74
Annäherung an einen progressiven Heimatbegriff
Leander Scholz

ANHANG

Angaben zu den Autor*innen 80
Publikationen der FES 82
Impressum 86



Einführung



1.

I.

Einführung

Fragestellungen und ausgewählte Regionen

In politischen und akademischen Debatten wird der Begriff der „Transformation“ seit ein paar Jahren sehr häufig verwendet. Meist werden damit die Veränderungsprozesse beschrieben, die aus Sicht der politischen Expert*innen notwendig sind für die Zukunftsfähigkeit von Land und Gesellschaft. In der Alltagssprache spricht man von „Umbrüchen“ – dabei sind auch die Schwierigkeiten und Herausforderungen mitgedacht, die bei solchen Veränderungsprozessen entstehen. „Aufbrüche“ wiederum stehen für Neubeginn, dies kann individuell gemeint oder auf Regionen bezogen sein. Hier geht es um das gemeinsame Nachdenken über neue Wege, über gesellschaftliche Alternativen und ein anderes Zusammenleben.

Wir haben uns gefragt, was die Menschen jenseits von Politik und Wissenschaft mit dem eher abstrakten Begriff der „Transformation“ verbinden. Wie erleben sie die vielfältigen „Umbrüche“, die aktuell parallel und zeitgleich stattfinden? Wie stellen sie sich „Aufbrüche“ in eine andere Zukunft vor, und inwieweit können sie derzeit überhaupt positi-

ve Zukunftsbilder andenken? Dies waren die Überlegungen, die uns bewegt haben, die vorliegende Publikation zu konzipieren. Die Studie soll einen Beitrag dazu leisten, authentische Stimmungsbilder aus transformationserfahrenen Regionen einzufangen, um aufzuzeigen, wie ähnlich oder unterschiedlich Bürger*innen vergangene, aktuelle oder kommende Veränderungsprozesse wahrnehmen. Damit wollen wir auch Impulse für die weitere politische Gestaltung geben.

Wir haben dafür **zwei ostdeutsche Bundesländer** (Brandenburg und Sachsen-Anhalt) sowie **zwei westdeutsche Bundesländer** (Nordrhein-Westfalen und das Saarland) ausgewählt.

1. **Brandenburg.** Wie in den anderen „neuen“ Bundesländern kam es in Brandenburg nach 1989 zu einer flächendeckenden Deindustrialisierung, deren Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt noch heute zu spüren sind und die Lebensrealität vieler Bürger*innen vor Ort beeinflussen. Darüber hinaus muss Brandenburg die Herausforderungen des Kohleausstiegs in der Lausitz bewältigen. Auf der anderen Seite bieten Tou-

asmusprojekte, aber auch Unternehmensansiedlungen wie beispielsweise von Tesla neue Potenziale.

2. **Nordrhein-Westfalen** – konkret kamen die Teilnehmenden aus dem Ruhrgebiet sowie aus dem rheinischen Revier. Auch hier sind die Erfahrungen des Strukturwandels infolge des Endes der Kohleförderung sowie des Umbaus der Stahlindustrie nach wie vor prägend. Darüber hinaus gilt das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen als eines, in dem Unterschiede zwischen Stadt und Land besonders sichtbar werden und Problemlagen damit häufig lokalspezifische Eigenheiten haben.

3. Auch das **Saarland** ist eine Region, die stark von Transformation betroffen ist. Das gilt insbesondere für Umwälzungen in der Stahl- sowie in der Automobilindustrie, die für das kleinste Flächenbundesland in Deutschland massive Veränderungen mit sich gebracht haben. Das Saarland hat sich in seiner Geschichte immer wieder neu erfinden müssen: von einer Montanregion zu einem modernen Industrie- und Dienstleistungsstandort mit internationaler Ausrichtung – Potentiale, die mit einem Aufbruchgeist freigesetzt werden können.

4. **Sachsen-Anhalt**. Aufgrund der tiefgehenden Umbrüche nach 1989 gab es ähnliche Erfahrungen wie in Brandenburg. Sachsen-Anhalt gilt gemeinhin als wirtschaftlich schwach und strukturell benachteiligt. Die Abwanderung junger, oft hochgebildeter Bürger*innen ist auch hier ein großes Problem, dem beispielsweise mit der Ansiedlung von Unternehmen wie dem Chiphersteller Intel in Magdeburg entgegengewirkt werden soll. Sachsen-Anhalt kann neben neuen Ansiedlungen zudem einige Leuchtturmprojekte für nachhaltige und zukunftssträchtige Transformation vorweisen.

Bei der Arbeit an der Publikation konnten wir auf die große Fachexpertise unserer Abteilung Politische Bildung & Dialog zurückgreifen, die in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen über Landesbüros verfügt. Die Konzeption und Umsetzung erfolgten in enger Zusammenarbeit mit den Kolleg*innen der Landesbüros: Urban Überschär (Brandenburg), Severin Schmidt (Nordrhein-Westfalen), Marcel Rauer (Sachsen-Anhalt) und Ellen Diehl (Saarland/Rheinland-Pfalz).

Die übergeordnete Arbeit an der Publikation hat das Referat Demokratie, Gesellschaft & Innovation (DGI) koordiniert, im Besonderen wir als Fachreferent*innen für „Zusammenhalt in Vielfalt“ (Philipp Kauppert) und „Politik in Ostdeutschland, Kultur & Politik“ (Franziska Richter), fachlich begleitet von der Referatsleiterin Stefanie Elies. Wie an dieser Publikation deutlich wird, versteht sich das Referat DGI als Ort, an dem fruchtbare Verbindungen zwischen der nationalen Debatte und der dezentralen Arbeit in den Bundesländern und Regionen hergestellt werden sollen.

Methodik

Die Meinungsforschungsagentur pollytix wurde von uns damit beauftragt, im Oktober 2023 acht Diskussionen im Rahmen von Workshops mit Personen durchzuführen, die aus den vier beschriebenen Regionen stammen. Die Zusammensetzung dieser Workshops unterlag neben der regionalen Herkunft auch anderen demografischen Kriterien (in erster Linie waren dies Geschlecht, Alter, Stadt/Land).

In jedem Workshop waren Bürger*innen beteiligt, die die Meinungsforschungsagentur rekrutiert hatte. Zudem wurden über Empfehlungen unserer Kolleg*innen in den Landesbüros „Macher*innen“ in die Workshops

eingeladen – Personen aus der Zivilgesellschaft oder politiknahen Institutionen, die sich konkret im Bereich Transformation engagieren, hier beruflich tätig sind oder besondere Expertise aufweisen. Während sich die „Macher*innen“ in den einführenden Gesprächen über die Stimmungen vor Ort zurückhielten, um die Teilnehmenden nicht zu beeinflussen, übernahmen sie im zweiten, praktischen Teil eine stützende Rolle. Die Gruppen sollten hier eine konkrete Aufgabe für eine fiktive Kommune lösen wie beispielsweise eine positive Kampagne für eine Region entwerfen oder eine Werbekampagne für mehr lokale Beteiligung und Engagement andenken.

Aufbau der Publikation

Die Ergebnisse der eben beschriebenen Studie der Meinungsforschungsagentur pollytix zu „Stimmungsbildern aus transformationserfahrenen Regionen“, verfasst von Lennart Hagemeyer und Jana Faus, stehen im Mittelpunkt von **KAPITEL II**.

In **KAPITEL III** geben wir „Stimmen aus den ausgewählten Regionen“ Raum. Wir haben hier Akteur*innen aus Politik, Gewerkschaft und Wissenschaft um Essays zu bestimmten Aspekten gebeten, die die aufgeworfenen Fragestellungen vertiefen:

Lars Katzmarek, Regionalmanager „Green Business“ und Revierbotschafter für die Lausitz (**Brandenburg**), beschreibt in seinem Essay die anstehenden Transformationsprozesse der „Revierwende“ in der Lausitz, reflektiert Zuschreibungen seiner Region und entwickelt positive Zukunftsbilder für Brandenburg.

Katrin Bauer und Gabriele Dafft vom LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte in Bonn befassen sich in ihrem Essay

mit den alltagskulturellen Strategien der Bewältigung von Stress und Umbrüchen in der Region **Nordrhein-Westfalen/Rheinrevier**. Unter anderem gehen sie auf die große Bedeutung von gemeinsamen Symbolen, Zeichen und sprachlichen Codes ein.

Melanie Blatter, Thomas Otto und Carina Webel von der Arbeitskammer des **Saarlandes** skizzieren in ihrem Essay, wie mit Weiterbildung, Mitbestimmung und ehrenamtlichem Engagement Umbrüche gestaltet werden können und dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden kann. Dabei wird die große Bedeutung von Allianzen und Verbünden für die Vernetzung der Akteur*innen vor Ort herausgearbeitet.

Juliette Brungs, Marleen Hascher und Helge Petersen vom Institut für demokratische Kultur der Hochschule Magdeburg-Stendal zeigen anhand konkreter Beispiele aus **Sachsen-Anhalt** auf, wie bedeutsam das Lokale als Orientierungs- und Anknüpfungspunkt für zivilgesellschaftliche Basisarbeit ist und dass die Stärkung des lokalen/regionalen Gemeinschaftsgefühls der Mitwirkung aller gesellschaftlichen Ebenen bedarf.

Das Kapitel **AUSBLICKE** lädt zur weiteren Reflexion bestimmter Aspekte ein, die sich aus den Stimmungsbildern und den Essays ergeben.

Claudia Neu, Leiterin des Fachgebiets Soziologie ländlicher Räume der Universität Göttingen, denkt über die große Bedeutung sozialer Orte und Möglichkeiten des Austauschs nach, um die „miesen Gefühle“ zu überwinden und auch positive Geschichten entwickeln und erzählen zu können. Es braucht dafür ein Minimum an öffentlichen Strukturen und Institutionen.

Der Philosoph und Schriftsteller **Leander Scholz** nähert sich in seinem Essay einem progressiven Heimatbegriff an und beschreibt, weshalb es auch im aktuellen Kontext eine gewisse Sehnsucht nach Heimat gibt. Er argumentiert, dass dahinter die Wünsche nach Sicherheit und Geborgenheit stecken und darüber auch Kritik an den bestehenden Verhältnissen artikuliert wird.

Die wichtigsten Erkenntnisse und Botschaften

Eine der ermutigenden Erkenntnisse aus der Studie ist, dass die Lage vor Ort in den Regionen besser ist als die medial vermittelte gesellschaftliche Stimmung. Allerdings sind positive Erzählungen und Vorstellungen, also auch das Gefühl von „Aufbrüchen“, bei den Menschen nicht ohne Weiteres sofort abrufbar. Fragt man aber nach und fokussiert die eigenen Regionen, dann können sich durchaus auch positivere Stimmungs- und Zukunftsbilder entwickeln.

Der Begriff der „Transformation“ ist für viele Menschen allerdings unverständlich, im Zweifelsfall kann er sogar kontraproduktiv sein und Widerstand erzeugen. Vielmehr braucht es alltagsnahe Erfahrungen und Erzählungen, die all die großen Begriffe mit Leben füllen und die Menschen mitnehmen, vom Kleinen zum Großen. In den Workshops wurde klar und deutlich, dass die Menschen konkrete Lösungen für ihre Probleme des Alltags erwarten.

Seit einiger Zeit taucht der Begriff der „Resilienz“ in der öffentlichen Debatte auf. Angesichts all der Krisen geht es zunächst darum, dass die einzelnen Personen Fähigkeiten und Kompetenzen entwickeln, um widerstandsfähig zu sein. In der Publikation ging es aber vor allem um die Frage, wie wir Resilienz

auch auf gesellschaftlicher Ebene noch besser bewirken können. Momentan ist die Stimmung in der Bevölkerung geprägt von Unsicherheiten und Ängsten. Es gibt einen Wunsch nach Sicherheit, dem in der politischen Kommunikation und im konkreten Handeln Rechnung getragen werden sollte. Nur dann entsteht auch wieder eine größere Bereitschaft zur Veränderung, auch wenn prinzipiell die Notwendigkeit bestimmter Reformen und Anpassungen durchaus von der Mehrheit gesehen wird. Insgesamt ist es eine wechselseitige Beziehung: Sicherheit ermöglicht Veränderung, und Wandel erzeugt wiederum neue Sicherheiten. Dafür notwendig ist allerdings, dass der Staat auf den unterschiedlichen Ebenen die strukturellen Rahmenbedingungen schafft. Da in unserer Publikation der Schwerpunkt auf den Regionen und den Kommunen liegt, geht es hierbei insbesondere um eine angemessene Infrastruktur, eine funktionierende Verwaltung und gute Lebensbedingungen für alle Menschen vor Ort.

Veränderungsprozesse funktionieren am besten, wenn möglichst viele Menschen beteiligt werden. Dafür braucht es Allianzen und Bündnisse mit den relevanten Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft sowie den Sozialpartnern vor Ort. Um lokales Engagement, die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, braucht es Orte, an denen Menschen sich begegnen und austauschen können. Soziale Orte sind von enormer Bedeutung, wenn es Konfliktpunkte gibt oder durch Veränderungsprozesse Reibung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen entsteht. Krisen werden häufig im kulturellen Austausch mit anderen, durch Kommunikation und kollektives Handeln bewältigt, wie beispielsweise gemeinsame Symbole, Rituale und sprachliche Codes.

Damit aus „Umbrüchen“ im Bestfall „Aufbrüche“ werden können, sind insofern gemeinsame Bilder und Erzählungen notwendig. Eine dieser Erzählungen könnte von der Idee der „Heimat“ ausgehen. Während der konservative Heimatdiskurs bestimmte Gruppen ausschließt, muss ein progressiver Heimatbegriff an der Idee einer offenen und vielfältigen Gesellschaft ansetzen. So können (neue) Allianzen geschaffen und kollektive Handlungsfähigkeit hergestellt werden. Dadurch können Zuversicht und Hoffnung auf eine bessere Zukunft entstehen, im Sinne einer praktischen und handlungsanleitenden Utopie. Heimat hat eine symbolische Dimension, aber auch eine materielle. Womit wir wieder bei der Daseinsvorsorge wären und der Präsenz des Staats in der Fläche. Diese Präsenz ist notwendig, um Demokratie im Kleinen konkret erfahrbar zu machen und das Vertrauen in „die Politik“ mittelfristig wiederherzustellen.

Wir hoffen, dass unsere Publikation einen wertvollen Beitrag zur öffentlichen Debatte über die verschiedenen Veränderungsprozesse unserer Zeit leistet. An manchen Stellen haben wir auch neue Fragen aufgeworfen, die wir als Friedrich-Ebert-Stiftung gerne mit Ihnen diskutieren möchten. Die Erkenntnisse mögen in Teilen etwas ernüchternd klingen. Aber nur durch das Verständnis der verschiedenen Dimensionen von „Umbrüchen“ können auch wieder neue „Aufbrüche“ entstehen. In jeder Krise liegt eine Chance, aus den gelebten Erfahrungen etwas zu lernen und daraus Veränderungen abzuleiten. Im Aufbruch zu sein bedeutet, in Bewegung zu bleiben und gewisse Gewohnheiten zu durchbrechen, auch wenn das Ziel bisweilen nicht klar ist. Wir laden Sie ein, diese Aufbrüche mit uns gemeinsam zu denken und zu gestalten!

PHILIPP KAUPPERT

Referent Zusammenhalt in Vielfalt

FRANZISKA RICHTER

Referentin Politik in Ostdeutschland,
Kultur & Politik

Referat Demokratie, Gesellschaft &
Innovation, Abteilung Politische Bildung &
Dialog, Friedrich-Ebert-Stiftung



Stimmungslagen aus transformationserfahrenen Regionen



Eine Studie der
pollytix strategic research gmbh
Lennart Hagemeyer, Jana Faus

II.

1. Einleitung

Gesellschaftliche Zeitdiagnosen sind geprägt von Sorgen um die Zukunft und Verlustängsten vieler Bürger*innen. Veränderungsprozesse, die aufgrund des Klimawandels sowie des grundsätzlichen Investitionsstaus angestoßen werden müssen, finden deshalb dem Vernehmen nach wenig Zustimmung. In der Wahrnehmung vieler stehen diese Bedenken auch häufig bei politischen Entscheidungsträger*innen im Vordergrund. Die kommunikative Vermittlung der Notwendigkeit zur Veränderung wird hingegen dem Eindruck nach häufig vernachlässigt. Dazu nimmt das Vertrauen in Politik, Probleme wirklich zu lösen, immer mehr ab (Hagemeyer et al. 2024). Somit ergibt sich ein Dilemma. Denn selbst wenn wir davon ausgehen, dass Bürger*innen Veränderungsprozessen grundsätzlich positiv gegenüberstehen würden, überwiegen derzeit die Sorgen und das mangelnde Vertrauen in Veränderungsakteur*innen aus der Politik so sehr, dass eine Veränderungsbereitschaft sich kaum entfalten kann. Ganz zu schweigen von denjenigen aus Politik und Bevölkerung, die Veränderungsprozesse bewusst bremsen wollen und sich an progressiven Zukunftsvisionen kulturell und allgemein stören. Dass sich rechtsextreme Weltbilder

immer weiter ausbreiten und verschwörungs-ideologischen Inhalten (Zick/Mokros 2023; Küpper et al. 2023) immer mehr zugestimmt wird, hat auch negative Auswirkungen auf die Durchsetzung von Transformationsprozessen.

Die Ausgangssituation bleibt herausfordernd. Dass wir uns momentan in einer Vertrauenskrise befinden, lässt sich nicht leugnen. Politik genießt insgesamt geringes Vertrauen, wenn es darum geht, wie Probleme des Alltags gelöst werden können. Krisen wie die Covid-19-Pandemie, aber auch die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine (Energiekrise) haben vielen Menschen gezeigt, dass politische Krisen nicht politisch bleiben, sondern immer stärker in den Alltag eines und einer jeden Einzelnen vordringen können. Wenn auch bei manchen Krisen (auch durch politisches Handeln) das Schlimmste verhindert wird, bleiben im Bewusstsein eher negative Aspekte hängen. Beispielhaft ist hier die Energiekrise im Winter 2022/2023 zu nennen. Dank der Energieeinsparungen und der Auffüllung der Speicher sind entgegen vielen Befürchtungen weder eine Gasmangellage noch eine erneute deutliche Preissteigerung

eingetreten, was zumindest in Teilen staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen zu verdanken war. Rückblickend konnten die Akteur*innen aus diesen Ereignissen jedoch kein politisches Kapital schlagen, mit der Debatte über das Gebäudeenergiegesetz hat sich die Stimmung spätestens ab dem Frühjahr 2023 gar in die andere Richtung gedreht. Die Politik wird also nicht als Problemlöserin, sondern als ursächlich für gesamtgesellschaftliche Problemlagen wahrgenommen. Ob und wie sehr dieses mangelnde Vertrauen und die Regierungspolitik für Zuwächse extremistischer Parteien wie der AfD verantwortlich sind, kann und soll hier nicht diskutiert werden. Klar ist aber, dass die Zuwächse in diesem Spektrum die Veränderungsbereitschaft in breiten Teilen der Gesellschaft immer mehr schwächen und erfolgreiche Transformationsprozesse bremsen (Amlinger/Nachtwey 2022).

Veränderungsprozesse sind seit jeher Teil vieler Biografien in Ost- und Westdeutschland. In jüngster Vergangenheit stehen insbesondere die deutsche Einheit und der damit verbundene Systemumbruch nach 1989 im Zentrum, der für viele Bürger*innen in Ostdeutschland massive Folgen im Alltagsleben hatte, die bis heute nachwirken. Parallel zu diesem Prozess kamen Auswirkungen von Aspekten wie Globalisierung oder Digitalisierung zum Tragen, weshalb in Ostdeutschland teils von einer „doppelten Transformation“ gesprochen werden kann (Elies/Richter 2022). In Westdeutschland ist das Wissen über diese Umbruchszeiten jedoch nach wie vor begrenzt (Storks et al. 2023). Insgesamt sind aber viele Regionen in Deutschland von ihren ganz eigenen aktuellen und vergangenen Umbrüchen geprägt. Genannt sei hier beispielsweise der Strukturwandel im Ruhrgebiet, nachdem die Förderung von Kohle und die Stahlproduktion an Bedeutung verloren.

Ähnliche Entwicklungen sind in der Lausitz, im Rheinland („rheinisches Revier“) oder auch im Saarland vonstattengegangen oder noch im Gang. Aus anderen Studien wissen wir, dass Ungleichheiten, aber auch Zukunftsaussichten mit Blick auf Transformationen sich regional sehr voneinander unterscheiden (Gohla/Hennicke 2023).

Für folgende notwendige Veränderungsprozesse lässt all dies nun zwei Schlussfolgerungen zu. 1.) Die positive Lesart lautet, dass Bürger*innen, die bereits Veränderungsprozesse mitgemacht haben, auch bereit sind, neue Veränderungen mitzugehen. Sie glauben an die Notwendigkeit und die Kraft des Neuen. Es bestehen der Wille, Positives zu wiederholen, sowie die Bereitschaft, aus alten Fehlern zu lernen. Damit geht auch ein Vertrauen in Veränderungsakteur*innen aus Politik und Wirtschaft einher, dass beispielsweise unmittelbare Auswirkungen auf das Leben Einzelner anders als bei vergangenen Prozessen mitgedacht und soziale Misstände vermieden werden. Die sozial-ökologische Transformation wird also als ein notwendiger Prozess betrachtet, der Zukunftsfähigkeit für Wirtschaft und Gesellschaft sichern kann und angepackt werden muss. Für dieses „Aus-Fehlern-lernen“-Denkmuster ist auch die Fähigkeit, sich eine positive Zukunft vorzustellen, von hoher Relevanz. Die Vermittlung von „Zukunftsmut“ kann hier Aufgabe von Politik sein, muss aber auch gesellschaftlich mitgetragen werden. 2.) Die negative Lesart lautet, dass Bürger*innen es „satthaben“, ein zweites oder drittes Mal Veränderungsprozesse durchleben zu müssen, für die sie selber nicht oder nur sehr begrenzt verantwortlich sind. Das Misstrauen gegen Veränderungsakteur*innen dominiert und es wird befürchtet, dass sich schlechte Erfahrungen aus vergangenen Prozessen wiederholen.

Im Wissen, dass beide Szenarien keine Entweder-oder-Schlussfolgerungen erlauben, bleibt eines klar: Vergangene Erfahrungen haben eine Auswirkung auf den Veränderungswillen der Bevölkerung, ohne den eine erfolgreiche sozial-ökologische Transformation nicht denkbar ist. Zu klären bleibt, wie stark diese sich in welche Richtung auswirken und ob sie sich womöglich in ihrer Wirkung voneinander unterscheiden. Im Zentrum stehen dabei auch die Entwicklung und Herausbildung einer gesellschaftlichen Resilienz (Reckwitz 2021). Unter gesellschaftlicher Resilienz wird die Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft verstanden, auf (externe) Schocks zu reagieren. Beispielhaft sind hier die Covid-19-Pandemie, der Überfall Russlands auf die Ukraine, aber auch langfristige Entwicklungen wie die Klimakrise zu nennen. Diese sind zwar nicht immer prognostizierbar, aber Politik kann vorsorgen, um ihre Auswirkungen einzudämmen. Das spricht für eine vorausschauende Vorgehensweise, die aber in Polykrisenzeiten notwendig erscheint, um gleichzeitig Raum für eine nach vorne gerichtete und progressive Politik zu schaffen. Reckwitz (2021) beschreibt dies treffend anhand der Standbein-Spielbein-Metapher, wobei die Resilienz das Standbein verbildlicht, das die Gesellschaft im Gleichgewicht halten soll. Das Spielbein steht in diesem Bild für progressive, die Gesellschaft verbessernde Politik. Wir wollen im Rahmen dieser Studie auch zeigen, wie realitätsnah diese Metapher sein kann.

Der Forschungsgegenstand ist aus mehreren Gründen von hoher Relevanz. Zum einen soll die Studie einen klareren Blick auf die oben genannten Problemlagen vermitteln. In einer anderen Studie von pollytix konnten wir bereits feststellen, dass bundesweit Ideen zur Transformation durchaus Anklang finden können, aufgrund des mangelnden Vertrau-

ens der Bürger*innen in die Politik aber häufig nicht ernst genommen werden beziehungsweise ihnen die Umsetzung nicht zugeutraut wird (Hagemeyer et al. 2024). In dieser Studie liegt der Fokus eher auf möglichen Lerneffekten aus transformationserfahrenen Regionen. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, die Wahrnehmung der Bürger*innen in den Regionen mit Blick auf vergangene, laufende und kommende Veränderungsprozesse in ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden besser erklären zu können. Wie werden beispielsweise Ungleichheiten in vergangenen Transformationsprozessen wahrgenommen? (Wie) kann aus alten Prozessen gelernt werden? Können diese teils negativ wahrgenommenen Umbrüche positiv mit neuen Geschichten überschrieben werden? Darüber hinaus können unsere Antworten helfen, politischen wie gesellschaftlichen Akteur*innen Empfehlungen für die Umsetzung transformativer Prozesse zu geben.

Zusammengefasst soll die Studie die folgenden Fragen beantworten:

- **Wie reagieren die Menschen in Deutschland auf die vielfältigen Veränderungsprozesse sowie die Erfahrungen von Umbrüchen?**
- **Gibt es gemeinsame „Transformationsidentitäten“ oder sind die Erfahrungen in den Regionen sehr unterschiedlich?**
- **Welche Faktoren sind für die Veränderungsbereitschaft der Gesellschaft relevant?**
- **Wie hängt die gesellschaftliche Stimmung mit der Herausbildung gesellschaftlicher Resilienz und der Veränderungsbereitschaft zusammen?**

- **Wo können mögliche Chancen für positive Narrative und Erzählungen liegen?**
- **Wer/was wären hier zukünftig wichtige Akteur*innen und Allianzen?**

Dazu hat pollytix im Oktober 2023 acht Diskussionen im Rahmen von Workshops mit Personen durchgeführt, die aus Regionen stammen, in denen Transformationsprozesse prägend waren und sind. Die Vorgehensweise und Zusammensetzung dieser Workshops unterlagen unterschiedlichen demografischen Kriterien, die weitere Schlussfolgerungen ermöglichen sollen. Sie werden im folgenden Kapitel 2 ausführlich dargelegt. In Kapitel 3 wird auf Basis dieser Workshops beschrieben, inwieweit die gesellschaftliche Grundstimmung sich in der Bevölkerung auf die Veränderungsbereitschaft auswirkt. Es wird also geklärt, welche Grundvoraussetzungen bestehen und wie sich die gesell-

schaftliche Stimmung in den Diskussionen niederschlug. Im folgenden Kapitel 4 werden diese Erkenntnisse weitergeführt und diskutiert, welche Einflussfaktoren die Veränderungsbereitschaft steigern können. Hier spielen regionale und demografische, aber auch kommunikative Faktoren eine Rolle, bei denen es darum geht, wie Begriffe wie sozial-ökologische Transformation oder Strukturwandel wahrgenommen und verstanden werden. In Kapitel 5 soll schließlich der Begriff der Resilienz näher beleuchtet werden. Gemeinsam und im Wechselspiel mit den zuvor dargelegten Einflussfaktoren ist gesellschaftliche Resilienz nach unserer Ansicht die entscheidende Bedingung für einen gelingenden Transformationsprozess. Die Studie wird mit dem Fazit in Kapitel 6 abgerundet. Nach einer Zusammenfassung der Ergebnisse werden strategische Implikationen für Akteur*innen aus der Politik, aber auch aus Wirtschaft, Medien, Gewerkschaften und insbesondere der Zivilgesellschaft erläutert.

2. Methodisches Vorgehen

Für die Studie wurde ein qualitativ-explorativer Forschungsprozess gewählt. Die Grundlage bilden hier acht zweistündige Online-Workshops, die im Oktober 2023 durchgeführt wurden.¹ Die Teilnehmer*innen der Workshops stammen aus vier transformationserfahrenen Regionen in Deutschland.

Eine der ausgewählten Regionen ist das Bundesland Brandenburg. Wie in den anderen „neuen“ Bundesländern kam es auch in Brandenburg nach 1989 zu einer flächendeckenden Deindustrialisierung, deren Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt noch heute zu spüren sind und die Lebensrealität vieler Bürger*innen vor Ort be-



Abbildung 1:
Ausgewählte Regionen² für
Teilnehmende der Workshops
Created with Datawrapper



- ¹ Für die Vorbereitung, Durchführung und Analyse der Workshops bedanken wir uns sehr herzlich bei Selina Alin, Nadja Dobler, Charlotte Faltas und Lina Ludwig.
- ² In Nordrhein-Westfalen wurden lediglich die Regionen ausgewählt, die von Transformationsprozessen betroffen waren und sind, nämlich das Ruhrgebiet und das rheinische Revier.

einflussen. Darüber hinaus muss Brandenburg mit den Herausforderungen des Kohleausstiegs in der Lausitz umgehen. Auf der anderen Seite bieten Tourismusprojekte, aber auch Unternehmensansiedlungen wie beispielsweise von Tesla neue Potenziale. Weitere Teilnehmer*innen stammen aus transformationsbetroffenen Regionen in Nordrhein-Westfalen – konkret aus dem Ruhrgebiet sowie aus dem rheinischen Revier. Auch hier sind Strukturwandelprozesse durch das Ende der Kohleförderung sowie den Umbau der Stahlindustrie nach wie vor prägend. Darüber hinaus gilt das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen als eines, in dem Unterschiede zwischen Stadt und Land sehr sichtbar werden und Problemlagen damit häufig lokalspezifische Eigenheiten haben. Auch das Saarland ist eine Region, die stark von Transformation betroffen ist und deswegen ausgewählt wurde. Das gilt insbesondere für Umwälzungen in der Stahl- sowie in der Automobilindustrie, die für das kleinste Flächenbundesland massive Veränderungen mit sich gebracht haben und weiterhin bringen. So ist die Abwanderung junger Menschen hier ein relevantes Problem. Außerdem stammen einige der ausgewählten Teilnehmer*innen aus Sachsen-Anhalt, für die mit Blick auf die Umbruchserfahrungen nach 1989 Ähnliches wie für die Teilnehmer*innen aus Brandenburg gilt. Sachsen-Anhalt gilt gemeinhin als strukturschwach mit einem schlechten Arbeitsmarkt. Die Abwanderung junger, hochgebildeter Bürger*innen ist auch hier ein großes Problem, dem beispielsweise mit der Ansiedlung von Unternehmen wie dem Chiphersteller Intel in Magdeburg entgegenwirken soll. Grundsätzlich ist bei der Auswahl der Diskussionsteilnehmer*innen nicht relevant, ob sie die Erfahrungen tatsächlich in ihrem eigenen Leben gemacht haben. Einerseits sind durchlebte Erfahrungen für uns relevant, andererseits ist aber auch

von Bedeutung, wie und ob möglicherweise jüngere Teilnehmer*innen vergangene Veränderungsprozesse noch heute zu spüren bekommen. Dass der Umgang mit Umbrüchen, die vor dem eigenen Leben stattfanden, aber dennoch spürbar sind, sehr unterschiedlich sein kann, wissen wir bereits aus anderen Studien (Storks et al. 2023).

Neben diesen regionalen Kriterien wiesen die Teilnehmer*innen der Gruppen einen soziodemografischen Mix auf, waren also nach Aspekten wie Alter, Stadt/Land, Geschlecht oder Haushaltseinkommen gemischt. Je Workshop wurden insgesamt fünf bis sechs Teilnehmer*innen rekrutiert. Dazu kamen je Gruppe zwei „Macher*innen“, die im Rahmen der Diskussion eine besondere Rolle einnahmen. Die Macher*innen sind Personen aus der Zivilgesellschaft oder politiknahen Institutionen, die sich konkret im Bereich Transformation engagieren, hier beruflich tätig sind oder besondere Expertise aufweisen. Sie wurden von pollytix gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgewählt und vorher auf ihre Rolle ausführlich hingewiesen. Hier war insbesondere wichtig, dass die Macher*innen keine belehrende Expert*innenrolle einnahmen, um andere Teilnehmer*innen in ihren Meinungsbeiträgen nicht einzuschüchtern. Um die Effekte der sozialen Erwünschtheit möglichst gering zu halten, wurde den Macher*innen mitgeteilt, dass sie sich zunächst in der Diskussionsrunde zurückhaltend geben sollen, damit eine freie Diskussion unter „normalen Bürger*innen“ stattfinden konnte. Erst im praktischen Teil übernahmen die Macher*innen schließlich eine tragende Rolle.

Der erste Teil des zweistündigen Online-Workshops war durch eine leitfadengestützte Diskussion geprägt, die ähnlich wie klassische Fokusgruppen abließ, wie pollytix sie regel-

mäßig durchführt. Die im Leitfaden vorgesehenen und schließlich diskutierten Inhalte waren insbesondere die Stimmung in Deutschland und den jeweiligen Wohnregionen und dortige Transformationserfahrungen und -verständnisse. Darüber hinaus wurde über gesellschaftlichen Zusammenhalt und Partizipation diskutiert. Im zweiten Teil der Workshops wurden die Gruppen zweigeteilt. Hier wurde jede*r Macher*in einer der Gruppen zugeordnet. Beide Gruppen bearbeiteten anhand von vorher diskutierten Aspekten Aufgaben, die sich mit dem Thema Transformation und dessen Auswirkungen im weitesten Sinne beschäftigten und die Entwicklung lokaler Kampagnen und Projekte beinhalteten. Hier konnten und sollten die Macher*innen ihre Expertise explizit einbringen und übernahmen in den Kleingruppen eine aktivere Rolle. Die Ideen der Teilnehmer*innen reichten von partizipationssteigernden Kampagnen für mehr Beteiligung von Jugendlichen bis hin zu autofreien Innenstädten zur Luftverbesserung. Abschließend wurden die Ideen der jeweils anderen Gruppen präsentiert und gemeinsam Vor- und Nachteile sowie die Umsetzbarkeit diskutiert. Die Workshops ermöglichten, Strategien und Lösungsansätze für Problemstellungen und besondere Herausforderungen zu identifizieren, wie die hier thematisierten tiefgreifenden Veränderungen es sind. Es konnten unterschiedliche Expert*innen (die Macher*innen) mit „normalen“ Bürger*innen an einen Tisch gebracht werden, sodass Netzwerkeffekte genutzt werden konnten. Das ließ sich dadurch gewährleisten, dass unterschiedliche Perspektiven dargelegt wurden und so beispielsweise Ideen aus der Macher*innenperspektive auf ihre Alltagstauglichkeit hin analysiert werden konnten. Im Gegensatz zu reinen Fokusgruppen eigneten die Workshops sich gut, um gemeinsam an bestimmten Lösun-

gen zu arbeiten und kreativ Synergien zu bündeln. Neben dem genannten soziodemografischen und geografischen Mix wiesen die Online-Workshops darüber hinaus unterschiedliche Zusammensetzungen auf, die für das Forschungsinteresse von besonderer Bedeutung waren:

- eine Gruppe mit Teilnehmer*innen, **die auf dem Land leben**
- eine Gruppe mit Teilnehmer*innen, **die in der Stadt leben**
- eine Gruppe mit Teilnehmer*innen **aus Westdeutschland**
- eine Gruppe mit Teilnehmer*innen **aus Ostdeutschland**
- eine Gruppe mit **jüngeren** Teilnehmer*innen (18 bis 30 Jahre)
- eine Gruppe mit **älteren** Teilnehmer*innen (ab 55 Jahren)
- eine Gruppe mit ausgewählten Teilnehmer*innen **aus allen Gruppen**, um Erkenntnisse gemeinsam zu diskutieren

Die Unterschiede zwischen Stadt und Land konnten Aufschluss über möglicherweise unterschiedliche Veränderungs Herausforderungen geben, die aus Strukturwandelprozessen oder anderen Umbrüchen resultierten und resultieren könnten. Die Unterscheidung der Gruppen nach Ost- und Westdeutschland ermöglichte hingegen, Biografien und Lebenssituationen mit Blick auf nach wie vor existierende strukturelle Unterschiede näher zu analysieren. Dazu wurde in einer Gruppe mit

weiblichen Teilnehmer*innen aus Ostdeutschland über die Veränderung der eigenen Zukunftsperspektiven diskutiert, die sich insbesondere durch die unterschiedliche Rollenaufteilung in der BRD und DDR ergeben hat. Aus anderen Studien wissen wir, dass die Wahrnehmung einer verwirklichten Gleichstellung in Deutschland sich nach wie vor je nach Geschlecht, aber auch je nach Herkunft (Ost- oder Westdeutschland) unterscheidet (Faus/Storks 2019). Die Gruppen mit jüngeren und älteren Teilnehmer*innen konnten generationelle Unterschiede und Gemeinsamkeiten offenlegen und prüfen, inwiefern Narrationen sich über mehrere Generationen durchgesetzt haben.

Die letzte Gruppe konfrontierte die Teilnehmer*innen mit ersten Erkenntnissen aus den vorangegangenen Workshops. Hier konnten Aspekte vertieft, erste Gelingensbedingungen getestet oder die Teilnehmer*innen mit aufkommenden Unterschieden konfrontiert werden. Es wurden keine Macher*innen mehr eingeladen. Jedoch wurde auch hier nach der circa einstündigen Diskussion eine praktische Aufgabe durchgeführt, indem sich die Teilnehmer*innen eine Erfolgsstory für Transformation ausdenken sollten. Dies war insbesondere mit Blick auf die bereits gemachten und diskutierten Erfahrungen interessant, da hier auf einem breiten Wissensschatz aufgebaut werden konnte.

Nach ihrer Durchführung hat pollytix die Workshops auf Basis von Transkripten und Aufzeichnungen systematisch ausgewertet.

3. Gesellschaftliche und politische Stimmung: Motor oder Bremse der Veränderungsbereitschaft

Auch die Fokusgruppen haben grundsätzlich gezeigt, dass die gesellschaftliche Stimmung sich durch die vielen Krisen kaum verbessert hat. Das Bild ist dabei aber insgesamt differenzierter. So soll in diesem Kapitel gezeigt werden, dass die Polykrisen zwar grundsätzlich für eine negative Grundstimmung sorgen, aber durchaus auch Lichtblicke erkennbar werden. Sie sind für diese Studie von besonderer Wichtigkeit, da über sie positive Narrative entwickelt und unterfüttert werden könnten. Sowohl die positiven als auch die negativen Gefühle werden nachfolgend insbesondere aus dem Blickwinkel der Auswirkungen auf die Veränderungsbereitschaft thematisiert.

Stimmungsbild bei der Betrachtung des Großen und Ganzen eher negativ

Insbesondere wenn es um die großen Fragen der Zukunft geht, zeigen sich bei vielen Befragten ein wachsender Unmut und eine große Unzufriedenheit. Der Status quo ist für viele geprägt von „den großen Krisen“. Insbesondere spielen nach wie vor die Covid-19-Pandemie, Teuerungen durch die Inflation, der Krieg in der Ukraine und damit einhergehende höhere Energiekosten fast im-

mer eine wichtige Rolle. Die meisten Menschen empfinden einen starken Druck, der durch Politik nicht abgemildert, sondern vielmehr verstärkt wahrgenommen wird.

„Wir haben den Ukrainekrieg, alles wird schlimmer. Inflation, Preise gehen nach oben, Mietkosten, Häuserkosten.“

Brandenburg

„In der Region haben die Menschen weniger Geld übrig. Es kommen viele Faktoren zusammen. Es gibt eine große Teuerungsrate in vielen Bereichen, zum Beispiel Lebensmittel, Benzin, Wohnung.“

Brandenburg

Dazu scheint eine generelle Unzufriedenheit zu bestehen, gerade mit Blick auf infrastrukturelle Entwicklungen in den eigenen Regionen. Häufig wird hier zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und den dadurch

eingeschränkten individuellen Karrierechancen in einer Region und der Entwicklung in anderen Bereichen, wie beispielsweise der sozialen Infrastruktur, differenziert. Beide werden jedoch in einer starken Abhängigkeit voneinander gesehen. Wenn es der Wirtschaft schlecht geht, können demzufolge auch andere Einrichtungen nicht bestehen. Im ländlichen Raum werden insbesondere fehlende Kitas, Schulen, Freizeitmöglichkeiten, aber auch das Aussterben von Gastronomie und Einzelhandel thematisiert. In manchen Regionen wird die Infrastruktur als überlastet beschrieben, da das Angebot schlicht nicht zur Bevölkerungsgröße passe. So kritisieren Brandenburger*innen den Zugang aus Berlin zwar nicht grundsätzlich, sorgen sich aber um den dadurch notwendigen gleichzeitigen Ausbau der Infrastruktur. Mit Blick auf die Infrastruktur stellen lediglich Ballungsräume eine Ausnahme dar. Insbesondere im Nordrhein-Westfalen werden immer

wieder der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) sowie das kulturelle Angebot positiv hervorgehoben. Kritischer werden hier dafür Armut und Kriminalität angesprochen.

Atmosphäre geprägt von Skepsis und Besorgnis über die Zukunft

Die großen Zukunftsfragen scheinen für die meisten kaum mehr zu überblicken und zu bewältigen zu sein. Hier wird bereits deutlich, dass akute Themen massiv verhindern, dass grundsätzliche Zukunftsfragen überhaupt relevant erscheinen. So ist auch die Wahrnehmung eines Umbruchs beziehungsweise von dessen Notwendigkeit häufig begrenzt. Der Alltagsdruck ist entsprechend so hoch, dass eine akute Problementlastung im Vordergrund steht, die es nicht erlaubt, über vermeintlich weit weg erscheinende Fragen zu diskutieren. Dennoch verbleibt aber ein Gefühl der Unsicherheit, das den Alltagsstress weiter befeuert.

„Die Region ist gekennzeichnet von abwandernder Industrie und Gewerbe.“

Nordrhein-Westfalen

„Bei uns ist so vieles dichtgemacht worden, zum Beispiel Schulen. Wir haben zwei Grundschulen in der Nähe, die geschlossen wurden.“

Nordrhein-Westfalen

„ÖPNV ist nicht so einfach. Die Busse kommen nicht regelmäßig, damit man auf das Auto komplett verzichten kann.“

Sachsen-Anhalt

„Viele Menschen sind unter Stress und wissen nicht, was kommt und wie es weitergeht.“

Nordrhein-Westfalen

„Ich brauche keinen Strukturwandel. Es ist kein Geld mehr da, weil die Kommunen die Flüchtlinge unterbringen müssen, weil die Kommunen sich über Krankenhäuserfinanzierung Gedanken machen müssen, was das Land oder der Bund nicht mehr tun.“

Saarland

Auch diejenigen, die vermeintlich über genügend Ressourcen und Kapazitäten verfügen, um über zentrale gesellschaftliche Zukunftsherausforderungen nachzudenken, sind von Unsicherheitsgefühlen geprägt. Dabei steht die eigene Zukunft, häufig aber auch generationelle Fragen im Zentrum, beispielsweise wenn es um die Zukunft der eigenen Kinder geht. Der Blick ist auch hier unsicher bis pessimistisch – positive Zukunftserzählungen sind für viele aus dem Stegreif kaum verfügbar.

ches heftig kritisiert. Insgesamt sind auch eine wachsende Frustration und teils gar ein Rückzug aus dem Diskurs zu beobachten.

„Je mehr man darüber nachdenkt, desto schlimmer wird es, gerade was Klima angeht. Die politischen Zerwürfnisse in Europa. Wie sich das entwickelt. Es ist unsicher. Wenn ich an meine Kinder denke, wie die es haben werden.“

Brandenburg

Politik ursächlich für schlechte Stimmung

„Die Politik“ kann sich nur sehr bedingt als Lösungsgeberin inszenieren. Vielmehr wird sie als ursächlich für aktuelle Problemlagen gesehen. Politik dient also nicht als Stabilitätsanker, sondern umgekehrt als Katalysator der schlechten Stimmung. Es besteht ein negativer Blick auf Politik und Parteien, teils herrscht ein Gefühl der Entfremdung vor. Politische Prozesse sind für einen Großteil weit weg von der eigenen Lebensrealität und werden als relativ undurchsichtig oder komplex wahrgenommen. Dabei besteht in der Regel nur ein geringes Bewusstsein für die Komplexität politischer Prozesse – vielmehr wird „die Politik“ als ein homogenes Gesamtkonstrukt wahrgenommen und als sol-

„Dann kommt noch eine Politik dazu, die auch keine Stabilität vermittelt oder dass man rosig in die Zukunft gucken kann.“

Brandenburg

„Ich wünsche mir eine Politik, die weiter in die Zukunft schaut und nicht in Legislaturperioden denkt“

Sachsen-Anhalt

Kampf gegen rechts als vereinendes Element der Gesellschaft?

In den Workshops kamen nicht nur eigene Erfahrungen zur Sprache, sondern wurden immer wieder auch eigene Gesellschaftsdiagnosen gestellt, die die Stimmung als schlecht und polarisiert beschreiben. Inwiefern tatsächlich von einer Spaltung und nicht vielmehr von einer Fragmentierung der Gesellschaft gesprochen werden sollte, kann auf Basis dieser Studie nicht beurteilt werden (siehe dazu zum Beispiel Kumkar/Schimank 2021; Mau et al. 2023; Reckwitz 2017). Relevant ist aber, dass viele zumindest vermuten, es gebe eine wachsende Kluft zwischen verschiedenen Meinungsspektren, die konstruktive Dialoge und Zusammenarbeit erschwere. Insbesondere in Brandenburg und Sachsen-Anhalt, teilweise aber auch im Saarland und Nordrhein-Westfalen werden vermehrt rechte Bewegungen und Proteste registriert, die viele sehr besorgen. Positiv erwähnt sei hierbei, dass in den Diskussionen ein hohes Bewusstsein für diese demokratiefeindlichen

Strömungen vorherrscht.³ Nach Ansicht der meisten Teilnehmer*innen müssten diese explizit bekämpft werden. Das zeigt, dass durchaus ein Gespür für gesellschaftliche Schief lagen vorhanden ist und trotz aller Krisen zumindest in Ansätzen zu beobachten ist, wie sehr sich die Bürger*innen um die Gesellschaft und ihre Mitglieder sorgen. Eine Bestätigung dieser Tendenz erfahren wir in den Demonstrationen in vielen Städten gegen Rechtsextremismus seit Beginn des Jahres 2024. Das Recherchezentrum CORRECTIV hatte zuvor Treffen von AfD-Politiker*innen, Neonazis und Unternehmer*innen in einem Hotel in Potsdam enthüllt, bei denen unter anderem die Vertreibung von Menschen aus Deutschland thematisiert worden war (CORRECTIV 2024).

„Ich möchte meinen kleinen Fuß reinsetzen, um zu zeigen: Ich bin dagegen. Eine rechtsradikale Partei möchte ich nicht an der Macht haben.“

Nordrhein-Westfalen

Das häufig gezeichnete Bild einer gesellschaftlichen Mitte, die sich mehr oder weniger mit demokratiefeindlichen Stimmungen abfindet, indem sie sie zumindest still duldet, wird so zumindest leicht verwischt. Wie lange diese Gegenbewegungen, die wir in Ansätzen bereits in den Diskussionen im Herbst des letzten Jahres beobachten konnten, anhalten

werden, bleibt abzuwarten. Fest steht, dass sie einerseits durch individuelle Ängste, andererseits durch Sorgen um die Gesellschaft als Ganzes getrieben werden. Seit Langem ist hier wieder ein Aufbruchssignal aus der Mitte heraus erkennbar: Die Menschen lehnen sich gegen antidemokratische und rechtsradikale Stimmung auf. Bei aller Negativität muss dies als positives Signal anerkannt werden – einem großen Teil der Bevölkerung ist der Erhalt der Demokratie nach wie vor wichtig und er ist es ihm wert, sich aktiv dafür einzusetzen.

Je kleiner der Kontext, desto größer die Zufriedenheit

In den Workshops gibt es auf Anhieb nur wenige Ansatzpunkte, die zu positiven Erzählungen führen, wenn es darum geht, wie sich Deutschland in Zukunft entwickelt. Diese grundpessimistische Haltung war wie erwähnt auch dann erkennbar, wenn die jeweiligen Regionen thematisiert wurden. Positive Ansätze sind aber auch dann zu vernehmen, wenn lebenswerte Aspekte des eigenen Wohnorts herausgestellt werden können. Wir können feststellen, dass viele grundsätzlich mit dem Leben in ihren Wohnorten zufrieden sind. Auf den ersten Blick mag dieser Widerspruch zwischen viel geteilten Sorgen und der persönlichen Zufriedenheit verwundern. Er zeigt jedoch insbesondere, dass viele Menschen sich in ihr Nahumfeld zurückgezogen haben – auch, um dem krisenhaften Zustand zu entfliehen. Besonders deutlich wurde dies während der Covid-19-Pandemie. Dennoch besteht gesamtgesellschaftlich wie



³ Hier sei erwähnt, dass anhand spezifischer Fragen im Screener (Auswahlfragebogen für die Fokusgruppen) lediglich Demokrat*innen für die Workshops ausgewählt wurden. So ließ sich gewährleisten, dass die Gruppen nicht von extremen, antidemokratischen oder sehr regressiven Stimmen dominiert wurden, und tatsächlich prüfen, ob zumindest im demokratischen Spektrum positive Überschreibungen anschlussfähig sind.

dargelegt ein negatives Bild, von dem man sich aber im Nahumfeld distanzieren kann. Doch es besteht die Sorge, dass auch diese „Ruhe“ im Nahumfeld langfristig bedroht sein könnte.

Der Berichtsrahmen verbleibt also in diesem Kontext in den Workshops im Nahumfeld. Wir konnten in fast allen Regionen nahezu schwärmerische Aussagen über die eigene Region hören. Insbesondere heben die Teilnehmer*innen die Natur und Ruhe auf dem Land positiv hervor. Aber auch in Städten und in Ballungsräumen wurden durchaus positive Sichtweisen, zum Beispiel auf das kulturelle Angebot, thematisiert. Zum anderen zeigt sich die Zufriedenheit im Rahmen sozialer Kontakte, beispielsweise wenn es um nachbarschaftliche Unterstützung oder den engsten Freundeskreis geht. Wenn auch lokale und regionale Probleme wie oben beschrieben vorhanden sind, ist insgesamt in der Tendenz die Zufriedenheit mit dem eigenen Wohnort sehr hoch.

Auf der lokalen und persönlichen Ebene scheint das Gefühl einer Gemeinschaft und gegenseitigen Unterstützung also durchaus gegeben zu sein.⁴ Trotz der übergeordneten Herausforderungen ist im Nahumfeld entsprechend noch vieles in Ordnung. Diese Entwicklung ist auch dem Rückzug in dieses Nahumfeld geschuldet, den viele wohl auch während der Covid-19-Pandemie erlernt haben. Ist dieser Rückzug auf den ersten Blick nicht positiv zu deuten, lässt sich daraus schließen, dass es sich viele zumindest in ihrem Nahumfeld „so bequem wie möglich“

„Meine Erfahrung im Alltag ist, es gibt sehr viele anständige, freundliche, hilfsbereite Menschen. Und das macht mir jeden Tag neue Hoffnung.“

Sachsen-Anhalt

„Ich liebe das Saarland und möchte eigentlich nirgends anders leben, hier ist es familiär.“

Saarland

„Ich mag die Bodenständigkeit von den meisten Menschen und dass das Leben weniger hektisch und langsamer als in der Stadt ist.“

Brandenburg

gemacht haben – sofern die eigenen Ressourcen dies zulassen. Darüber hinaus kann dieser Rückzug eine Chance für lokales Engagement darstellen, dessen Wert in Zukunft deutlicher hervortreten könnte.

Lokale Projekte können begeistern

In den Workshops konnten wir die Tendenz zum positiven Verständnis des Lokalen auch daran beobachten, dass Teilnehmer*innen, die in Diskussionen noch eine grundnegative Stimmung an den Tag gelegt hatten, im Rahmen der praktischen Teile, in denen lokale Projektideen entwickelt werden sollten, durchaus positiven Input beitragen konnten



⁴ Dies wird beispielsweise auch durch die Ergebnisse des Deutschland-Monitors '23 gestützt, der eine hohe Zufriedenheit mit dem eigenen Wohnort diagnostizierte (Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. [ZSH] an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 2024).

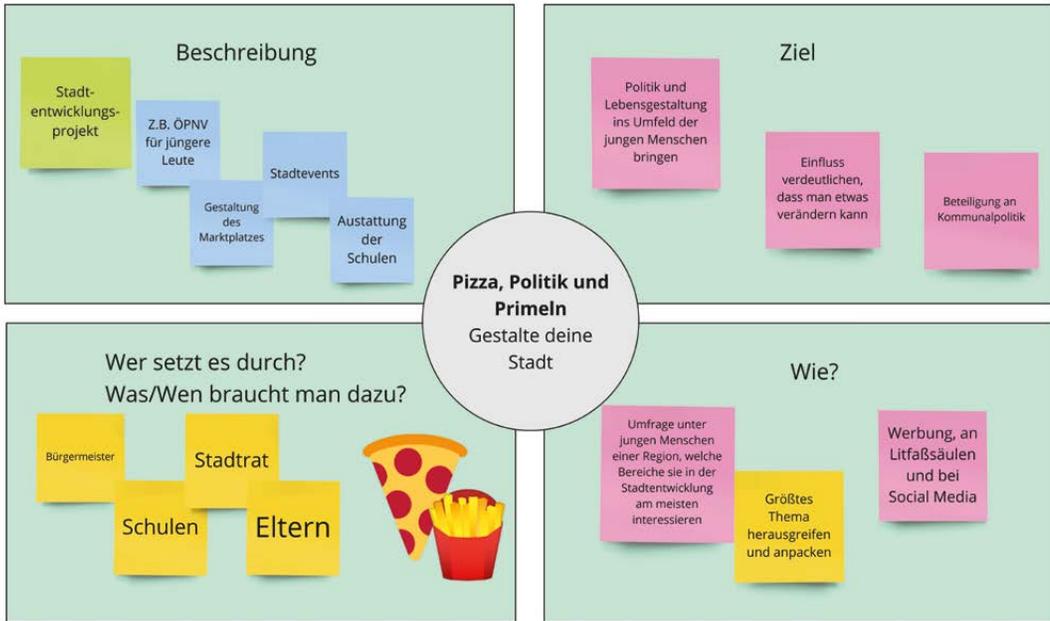


Abbildung 2: Beispiel für einen Projektentwurf in einem Workshop

und wollten. Hier wurden Selbstwirksamkeitserfahrungen bei vielen Teilnehmer*innen unmittelbar sichtbar.

Das Beispiel in Abbildung 2 stammt aus dem Workshop mit jüngeren Teilnehmer*innen. Es zeigt, wie die positive Überschreibung von Projekten auf kreative Art und Weise funktionieren kann. Es setzt konkret im lokalen Nahumfeld an und hat direkte Auswirkungen auf das eigene Leben, da die Stadtentwicklung für einen Großteil der lokalen Bevölkerung sichtbar wird. Bürger*innen rufen explizit andere dazu auf, mitzumachen und ihren Wohnort („Gestalte deine Stadt“) lebenswerter zu gestalten. Durch die Umfragen, die zum Ziel haben herauszufinden, welche Projekte für die Menschen von Interesse sind, wird eine Fairness geschaffen und das Gemeinschaftsgefühl gestärkt – es wird das angepackt, was für die meisten Bürger*innen wichtig ist! So kann sich langfristig ein Gefühl der Solidarität unter den Stadtbewohner*innen entwickeln. Aufgrund der breiten

Beteiligung unterschiedlicher Ebenen wie der Lokalpolitik und der Schulen ist zudem eine entsprechende Wichtigkeit in der Verwaltung und Organisation automatisch mit angelegt, ohne dass dabei der „Grassroots“-Charakter des Projekts verloren geht.

Die gesellschaftliche Stimmung ist also komplex und vielschichtig. Insgesamt zeigt sich, dass Gesellschaftsdiagnosen von Frustration und Zukunftssorgen geprägt sind. Dominant ist hierbei ein Gefühl der Unsicherheit, das sich auch auf persönliche Sorgen auswirkt. Die Sorge, dass politische Entscheidungen im eigenen Nahbereich ankommen, ist nach wie vor groß und teils real. Dennoch besteht im eigenen und lokalen Nahumfeld (noch) ein größeres Zufriedenheitsgefühl. Viele fühlen sich hier nach wie vor wohl und sind mit ihren eigenen Lebensentwürfen recht zufrieden. Das zeigt auch, dass die wahrgenommene schlechte gesellschaftliche Grundstimmung in Teilen zu einer gelernten These verkommt, die im Praktischen nicht immer

belegt werden kann. Damit sollen soziale individuelle Sorgen und Probleme, die faktisch auch auf politische Entscheidungen zurückzuführen sind, nicht kleingeredet werden, sondern vielmehr die Wichtigkeit kommunikativer Prozesse (siehe dazu auch Kapitel 4) verdeutlicht werden. Hoffnung machen im Kontext der „lokalen Zufriedenheit“ vielleicht auch die Projekt- und Kampagnenideen, die dieses Gefühl festigen und gesellschaftspolitisch vertiefen können.

Zwischenfazit: Was bedeutet das für die Haltung gegenüber Veränderungsprozessen?

Zusammenfassend ist die gesellschaftliche Stimmungslage grundsätzlich herausfordernd, um Veränderungsprozesse anzugehen. Das ist zum einen auf Verlustängste Einzelner zurückzuführen. Gerade weil viele sich in ihrem eigenen Nahbereich noch wohlfühlen, werden Einschränkungen hier schnell zu Angstszenarien, die verstärkt mit großer Ablehnung bestraft werden. Noch stärker ist jedoch das Misstrauen gegen die Gestalter*innen dieser Prozesse. Dass Politik momentan

kaum zugetraut wird, Lösungen für Zukunfts-herausforderungen zu finden, ist sicher das größte Hemmnis. Die gesellschaftliche Resilienz (für eine detailliertere und praktische Klärung des Resilienzbegriffs siehe Kapitel 5) bröckelt, womit der Handlungsspielraum enger wird.

Welche Faktoren einen Beitrag dazu leisten können, auch in Krisenzeiten Veränderungsprozesse erfolgreich durchzuführen, wie aus vergangenen Prozessen gelernt werden kann und welche weiteren Merkmale von Gesellschaften hier berücksichtigt werden müssen, verdeutlicht das folgende Kapitel.

4.

Einflussfaktoren auf Veränderungsbereitschaft in krisenbelafteten Zeiten

Wir können also ohne Weiteres von einer Vertrauenskrise sprechen, die starke Auswirkungen auf die Akzeptanz von Veränderungen hat. Viele Teile der Gesellschaft glauben nicht mehr daran, dass die Politik große Aufgaben bewältigen kann. In den Workshopgesprächen wurde aber deutlich, dass es neben dieser zugegebenermaßen schwierigen politischen Ausgangslage weitere Faktoren gibt, die auf die Veränderungsbereitschaft einwirken können. Im Folgenden sollen diese Faktoren einzeln beschrieben werden.

„Transformation“ und „Strukturwandel“ für viele nicht mehr als abstrakte Begriffe

In der politischen und medialen Öffentlichkeit sind Begrifflichkeiten wie „sozial-ökologische Transformation“ oder „Strukturwandel“ gesetzt. Ihre häufige Verwendung setzt voraus, dass ihr Verständnis in der Regel klar ist und sich hinter ihnen klare Konstrukte und Ideen verbergen. Tatsächlich scheint es aber häufig so, dass selbst innerhalb eines politischen Spektrums eine Vielzahl an Interpretationen und Frames allein für den Begriff „Transformation“ (digitale Transformation, sozial-ökologische Transformation, ...) ver-

wendet wird. Für viele Bürger*innen sind beide Begriffe noch unschärfer. Es erscheint häufig unklar, was genau hinter ihnen steckt. Für viele Teilnehmer*innen der Workshops sind Strukturwandel und sozial-ökologische Transformation Worthülsen, die im normalen Sprachgebrauch nicht vorkommen. Nicht alle haben eine Vorstellung, was die Begriffe tatsächlich bedeuten, beide Begriffe werden als abstrakt wahrgenommen. In den Workshops konnten Unklarheiten häufig von den Macher*innen oder einzelnen Teilnehmer*innen geklärt werden – großer Beliebtheit erfreuten beide Begriffe sich aber auch dann nicht. Schließlich sind sie auch trotz Erläuterung fern vom Alltag und taugen nicht für die Beschreibung der Lebensrealitäten und Proble-

„Wir sollten es nicht Strukturwandel nennen, das ist ein zu großes Wort.“

Brandenburg

„Jeder interpretiert in den Begriff hinein, was er will.“

Saarland

me, die viele Bürger*innen als Folgen dieser tiefgreifenden Veränderungen befürchten.

Diejenigen, die die Begrifflichkeiten kennen, können am ehesten noch mit „Strukturwandel“ etwas anfangen. Auf Basis eigener Erfahrungen (insbesondere im Saarland und im Ruhrgebiet) können die Teilnehmer*innen erläutern, was grob unter Strukturwandel zu verstehen ist – nämlich die Veränderung der Wirtschaftsstruktur, der Wahrnehmung nach häufig aus Umwelt- und Klimaschutzgründen. Vielen ist der Begriff aber auch bei vollem Verständnis viel zu breit angelegt, sodass eine klare Definition kaum möglich erscheint. Insbesondere da, wo mit den Begriffen keine konkreten Geschichten verbunden werden, sind Anknüpfungspunkte kaum zu finden. In den Workshops war dies teilweise bei Teilnehmer*innen aus Sachsen-Anhalt und Brandenburg der Fall. Vereinzelt werden Bezüge zum Kohleabbau in der Lausitz hergestellt, der gesellschaftspolitische Umbruch nach 1989 wird kaum mit dem Begriff „Strukturwandel“ in Verbindung gebracht. Der Begriff „Transformation“ scheint durchweg noch weniger spezifisch und damit begreifbar zu sein. Er gilt in der Erzählung als Modewort, das sich am Zeitgeist orientiert und noch weniger mit Leben gefüllt werden kann.

Sozial-ökologische Transformation und Strukturwandel als Begriffe vorbelastet

Sowohl Transformation als auch Strukturwandel gelten also als Begriffe, die für den Alltag der meisten Menschen kaum eine Bedeutung haben. Sie werden als Begriffe der politischen Welt wahrgenommen, die mit der Lebensrealität vieler Menschen nichts zu tun haben. Mit Blick auf das geringe Vertrauen, das in politische Handlungsträger*innen gesetzt wird, stehen die Begrifflichkeiten exemplarisch für die Wahrnehmung, dass Politik die tatsächlichen Probleme der Bevölkerung nicht mehr lösen kann. In den Diskussionen wurde auch deutlich, dass das besondere Interesse am Wording Skepsis erzeugt. Für viele ist diese Suche nach Überschriften und Narrativen nicht angemessen, um wirkliche Probleme anzugehen, und steht damit für Versprechen, die nicht eingehalten werden.

„Strukturwandel ist für mich ein abstrakter Begriff.“

Nordrhein-Westfalen

Wir müssen den Strukturwandel mit Werten füllen.“

Saarland

Teils kann sogar der Eindruck gewonnen werden, die schlichte Verwendung der Begriffe führe bereits zu Frustration, weil ihr Inhalt so unscharf bleibt. Damit sei nicht gesagt, dass ihre Verwendung tabuisiert werden sollte. Es braucht klare Beschreibungen des Weges und vor allem des Ziels von Veränderungsprozessen. Hierunter sind keine prozessualen oder technischen Zielmarken zu verstehen, die den Sachverhalt verkomplizieren. Viel mehr braucht es alltagsnahe Erfahrungen,

„Transformation ist eine leere Hülse. Unter Strukturwandel kann man sich wenigstens was vorstellen.“

Brandenburg

„Transformation ist das neue Modewort für Strukturwandel. Das Thema ist ausgelutscht und jetzt heißt es Transformation.“

Saarland

die große Begriffe mit Leben füllen und das Verständnis so stärken. Der Sinn von Veränderungsprozessen muss stärker verdeutlicht werden und individueller wie gesellschaftlicher Nutzen in den Vordergrund gestellt werden.

Workshops liefern Ansatzpunkte im Kleinen

Auch hier konnten in den Workshops Ansatzpunkte gefunden werden. Ein beispielhafter Name für ein Planspielprojekt war hier etwa „Mehr Banausen für Heimathausen“, das sich für einen Bevölkerungszug im fiktiven Ort Heimathausen engagiert. In einem anderen Workshop wurde die Kampagne „Mehr Kohle ohne Kohle – für uns alle“ entworfen, die für die Chancen von Strukturwandelprozessen in einem fiktiven Ort in einer Kohleregion werben soll. Diese und weitere Beispiele („Aus Alt mach Neu ... und besser“, „Wir schaffen das Unmögliche“, „Im Kleinen ganz groß“, „Mund auf für eure Zukunft“) sind keine perfekten Kampagnen und Wordings, sie beweisen aber, wie kreativ Bürger*innen in Beteiligungsprozessen sein können und wie lebensnah Begrifflichkeiten sein müssen, um bei einer breiten Masse für Interesse zu sorgen.

Die Kleinprojekte der Teilnehmer*innen konnten alltagsnahe Probleme in den Regionen greifbar machen, die Veränderungsprozesse mit sich bringen. Strukturwandel und Transformation wurden hier auf reale Lebenswelten der Bürger*innen heruntergebrochen. Langfristig kann so auch das Verständnis für das Wording von Umwälzungen auf breiterer Ebene geschaffen werden.

Veränderungserfahrungen aus den Regionen unterscheiden sich sehr

Unabhängig von den Begrifflichkeiten konnte mit allen Teilnehmer*innen der Workshops

vielfältig über eigens durchlebte oder wahrgenommene Veränderungsprozesse diskutiert werden. „Wahrgenommen“ bedeutet in diesem Kontext, dass sie die Prozesse womöglich selbst nicht erlebt haben, aber ihre Folgen bei sich oder im Umfeld spüren und wahrgenommen haben. Die Einstellungen gegenüber diesen Veränderungen führen aber zu teils unterschiedlichen Schlussfolgerungen mit Blick auf kommende Herausforderungen und Transformationsprozesse. Von einer gemeinsamen „Transformationsidentität“ kann in diesem Kontext kaum gesprochen werden. Jede Region hat eigene Zukunftsherausforderungen zu bewältigen, aber auch Wunden aufzuarbeiten, die sich in der Drastik und ihrem Fortleben voneinander unterscheiden. Hier zeigt sich abermals die Problematik eines gemeinsamen Begriffsverständnisses, da sich Problem- und Lösungsbeschreibung nicht immer gleichen. Lediglich beim Kohleausstieg werden in wenigen Fällen Vergleiche zwischen den Regionen bewusst gezogen.

„Wir [in der Lausitz] werden auch aus der Kohle aussteigen. Wir werden gucken, dass wir besser werden als das, was in Gelsenkirchen und Oberhausen passiert ist.“

Brandenburg

Die Veränderungserfahrungen der Teilnehmer*innen aus den ostdeutschen Bundesländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt sind relativ ähnlich. Teils werden Bezüge zu aktuellen Strukturwandelprozessen im Kontext des Kohleausstiegs in der Lausitz oder der Ansiedlung von Unternehmen in Ostdeutschland hergestellt. Zu Letzterem sind teilweise positive Stimmen zu vernehmen, die ein we-

nig den Eindruck einer Aufbruchsstimmung vermitteln.

„Das ist ein Paradebeispiel, wo viel Geld fließt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. In Magdeburg kommt Intel hin, Mercedes kommt her. Im Osten tut sich mega viel.“

Sachsen-Anhalt

Im Gesamten herrscht jedoch hier ein eher negativer Blick auf Veränderungsprozesse vor, der sich aus früheren Erfahrungen zusammensetzt. Das Misstrauen gegen Profiteur*innen und Gestalter*innen großer Umbrüche sitzt aufgrund der eigenen Umbrucherfahrungen deutlich tiefer als bei den Teilnehmer*innen aus dem Saarland oder Nordrhein-Westfalen. Insbesondere der wirtschaftliche Niedergang und damit einhergehende infrastrukturelle Mängel, die bis heute nachwirken, sorgen häufig für Widerstand gegen weitere Veränderungsprozesse. Dass von künftigen Veränderungen auch breite Teile der Gesellschaft profitieren könnten, erscheint vielen unrealistisch – als Verantwortliche und als die eigentlichen Profiteur*innen werden insbesondere politische Akteur*innen und große Unternehmen ausgemacht. Es fehlt insgesamt an positiven Beispielen, an die sich kognitiv anknüpfen ließe. Die Erzählung ist insgesamt (begründet) stark von Negativbeispielen geprägt, die sich kaum aus dem Bewusstsein verdrängen lassen.

In den Workshops konnten wir erkennen, dass in ostdeutschen Bundesländern sowohl Probleme als auch Lösungen eher auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene betrachtet werden. Aufgrund der weitestgehend negativen

„Da hätte Geld investiert werden müssen. Viele Betriebe hätte man retten können und nicht für einen Euro verschleudern sollen. Woher ich komme, da gibt es so viele Firmen nicht mehr. [...] Da wohnen jetzt die Vögel.“

Brandenburg

Wendeerfahrung wird also auch die potenzielle Tragweite künftiger Umbrüche eindeutiger wahrgenommen. Das bedeutet auch, dass Probleme in ostdeutschen Regionen als von „der Politik“ zu lösen definiert werden, wohingegen in den westdeutschen Regionen teilweise eine Individualisierung der Probleme und damit in Ansätzen gar eine Entpolitisierung beobachtet werden kann. So oder so wird die sozial-ökologische Transformation aufgrund vergangener Umbrucherfahrungen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt entsprechend als bedeutender Einschnitt wahrgenommen. Das erklärt auch in Teilen die stärkere Ablehnung von Transformationsprozessen an sich.

„Das ist omnipräsent. Wittenberg und Bitterfeld sind Regionen, die das immer noch spüren. Jeden Tag hört man beim Bäcker oder auf dem Markt, wie viel besser es früher war im Osten.“

Sachsen-Anhalt

Im Ruhrgebiet und im rheinischen Revier sind die Konnotationen zu vergangenen Transformationsprozessen in der Regel allerdings ebenfalls eher negativ. Es werden häufig Ver-

änderungen der Region mit Blick auf das Ende der Kohleförderung und damit einhergehende Arbeitsverluste genannt. Dass in diesem Kontext aber auch der tertiäre Bildungssektor in Form einer hohen Hochschul- und Universitätendichte entstanden ist und damit perspektiv die Grundlage für das Zeitalter der Informationsgesellschaft geschaffen werden sollte, bleibt häufig unerwähnt. Vereinzelt wird die Entwicklung der Kulturszene geschätzt, die ebenfalls als Teil der Veränderungsprozesse betrachtet wird.

„Ich habe den Strukturwandel im Ruhrgebiet selber mitgemacht. Das wurde komplett von Chinesen abgebaut und da ist jetzt ein Phoenix-See entstanden mit Millionärsvillen. Dieser Strukturwandel hatte zur Folge, dass viele arbeitslos waren.“

Nordrhein-Westfalen

Im Saarland werden die Veränderungen hingegen teils gar als identitätsstiftend beschrieben. Veränderungen werden hier noch am ehesten als notwendig angesehen. Sie gelten als Prozess, der zwar nicht immer begrüßt werde, aber so oder so stattfinden müsse. Eine mögliche Erklärung hierfür ist die Größe des Saarlands. Die kleine Fläche und das womöglich stärkere Zusammenhaltsgefühl sorgen für eine Atmosphäre, die mit der Begeisterung für die erwähnten fiktiven lokalen Projekte und Kampagnen vergleichbar ist, die in den Workshops entworfen wurden. Veränderungen sind hier nah an der Lebensrealität vieler Menschen, da deren Nahumfeld vermutlich bereits unter ihnen gelitten oder von ihnen profitiert hat. Sie sind seit jeher unmittelbar spürbar und womöglich in Teilen le-

bensnäher als in anderen Regionen. Das heißt aber nicht zwingend, dass Probleme, die Veränderungen mit sich bringen, kleingeredet werden. Arbeitsplatzverlust oder der Niedergang bestimmter Industrien wird auch hier befürchtet und häufig thematisiert.

„Im Saarland ist nicht die Frage, ob wir den Strukturwandel wollen. Er findet einfach statt.“

Saarland

„Die Transformation ist in vollem Gange und wir sind historisch gesehen schon immer ein sehr industrieller Standort gewesen. Es verändert sich hier viel, aber das gehört halt dazu.“

Saarland

Veränderungserfahrungen bringen eher keinen Lerneffekt mit sich: viel Warnen, wenig Zutrauen

Grundsätzlich zeigt sich, dass in allen Regionen Prozesse des Wandels bekannt sind. In der Regel werden sie eher negativ beurteilt. In wenigen Fällen spielen auch Positivbeispiele wie dargelegt eine Rolle. Vor allem werden aber Missstände und nachhallende negative Auswirkungen thematisiert und vor einer Wiederholung derselben Fehler gewarnt. „Lessons learned“ sind aber aufgrund tiefstehender Frustration und mangelnden Vertrauens (siehe dazu auch Kapitel 3) aktuell nicht glaubhaft vermittelbar. Strukturwandel Erfahrungen führen also nach unseren Erkenntnissen nicht zwangsläufig zu einem positiveren Zukunftsblick. Vielmehr müssen sie als Faktor immer mitberücksichtigt werden, damit Lern-

prozesse glaubhaft vermittelt werden können. Bereits kleinste Hinweise darauf, dass sich Fehler wiederholen, bestraft die Bevölkerung aufgrund des mangelnden Vertrauens in Veränderungsakteur*innen mit stärkerer Ablehnung.

Zusammenhaltsgefühl als weiterer Faktor, um große Veränderungen zu stemmen

Wir konnten bereits feststellen, dass die gesellschaftliche Stimmung insgesamt sehr negativ ist. Es findet ein Rückzug in das Nahumfeld statt, ein großes Gemeinschaftsgefühl scheint kaum mehr erkennbar zu sein. So zumindest nehmen es viele Teilnehmer*innen der Workshops wahr. Menschen, die in ländlichen Räumen leben, erkennen zumindest noch einen regionalen Zusammenhalt.

fühlt, dass die Gesellschaft auseinanderdriftet. Auch das Gefühl der Solidarität nimmt entsprechend ab.⁵ Wie stark die Positionen tatsächlich polarisiert sind, soll hier nicht diskutiert werden und ist Teil einer größeren Debatte (Mau et al. 2023). Das mangelnde Gefühl eines Zusammenhalts führt aber so oder so dazu, dass gesamtgesellschaftliche Veränderungsprozesse und damit verbundene Probleme aufgrund ihrer schieren Größe und Komplexität als unlösbar erscheinen. Bei vielen herrscht daher auch der Eindruck vor, dass „jede*r des eigenen Glückes Schmied“ ist.

„Ich glaube, der Zusammenhalt hat abgenommen, weil viele Menschen vom Leben überfordert sind. Sie gucken auf sich und sind auf sich selber fixiert.“

Brandenburg

„Auf dem Land ist der Zusammenhalt da. Da ist der Begriff „Nachbarschaft“ ein anderer.“

Nordrhein-Westfalen

So wird auch immer wieder erkennbar, dass Zusammenhalt in erster Linie zunächst auf ebendiesen Nahbereich und nicht die gesamte Gesellschaft bezogen wird. Häufig führten erst vermehrte Nachfragen dazu, dass überhaupt über eine größere Dimension diskutiert werden konnte. In der Regel wird der Zusammenhalt in Deutschland als sehr schlecht bewertet, es herrscht das Ge-

Enttäuschungen haben dazu geführt, dass in Teilen der Eindruck besteht, man könne sich „nur noch auf sich selbst verlassen“. Das bezieht sich einerseits auf ganz eigene Alltagsprobleme, andererseits werden so aber auch große Probleme wie der Klimawandel individualisiert. Die Auswirkungen des Klimawandels (und von Klimaschutzmaßnahmen) werden dabei zunächst auf die eigene Lebenssituation bezogen. Auch Fragen nach effektivem Klimaschutz werden so in Teilen immer wieder individualisiert



⁵ Die zuvor erwähnten Demonstrationen gegen rechts lassen hier auf eine leicht veränderte, womöglich solidarisere Grundstimmung hoffen, die im Erhebungszeitraum in diesem Maße noch nicht erkennbar war. Wie nachhaltig die Demonstrationen sind und inwiefern aus ihr eine Form des gesellschaftlichen Zusammenhalts erwachsen kann, bleibt abzuwarten.

und auf eigenes Verhalten heruntergebrochen. Große Lösungen sind so weit in der Ferne und erscheinen vielen eher unrealistisch.

„Die Pandemie hat aufgezeigt, dass Deutschland als Land gar nicht richtig funktioniert. Jedes Bundesland macht sein eigenes Gedöns. Und in schwierigen Situationen ist keine Einheit da. Wie soll das funktionieren mit uns Bürgern in der Nachbarschaft, wenn das Große und Ganze nicht funktioniert? Noch nicht mal in Krisen.“

Nordrhein-Westfalen

Bereits oben wurde Engagement gegen (Rechts-)Extremismus als ein positives Signal aus den Workshops gedeutet. Insbesondere bei jüngeren Teilnehmer*innen konnten wir beobachten, inwiefern sich auch hieraus ein Gemeinschaftsgefühl entwickeln konnte.

„Ein gemeinsamer Feind verbindet auch. Das darf man nicht unterschätzen. Menschen, die sich treffen und engagieren, stehen auch für Zusammenhalt.“

Brandenburg

Eine Macherin brachte diese Grundstimmung in der Diskussion treffend auf den Punkt:

Das obige Zitat thematisierte im Workshop explizit die Positionierung gegen rechtsextreme Strömungen in der Gesellschaft. Auf der

anderen Seite kann das Zitat insbesondere aufgrund der aufgeladenen gesellschaftlichen Stimmung auch andersherum interpretiert werden. So lässt sich beispielsweise auch für die Corona-Proteste in den Jahren 2020 bis 2022 konstatieren, dass sie durch einen „gemeinsamen Feind“ (politische Entscheidungsträger*innen) für einen Zusammenhalt innerhalb rechter Strömungen gesorgt haben. Dennoch sind die Proteste aus demokratietheoretischer Perspektive keinesfalls beispielhaft oder gar positiv zu bewerten, sondern stehen eher für Fragmentierung, Polarisierung und Radikalisierung.

Offen bleibt aber dennoch insgesamt die Frage, wer für die Herstellung eines größeren Gemeinschaftsgefühls verantwortlich ist. Als Akteurin wird hier in erster Linie die Politik genannt, der aber eben die Umsetzung nicht zugetraut wird. Deutlich wird dabei, dass auch innerhalb politischer Auseinandersetzungen ein gewisses Gefühl des Konsens vermisst wird. Die Politik gehe, was das Thema Zusammenhalt betrifft, mit einem schlechten Beispiel voran. Insbesondere mit Blick auf gesamtgesellschaftliche Probleme wie den Klimawandel und die sozial-ökologische Transformation wird hier die Erwartung geäußert, gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Wenn dies so wie aktuell wahrgenommen nicht der Fall ist, führt es nach Einschätzung einiger dazu, dass auch innerhalb der Gesellschaft kaum ein tragfähiger Konsens möglich ist, der für mehr Zusammenhalt notwendig sei. Entsprechend setze sich der politische Streit in der Gesellschaft fort und Sorge für eine stärkere Polarisierung. Nach diesem Verständnis wird Streit jedoch ausschließlich negativ konnotiert. Dabei ermöglichen Auseinandersetzungen, die sich in einem demokratischen Rahmen bewegen, auch eine gewisse Vielfalt, die gesellschaftlichem Zusammenhalt nicht entgegensteht, sondern sogar för-

derlich sein kann. Um „Zusammenhalt in Vielfalt“ (Scholz 2023) und den sozialen Kontakt unterschiedlicher Milieus zu fördern, fehlt es aber mehr und mehr an Orten der Begegnung. Auch hierin kann die Ursache für die Wahrnehmung einiger Workshopteilnehmer*innen von „zu viel Streit“ liegen. Neben der Politik nehmen aber viele der Workshopteilnehmer*innen auch jedes Individuum und dessen Engagement als entscheidend für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt wahr.

„Jeder ist dafür verantwortlich. Man muss den ersten Schritt wagen. Man kann mit der Zeit Gruppen bilden zum Beispiel und dann was zusammen machen.“

Saarland

Das Engagement der oder des Einzelnen zeigt sich demnach im Wesentlichen im Kleinen, zum Beispiel in Vereinen oder in Kommunen auf lokaler Ebene. Auch hier wird stark betont, dass Großes nur aus Kleinem entstehen kann und für den Gesamtzusammenhalt eben auch von Bedeutung ist, wie stark eine lokale Verankerung ausgeprägt ist. Neben der individuellen Verantwortung wird auch deutlich, wie hoch die Verantwortung lokaler Multiplikator*innen ist.

„Über die Dorfgemeinschaft und die Vereine wird wesentlich das Leben in der Kommune gestaltet und der Zusammenhalt auch in der Kommune gefördert. Da müssen der Bürgermeister und die Verwaltung dahinterstehen.“

Sachsen-Anhalt

Die Relevanz dieser Multiplikator*innen zeigte sich abermals auch in den Workshops in Form der Kleinprojekte. Die Macher*innen traten hier als Organisator*innen mit Fachwissen auf, die die Transformations- und Partizipationsideen einordnen und strukturieren. Diese Hilfestellung wurde nahezu durchweg in hohem Maße angenommen und begrüßt. Sie zeigt exemplarisch, wie Engagement im Kleinen angeleitet werden kann. Die wahrgenommene Selbstwirksamkeit war in allen Gruppen unerwartet sehr hoch, obwohl es sich lediglich um Planspiele handelte. Die Tatsache, dass diese Multiplikator*innen aber so wichtig sind, zeigt auch, wie bedeutsam es ist, diese Akteur*innen lokal und ressourcentechnisch zu stärken. In den Workshops und vor allem Kleingruppen wurde diese Forderung immer wieder laut. Als wichtige Unterstützer*innen im lokalen Raum wurden hier beispielsweise Sportvereine, Gewerkschaften, Lokalpolitik, aber auch Gruppen wie die Feuerwehr genannt.

Unterschiedliche Lebensrealitäten zwischen urbanen und ländlichen Räumen führen zu unterschiedlichen Erwartungen an Veränderungsprozesse

Der Blick auf weitere soziodemografische Unterschiede, die auch für die Gruppenzusammensetzungen der Workshops verantwortlich waren, soll dieses Kapitel abrunden. Die Abweichungen und Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und Westdeutschland wurden bis hierher bereits vielfach betrachtet. Die Gruppe mit Frauen aus Ostdeutschland gab Aufschluss über unterschiedliche Umbrucherfahrungen insgesamt, lässt aber kaum Rückschlüsse auf generelle Muster zu. Der Fokus soll daher hier auf anderen Faktoren liegen. Dass Stadt- und Landbewohner*innen unterschiedliche Erwartungen an Politik haben und sich entsprechend auch häufig in ihren Wahlentscheidungen unterscheiden, ist

keine neue Entwicklung, stellt „Stadt gegen Land“ doch seit jeher eine der klassischen Konfliktlinien dar (Lipset/Rokkan 1967).

Diese Unterschiede zeigen sich fraglos auch dann, wenn es um raumgreifende Veränderungsprozesse geht. Bereits bei den unterschiedlichen Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt, zeigen sich die divergierenden Fokusse recht deutlich. So bestehen in ländlichen Regionen Infrastrukturprobleme, die sich beispielsweise durch Ärztemangel oder fehlende kulturelle Angebote zeigen. In urbanen Räumen stellen beide Aspekte kaum ein drängendes Problem dar – zumeist sind Aspekte wie hohe Wohnkosten deutlich relevanter.

„Man hat keine Anbindung an die Schule. Die Kinder fahren eine Stunde hin und eine Stunde zurück. Man hat Probleme mit Freibädern. Und es ist alles weit weg.“

Brandenburg

„Die Mieten explodieren sehr stark. Das fällt auf.“

Nordrhein-Westfalen

Die sich daraus entwickelnden Priorisierungen mögen stark voneinander abweichen. Auffallend ist aber, dass das Verständnis für beide Lebensrealitäten in der Regel anerkannt wird. Unterschiedliche Ansprüche werden formuliert, eine hitzige Neiddebatte mit Blick auf politische Forderungen gibt es jedoch nicht. Lediglich bei Teilen der ländlicheren Bevölkerung kommt vereinzelt zur Sprache, dass die Sichtbarkeit ländlicher Räume im Gegensatz zu derjenigen urbaner Zentren verstärkt abnimmt. Ein Aspekt, den die meis-

ten Bewohner*innen der Ballungszentren anerkennen, insbesondere wenn es um mangelnde Infrastruktur geht. Bedeutsame Diskussionen oder Polarisierungspotenziale konnten wir hier nur sehr begrenzt erkennen. Dennoch ist fraglos von hoher Bedeutung, mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen Veränderungsprozesse anzustoßen und voranzubringen. Das beginnt bei Klimaschutzmaßnahmen, die sich auf dem Land anders auswirken als in der Stadt, und endet bei wertschätzender und respektvoller Kommunikation sowie der Einbeziehung aller Lebensrealitäten, unabhängig vom Wohnort.

Generationelle Faktoren zeigen sich vor allem beim Blick auf die Vergangenheit und Zukunftssorgen

Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Menschen zeigen sich deutlich bei den voneinander abweichenden Zukunftssorgen und Ängsten. Rekurrieren ältere Progressive bereits von sich aus häufig auf die jüngeren Generationen, die ihnen mit Blick auf den Klimawandel besonders am Herzen liegen, herrscht bei Menschen aus ebendieser jungen Generation häufig Ratlosigkeit. Der Blick in die Zukunft ist hier insbesondere von persönlicher Unsicherheit geprägt. Ein großer Unterschied ist außerdem, dass Veränderungsprozesse und die großen Umbrüche bei Jüngeren teils nur sozialisiert und angelernt sind.

„Ich habe Probleme, es einzuschätzen, weil ich noch jung bin. Ich habe von Menschen gehört, die länger hier wohnen, dass die Menschen weniger unterwegs sind. Die Läden schließen. Andere Veränderungen habe ich nicht mitbekommen.“

Saarland

Konkrete Umbruchserfahrungen werden hier weniger genannt, selbst wenn sich die Lebensrealität junger Menschen aufgrund der Polykrisen eigentlich in ständigen Umbrüchen befindet. Das zeigt deutlich, dass Krisen für viele Jüngere zum absoluten Normalzustand gehören (siehe dazu auch Döbele et al. 2023). Umbrüche werden entsprechend auch nicht immer als Umbrüche wahrgenommen. Damit sei jedoch nicht gesagt, dass jüngere Menschen mit Krisen routinierter umgehen. Vielmehr äußert sich in der Unsicherheit eine akzeptierte Ratlosigkeit. Stabilität für die Zukunft und damit die Schaffung einer gesellschaftlichen Resilienz (siehe dazu Kapitel 5) scheinen für jüngere Generationen in weiter Ferne zu sein.

Die ältere Generation, die ein Bewusstsein für Klimaschutz hat, setzt viel Hoffnung auf das Engagement Jüngerer. Bewegungen wie Fridays for Future werden explizit positiv hervorgehoben und der dadurch auf die Politik ausgeübte „Druck“ gelobt.

„Vor Fridays for Future war das Thema Klima nicht auf dem Schirm des Durchschnittsbürgers.“

Nordrhein-Westfalen

Mit Blick auf die individuellen Überlastungs- und Unsicherheitsgefühle, die viele jüngere Menschen selbst hervorheben, bleibt offen, inwiefern diese Erwartungen nicht auch überfordernd wirken können.

Vielfältige Einflussfaktoren auf Veränderungsbereitschaft in Krisenzeiten

Zusammengefasst konnten wir abgesehen von der gesellschaftlichen Stimmung und dem politischen Vertrauen (siehe Kapitel 3) eine Vielzahl an Faktoren identifizieren, die sich unterschiedlich stark auf die Bereitschaft zur Veränderung auswirken können. Zunächst seien hier kommunikative Aspekte und das Wording genannt. Strukturwandel und Transformation können nur dann gelingen, wenn Bürger*innen klar ist, was sie beinhalten. Die Diskussionen in den Workshops haben uns gezeigt, dass hier eine Leerstelle besteht. Ein weiterer Faktor sind bereits erlebte Veränderungserfahrungen. Anhand dieser Erfahrungen konnten wir regionale Besonderheiten der Regionen und Probleme darlegen, die sich bis zum heutigen Zeitpunkt zeigen. Dies können reale Auswirkungen zum Beispiel bei der wirtschaftlichen Entwicklung, aber auch tief sitzende Ressentiments gegenüber der Politik sein, die vergangene Veränderungsprozesse nicht zufriedenstellend gesteuert hat. Eine Herangehensweise, die auf „Aus Fehlern lernen“ basiert, ist auf Grundlage dieser Einstellungen besonders schwierig glaubhaft zu vermitteln. Ein weiterer Aspekt ist der vielfach als gering beschriebene Zusammenhalt. Gerade bei großen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben sorgt er für massive Überforderungsgefühle. Auch unterschiedliche Erwartungen von Jung und Alt sowie Stadt- und Landbevölkerung stellen Einflussfaktoren für die Veränderungsbereitschaft dar. In beiden Fällen können wir zwar keine breite Kluft erkennen, sehen aber durchaus, wie unterschiedlich die Schwerpunktsetzung ist. Auch das erschwert das Gefühl, dass es sich um einen gemeinschaftlichen Prozess handelt. Schließlich sind die Herausforderungen bei einem Wandel wie der sozial-ökologischen Transformation so sehr breit angelegt.

Ein weiterer Faktor, der immer wieder sichtbar wurde, ist die Stärkung des Verständnisses von Veränderung im Kleinen und damit Lokalen. Dieses kann insbesondere durch partizipative Prozesse gesteigert werden, wie die Workshops plastisch zeigen konnten. Neben einem Verständnis für Veränderungen im Großen sorgen diese auch für ein starkes Gemeinschaftsgefühl und insbesondere für eine wachsende Selbstwirksamkeit eines und einer jeden Einzelnen.

Die erläuterten Einflussfaktoren stehen in unterschiedlichen Interpretationen auch für die Herausbildung einer gesellschaftlichen Resilienz. Im abschließenden Kapitel klären wir, was diese gesellschaftliche Resilienz beinhalten kann und wie sie unter Berücksichtigung der Einflussfaktoren praktisch gestärkt werden kann.

5. Wie gesellschaftliche Resilienz geschaffen werden und Veränderungsbereitschaft fördern kann

Mit Blick auf die Herausforderungen, die die notwendigen und tiefgreifenden Veränderungen mit sich bringen, muss das politische Ziel die Schaffung einer gesellschaftlichen Resilienz sein. Sie gibt Bürger*innen Sicherheit und macht ihnen Mut, Veränderungen anzustoßen. Was wir genauer unter dieser gesellschaftlichen Resilienz verstehen können und wie sich die genannten Einflussfaktoren zu ihr verhalten, wird im Folgenden geklärt.

Individuelle und gesellschaftliche Resilienz hängen zusammen, sind aber nicht das Gleiche

Unser Fokus liegt hier explizit auf der gesellschaftlichen Resilienz. Individuelle Resilienz beschreibt die Fähigkeit Einzelner, mit Belastung, insbesondere in stressigen Phasen, gut umzugehen, sodass psychische Gesundheit gewahrt bleibt (Kalisch 2017). Individuelle Resilienz kann insofern mit politischen Entscheidungen zusammenhängen, als Einzelne ihre Auswirkungen besser abfedern können. Bei vielen Mitgliedern der Gesellschaft konnten wir diese Zusammenhänge zwischen Politik und individueller Resilienz beispielsweise während der Covid-19-Pandemie beobachten, in der Politik in das Nahumfeld der Bür-

ger*innen gelangte. Eine stark ausgeprägte individuelle Resilienz ist per se wünschenswert und kann auch dazu beitragen, Veränderungen im eigenen Leben eher zu akzeptieren, liegt aber nur indirekt und in Ausnahmesituationen in politischer Hand. Daher fokussieren wir hier insbesondere gesellschaftliche Resilienz.

Gesellschaftliche Resilienz bedeutet vereinfacht gesagt, dass eine Gesellschaft krisenfest ist. Sie beschreibt also, warum Gesellschaften wie agieren, wenn sie von Krisen betroffen sind, und was mögliche Bruchstellen sein könnten (Schuster/Stork 2021). Strukturwandel und Transformationsprozesse werden wie dargestellt teils als krisenartige Zustände wahrgenommen. Deshalb spielt gesellschaftliche Resilienz auch hier eine tragende Rolle. In anderen Ansätzen ist auch von „transformativer Resilienz“ (Beer/Rammler 2021) die Rede. Sie beinhaltet konkret Widerstandsfähigkeit, also die Kapazität, die Robustheit von Gesellschaftssystemen zu stärken. Weiterer Bestandteil ist die Anpassungsfähigkeit, womit die Fähigkeit, auf Störeffekte ohne negative Folgeeffekte zu reagieren, gemeint ist. Zuletzt ist noch die Trans-

formationsfähigkeit zu nennen, also die Kapazität, Disruption in Krisen positiv für den sozialökologischen Umbau zu nutzen. Das Konzept ist zwar treffend und bietet wichtige Ansatzpunkte, erscheint uns aber im Kontext dieser Studie als zu eng gefasst. Im Rahmen gesellschaftlicher Resilienz kann auch die Standfestigkeit der Demokratie als solcher, beispielsweise gegenüber extremistischen Bewegungen oder Protesten, thematisiert und abgebildet werden. Da Prozesse wie die sozial-ökologische Transformation mit Gegenbewegungen zu rechnen haben und diese bereits erfahren, ist dieser breite Ansatz hier vielversprechender.

Unsichere Zukunft verlangt resiliente Gesellschaft

Reckwitz (2021) beschreibt die gesellschaftliche Resilienz als „Widerstandsfähigkeit und die Fähigkeit, gewappnet zu sein für unerwünschte, mitunter schockartige Ereignisse“. Beispiele für Schockerlebnisse können die Covid-19-Pandemie, die Migrationskrise oder auch Terroranschläge sein. Die Klimakrise ist zwar kein akutes Schockerlebnis, ist aber als eine Art Dauerkrise immer präsent. Die Schaffung einer resilienten Gesellschaft ist anders als in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aktuell vor allem deswegen relevant, weil die Zukunft nicht mehr als Möglichkeitsraum gesehen wird. Vielmehr bedeutet Zukunft für viele vor allem Risiken, denen man sich als

Gesellschaft und als Individuum ausliefern müsse. Diesen eher pessimistischen, unsicherheitsbehafteten Zukunftsblick konnten wir ganz konkret auch in unseren Workshops beobachten.

Eine Politik, die auf Resilienz basiert, geht zunächst von Risiken und Herausforderungen aus und versucht negative Folgen vorsorglich abzumildern. Dem ersten Eindruck nach widerspricht das zunächst einer fortschrittlichen und progressiven Politik. Die Gefahr, in eine Negativitätsspirale zu geraten, deren Inhalt lediglich die Verhinderung des Schlimmsten ist, ist hierbei besonders groß. Insbesondere mit Blick auf die Polykrisenlage, die der Gesellschaft bereits auf die Stimmung drückt, ist dieser Aspekt nicht außer Acht zu lassen. Die Lösung dieses Dilemmas liegt in der Metapher des Standbeins und des Spielbeins (Reckwitz 2021). Das Standbein bildet hier die gesellschaftliche Resilienz in Form von Stabilitäts- und Sicherheitsversprechen ab. Das Spielbein hingegen steht für die Moderne, für den gesellschaftlichen Fortschritt und einen positiven Zukunftsblick. Die Bewegungsfreiheit des Spielbeins ist dabei immer auch abhängig von der Stabilität des Standbeins.

Infrastruktur, Stabilität und (materielle) Sicherheit als Standbein

Mit Blick auf die für diese Studie durchgeführten Workshops sind als Standbein klar und deutlich infrastrukturelle Ausstattung und ein großes Sicherheitsversprechen zu nennen. Sicherheit bezieht sich damit zum einen spätestens seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine auch auf sicherheitspolitische und faktische körperliche Sicherheit, die für viele stärker infrage steht als je zuvor. Darüber hinaus bezieht sie sich aber auch auf materielle Sicherheit – die Befürchtung eines Wohlstandsverlusts schwingt bei vielen mit

Ich mache mir ein wenig Sorgen angesichts der vielen Herausforderungen. Nicht nur ökologische Neuerungen, Digitalisierung, demografischer Wandel, Krieg in Europa usw. Die Zukunft ist nicht mehr so sicher, wie sie mal war oder schien.

Brandenburg

Blick auf die Zukunftssorgen immer mit. Unter infrastruktureller Ausstattung können wir hier Aspekte wie ein gut ausgebautes Gesundheits-, Mobilitäts- oder Bildungssystem verstehen. Wie wir eingangs zeigen konnten, entspricht die derzeitige Stimmung jedoch kaum einem stabilen Standbein. Die Skepsis ist gegenüber der eigenen gesellschaftlichen Resilienz stark ausgeprägt.

Ich glaube, dass wir uns vom guten, fetten Leben verabschieden müssen. Und dass wir uns alle einschränken müssen.

Nordrhein-Westfalen

Für Veränderungsprozesse ist das wie dargelegt keine gute Ausgangsposition. Insbesondere weil die Stabilität des Standbeins, also der gesellschaftlichen Resilienz, explizit mit beispielsweise klimapolitischen Maßnahmen in Verbindung gebracht wird. Populistische Deindustrialisierungsdystopien sind bei vielen bereits fest verankert. Auch die oben beschriebenen negativ konnotierten Veränderungserfahrungen tragen nicht zu mehr Resilienz bei, sondern bestätigen viele noch mehr in ihrem Glauben an eine instabile, nicht auf Risiken und Gefahren vorbereitete Gesellschaft.

„Wir haben nichts. Und die Wirtschaft muss auch gucken, wo sie bleibt. Und auch die erneuerbare Energie, das kostet alles Geld, das wir nicht haben. Wir verschulden uns und das wird dann bei Sozialleistungen bei Leuten wieder eingespart.“

Sachsen-Anhalt

Ähnlich verhält es sich mit den negativen Positionierungen gegenüber dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, der ebenfalls ein wichtiges Element der Resilienz ist.

Politisiertes Nahumfeld im Lokalen als Spielbein

Nach vorne gerichtete und zukunftsweisende Signale sind in krisenbehafteten Zeiten schwieriger zu identifizieren. Dennoch lassen sich auch hier Ansatzpunkte für ein progressives Spielbein finden. Insbesondere die wahrgenommene Wichtigkeit des Lernens im Kleinen können wir hier positiv hervorheben. Die Diskussionen und insbesondere Kleingruppenprojekte haben uns gezeigt, wie begeisterungsfähig Menschen sind, auch wenn es (oder gar, weil es) um Veränderung und Transformationsprozesse geht.

„Es wird immer nur zu groß gedacht. Wir müssen im Kleinen anfangen, um zu gucken, wie wir weitergehen können. Es baut eins auf das andere auf. Wir müssen viel kleiner anfangen, bevor wir ins Große gehen.“

Nordrhein-Westfalen

Wir konnten in planspielerischen Formaten aufzeigen, wie positiv sich das „Mitnehmen“ Einzelner auf die Selbstwirksamkeit auswirkt.

Für Politik und Veränderungsgestalter*innen heißt dies vor allem, dass Kommunen stark bleiben müssen, um die Zufriedenheit vor Ort (siehe Kapitel 3) zu erhalten oder zu steigern und um durch lokale sowie partizipative Projekte Transformation im Kleinen näherzubringen. Kommunikativ wird das Narrativ hier eher auf der Mikroebene angelegt. Das bringt

den positiven Aspekt mit sich, dass Überforderungsgefühle durch die Ankündigung großer, globaler Umwälzungen abgemildert werden. Dazu sei ausdrücklich gesagt, dass die Notwendigkeit übergreifender Veränderungen dennoch klar kommuniziert werden muss. Um Bürger*innen mitzunehmen, muss jedoch gleichzeitig das Verständnis im Lokalen entwickelt werden, das den Bezugsrahmen herstellt und sich nah an der Lebensrealität bewegt. Die Möglichkeit, von Veränderungen zu profitieren, ohne dabei ins Risiko gehen zu müssen, ist dabei zentral. Erreicht werden kann dies durch verstärkte Möglichkeiten, sich an Prozessen zu beteiligen und direkt an ihnen zu partizipieren. Durch die erlangte Selbstwirksamkeit können sich so auch positive Auswirkungen auf das oben thematisierte Zusammenhaltsgefühl ergeben. Das bringt darüber hinaus auch mit sich, dass Menschen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten sich aufgrund des ähnlichen Verständnisses von Veränderungen, einer gemeinsamen Zielsetzung und womöglich gemeinsamen Engagements nähern können. Wie oben thematisiert, braucht es hierfür Begegnungsorte auf lokaler Ebene, die dieses Näherkommen unterschiedlicher Milieus ermöglichen.

Standbein und Spielbein im Wechselspiel

Lokales Engagement, beispielsweise für mehr Klimaschutz oder politische Partizipation, kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn ausreichend Ressourcen vorhanden sind. Die starken Belastungen und Unsicherheitsgefühle, anders gesagt die Instabilität des Standbeins, beeinträchtigen die Bewegungsfreiheit des Spielbeins. Um das Standbein zu festigen, ist unerlässlich, politisches Vertrauen zurückzugewinnen. Politisches Handeln muss gerade im Feld der sozial-ökologischen Transformation verlässlicher werden und

planvoller agieren und kommunizieren. Zukunftsversprechen müssen realistisch sein und dürfen nicht als unrealistische Gesellschaftsentwürfe wahrgenommen werden. Das Spielbein kann hier im Kleinen und Lokalen zum besseren Verständnis einer lebenswerten Zukunft beitragen und das Standbein entsprechend stabilisieren. Dazu sind partizipative Ansätze vonnöten, die inklusiv sind und eine breite Basis von Bürger*innen erreichen (Elies/Lehmann 2017; Best et al. 2023). So können Veränderungsprozesse selbstwirksam mitgestaltet und ein gemeinsames, realistisches Zukunftsbild entworfen werden.

6. Fazit

Zusammenfassende Erkenntnisse im Überblick

Mit der Studie sollte aufgezeigt werden, wie Menschen in transformationserfahrenen Regionen auf anstehende und bereits laufende Veränderungsprozesse reagieren. Wir konnten dabei feststellen, dass von einer gemeinsamen „Transformationsidentität“ nicht gesprochen werden kann. Die Umbrüche in den von uns fokussierten Regionen in Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Sachsen-Anhalt unterscheiden sich dafür in ihrer Wahrnehmung und Intensität zu deutlich voneinander. Darüber hinaus sind die Wunden vergangener Umbrüche in manchen Regionen noch tief, wohingegen die Folgen in anderen Regionen als weniger stark spürbar geschildert werden.

Bei der Betrachtung des Großen und Ganzen stehen Skepsis und Zukunftssorgen im Vordergrund. Deutschland befindet sich im Polykrisenmodus – Ukraine-Krieg, Inflation, Klimawandel, Energie-Krise – die Bevölkerung nimmt diese Einschnitte sehr bewusst wahr und spürt Auswirkungen auf das eigene Leben. Neben dieser Entfremdung von Politik an sich nehmen viele Bürger*innen auch eine

stärkere Polarisierung und einen abnehmenden Zusammenhalt wahr. Für erfolgreiche Veränderungsprozesse ist jedoch die Wahrnehmung eines gemeinsamen Projekts auch bevölkerungsseitig unerlässlich. Ein starker gesellschaftlicher Zusammenhalt ist also kein Selbstzweck, sondern spielt auch für die Umsetzung politischer Maßnahmen im Bereich der sozial-ökologischen Transformation eine entscheidende Rolle. Dieser häufig geäußerten und eher negativen Diagnose gegenüber stehen allerdings ein starkes Engagement und der Kampf gegen Rechts, der sich in den Workshops im Oktober 2023 bereits zeigte und zu Beginn des Jahres 2024 auch in Demonstrationen sichtbar wurde. Wir sehen hier Anknüpfungspunkte für wiedererstarkende breite gesellschaftliche Bündnisse, die sich gegen demokratiefeindliche Bewegungen engagieren. Der Erhalt der Demokratie ist also für viele tatsächlich nach wie vor ein wichtiges Anliegen.

Ein weiterer Lichtblick ist für viele die Situation vor Ort, die relativ positiv wahrgenommen wird. Viele Menschen fühlen sich an ihren Wohnorten äußerst wohl. Durch planspielerische Projekte konnte aufgezeigt werden, wie

stark Vertrauen in Veränderungsprozesse von unten im Kleinen aufgebaut werden muss. Veränderungsprozesse funktionieren dann am besten, wenn möglichst viele Menschen beteiligt werden, sodass ein Gefühl der Selbstwirksamkeit entsteht. Dafür ist auch wichtig, an bereits vorhandene relevante Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft in der Region anzuknüpfen. So kann auch neues Vertrauen in die Demokratie entstehen. Vor allem aber wird so die Begrifflichkeit „Transformation“ mit Leben gefüllt. Grundsätzlich scheint der Begriff für viele Menschen unklar zu sein. Es braucht alltagsnahe Erfahrungen und Erzählungen, die politische Konzepte mit Leben füllen und Ziele wie Sinnhaftigkeit von Veränderungen aufzeigen. Die meisten Menschen erwarten zunächst schlicht konkrete Lösungen für ihre Probleme.

Politische Implikationen: Was muss getan werden?

In herausfordernden Zeiten bestehen also große Hürden, die Wahrnehmung ins Positive zu drehen. Grundsätzlich wird aber die Notwendigkeit von Veränderungen von vielen Menschen gesehen und anerkannt. Gleichzeitig besteht aber ein starkes Bedürfnis nach Sicherheit und Stabilität. Diese ambivalente Stimmung muss im politischen Handeln verankert werden, sodass immer eine Balance zwischen beiden Polen sorgsam ausbalanciert werden kann. Schließlich kann zu viel Veränderung als starker Risikofaktor für die eigene Zukunft betrachtet werden – eine einseitige Fokussierung auf Stabilität aber auch als Stillstand wahrgenommen werden.

Um diese Balance umzusetzen, muss eine Politik der Resilienz Sicherheit geben, indem sie die strukturellen Voraussetzungen und eine solide Basis für Veränderungsprozesse schafft. Konkret beinhaltet dies eine öffentliche Infrastruktur, funktionierende Bürokratie

sowie gute Lebensbedingungen mit Blick auf bezahlbaren Wohnraum, gesundheitliche Versorgung und eine flächendeckende Bildungsinfrastruktur – auch und gerade in strukturschwächeren Regionen. Metaphorisch gesprochen bilden diese Aspekte das Standbein, das in unsicheren Zeiten existenzielle Grundlagen und ein Gefühl der Resistenz gegenüber externen Schocks vermittelt. Das Standbein verhilft außerdem dem Spielbein zu einer gewissen Bewegungsfreiheit. Wenn ein grundlegendes Sicherheitsgefühl gesellschaftlich internalisiert ist, können Veränderungsprozesse mit mehr Freiraum gestaltet werden und Umbrüche werden weniger stark als Einschnitte ins eigene Leben wahrgenommen.

Wenn der Sinn und das Ziel von Veränderungen zudem klar kommuniziert ist, können wir so davon ausgehen, dass sie auch in viel stärkerem Maße akzeptiert werden. Für klimapolitische Maßnahmen kann dies etwa ganz konkret bedeuten, dass ihre Akzeptanz steigt, wenn sie a) nachvollziehbar kommuniziert sind, realistisch erscheinen und b) nicht an der Sicherheit des Standbeins rütteln. Konkret kann das Spielbein zum Beispiel in lokalen Initiativen zur Geltung kommen, die die Notwendigkeit von Veränderungsprozessen verdeutlicht und gleichzeitig Selbstwirksamkeit vermittelt. Die Planspiele in den Workshops der Studie haben gezeigt, dass das Verständnis der Notwendigkeit der sozial-ökologischen Transformation im Kleinen aufgebaut werden muss, damit auch größere Maßnahmen an Akzeptanz gewinnen. Dafür ist auch unerlässlich, dass die thematisierte Zufriedenheit vor Ort durch die Stärkung von Kommunen und lokalen Initiativen gestärkt wird.

Ausblick: Welche Hürden bleiben?

Die angesprochene Stärkung der Kommunen ist auch langfristig von enormer Wichtigkeit.

Damit die lokale Zufriedenheit sich auch über das unmittelbare Nahumfeld der Familie und des Freundeskreises hinausbewegt, müssen Möglichkeiten zum Austausch in öffentlichen Räumen geschaffen werden. Diese „sozialen Orte“⁶ sind von enormer Wichtigkeit. Sie entstehen in der Regel aus der Zivilgesellschaft heraus, benötigen aber ein gewisses Maß an bereits vorhandener Infrastruktur, an das Engagement anknüpfen kann. Langfristig entsteht so ein höheres Verständnis für unterschiedliche Perspektiven innerhalb eines Ortes. Die Wahrnehmung einer polarisierten oder fragmentierten Gesellschaft wird zwar vermutlich nicht verschwinden, die Intensität dieser Wahrnehmung aber womöglich deutlich geringer werden. Auch wird Streit über den richtigen Weg, der zu einer demokratischen Zivilgesellschaft dazu gehört, normalisiert.

Noch vor dem Mangel an „sozialen Orten“ stellen demokratiefeindliche Bewegungen und die Frage des Umgangs mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien wohl die größte Herausforderung für Veränderungsprozesse dar. Diese Akteur*innen erschweren bereits in der Opposition Veränderungsprozesse massiv, indem sie Bürger*innen beispielsweise aufwiegeln, gegen Klimaschutzmaßnahmen zu protestieren – ein Tenor, in den leider auch politische Entscheider*innen aus dem konservativen Spektrum häufig einstimmen. Ein noch düsteres Szenario blüht hingegen, wenn Akteur*innen aus dem rechtsextremen Spektrum an Gestaltungsmacht gewinnen und womöglich Regierungsverantwortung übernehmen. Dieser dann zu erwartende Backlash wird Veränderungsprozesse aktiv ausbremsen. Er bedeutet

allerdings auch, dass ganz grundlegend die Demokratie infrage gestellt werden wird. Eine Politik mit Weitsicht muss auch auf dieses Szenario vorbereitet sein. So müssen politische Institutionen bereits jetzt vorsorglich so geschützt werden, dass sie bei einem Wahlerfolg rechtsextremer Parteien nicht abgeschafft werden können. Neben einer gesellschaftlichen Resilienz, braucht es dementsprechend auch eine demokratische Resilienz, um zukunftsfähig bleiben zu können.

Jana Faus, Studium der Sozialwissenschaften (Diplom) in Mannheim und Utrecht. Seit mehr als 15 Jahren Forschung zu politischen und gesellschaftlichen Themen in Asien, Australien und Deutschland, Autorin mehrerer Studien und Publikationen. Seit 2012 Gründerin und Geschäftsführerin der *polytix strategic research gmbh*, mit der sie auf Basis qualitativer und quantitativer Forschung Kund*innen aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft strategisch zu gesellschaftlichen und politischen Fragen berät.

Dr. Lennart Hagemeyer, Studium der Sozialwissenschaften (B.A.) und Politischen Kommunikation (M.A.) in Osnabrück und Düsseldorf. Im Anschluss Promotion (Dr. phil.) und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Kommunikationswissenschaften an der Hochschule in Hannover. Seit 2021 bei der *polytix strategic research gmbh* als Seniorberater mit Fokus auf qualitative Forschungsvorhaben tätig.

|||||||

6 Siehe dazu auch den Essay von Claudia Neu in diesem Band, S. 70.

LITERATUR

Amlinger, Carolin; Nachtwey, Oliver 2022: Ge-kränkte Freiheit: Aspekte des libertären Autoritarismus, Berlin.

Beer, Felix; Rammler, Stephan 2021: Transformati-ve Resilienz als Leitbild der Zukunftsgestaltung: Zwi-schen den Zeitenwenden, in: politische ökologie 35 (3), S. 17–25.

Best, Volker; Decker, Frank; Fischer, Sandra; Küp-pers, Anne 2023: Demokratievertrauen in Krisenzei-ten: Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

CORRECTIV 2024: Geheimplan gegen Deutschland, <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rech-te/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> (18.01.2024).

Döbele, Christoph; Engels, Jan Niklas; Heinrich, Roberto; Loew, Nicole; Schläger, Catrina; Simon, Anja Miriam; Vitt, Anne-Kathrin 2023: Krisener-wachsen: Wie blicken junge Wähler:innen auf Politik, Parteien und Gesellschaft?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Elies, Stefanie; Lehmann, Yvonne 2017: Eine Ode an die Methode. Impulse für politische Bildungsan-gebote, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Elies, Stefanie; Richter, Franziska 2022: Transfor-mationspotentiale Ostdeutschlands: Transformation koordiniert, ressourcen- und beteiligungsorientiert gestalten, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Faus, Rainer; Storks, Simon 2019: Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespal-ten? OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration, Otto Brenner Stiftung, Frankfurt am Main.

Gohla, Vera; Hennicke, Martin 2023: Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2023, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Hagemeyer, Lennart; Faus, Rainer; Bernhard, Lu-kas 2024: Vertrauensfrage Klimaschutz: Mehrheiten für eine ambitionierte Klimapolitik gewinnen, Fried- rich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Mau, Steffen; Lux, Thomas; Westheuser, Linus 2023: Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin.

Kalisch, Raffael 2017: Der resiliente Mensch: Wie wir Krisen erleben und bewältigen: Neueste Erkennt-nisse aus Hirnforschung und Psychologie, München.

Küpper, Beate; Sandal-Önal, Elif; Zick, Andreas 2023: Demokratiegefährdende Einstellungen in der Mitte, in: Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico (Hrsg.): Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn, S. 91–135.

Kumkar, Nils; Schimank, Uwe 2021: Drei-Klassen- Gesellschaft? Bruch? Konfrontation? Eine Auseinan- dersetzung mit Andreas Reckwitz' Diagnose der „Spätmoderne“, in: Leviathan 49 (1), S. 7–32.

Lipset, Seymour Martin; Rokkan, Stein 1967: Par- ty Systems and Voter Alignments: Cross-National Per- spectives, New York.

Reckwitz, Andreas 2017: Die Gesellschaft der Sin- gularitäten: Zum Strukturwandel der Moderne, Ber- lin.

Reckwitz, Andreas 2021: Die Politik der Resilienz und ihre vier Probleme, in: Spiegel Online, <https://www.spiegel.de/psychologie/corona-und-politische-resilienz-was-wir-aus-der-krise-lernen-sollten-a-3cea4d87-0002-0001-0000-000176138623> (18.01.2024).

Scholz, Leander 2023: Zusammenhalt in Vielfalt: Zur Politik der sozialen Sichtbarkeit, Friedrich-Ebert-Stif- tung, Berlin.

Schuster, Armin; Stork, Werner 2021: Gesell- schaftliche Resilienz und Neugier in VUCA-Welten: Neue Aufgaben und Perspektiven für Staat, Verwal- tung und Bürger, ZNWU Discussion Paper, 8, Darm- stadt.

Storks, Simon; Faus, Rainer; Faus, Jana 2023: Auf der Suche nach Halt: Die Nachwendegeneration in Krisenzeiten, Otto Brenner Stiftung, Frankfurt am Main.

Zick, Andreas; Mokros, Nico 2023: Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte, in: Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico (Hrsg.): Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstel- lungen in Deutschland 2022/23, Bonn, S. 53–89.

Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. (ZSH) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 2024: Deutschland-Monitor '23: Gesellschaftliche und politische Einstellungen. Themenschwerpunkt: Stadt und Land, Halle/Saale.



Stimmen aus den Regionen
Essays



III.

„Revierwende“ in der Lausitz

Lars Katzmarek

Wenn man Menschen fragt, was sie mit der Lausitz verbinden, fallen ihnen in der Regel folgende drei Dinge ein: „Der Fußballverein Energie Cottbus ist in die Regionalliga abgerutscht, ihr habt ein Problem mit Rechtsextremismus und euer Wahrzeichen ist die Spree-waldgurke.“

Dabei sind die Region und ihre Menschen so viel mehr. Es ist der 16. September 2023, null Uhr, und die Deutsche Bahn verlost 1.000 Freikarten für Werksführungen. Eine halbe Stunde später ist ein Großteil der Karten bereits weg, weitere 15 Minuten später sind die Karten komplett verlost. Ein Novum, wenn man bedenkt, dass die Lausitzer*innen von Auswärtigen oft als kühle Skeptiker*innen wahrgenommen werden. Dabei zeigt sich eines sehr konkret: Das Bahnwerk als erstes „Monument“ des Strukturwandels hinterlässt ungläubiges Staunen und große Eindrücke!

Die Region bewegt sich! Nicht nur auf der „Schiene“, weil endlich das zweite Gleis zwischen Cottbus und Lübbenau verlegt wird.

Nein, sie bewegt sich in die Richtung einer grünen Energielandschaft. 7 Gigawatt erneuerbare Energien bis 2030, 14 Gigawatt bis 2040. Hinzu kommen elektrische Speicher mit bis zu 500 Megawatt, grundlastfähige Wasserstoffkraftwerke mit bis zu 4 Gigawatt und Elektrolyseure für den Bus- und Bahnverkehr.

Doch die Region bewegt sich auch im medizinischen Bereich. Weit über 2,5 Milliarden Euro fließen in das jetzt schon hochinnovative Carl-Thiem-Klinikum, ab 2026 beginnt dort auch die Ausbildung von Mediziner*innen. Ein wenig weg von Cottbus, in Senftenberg, fährt die Brandenburgische Technische Universität (BTU) neue Studiengänge zur Ausbildung von Lehrer*innen hoch, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Fragt man Schüler*innen nach ihrer Meinung, so ist die konkrete Fachkräftesicherung eine der größten Herausforderungen. Brandenburg und die Lausitz handeln, wenn auch vielleicht verzögert.

Nicht zuletzt bewegt sich die Region, wenn Wirtschaft und Kommunen an vorderster Front das Ansinnen eines Net Zero Valley

überbringen und der Bundeswirtschaftsminister diese Kooperation für ein „einzigartiges Asset“ hält, das so in Deutschland einmalig zu sein scheint. Sie bewegt sich darüber hinaus mit vielfältigen Ansätzen bei der Ausbildung junger Menschen: Profi SP und QLEE sind nur zwei der großen neuen Ausrichtungen, die junge Menschen fit für die Arbeitswelt machen sollen und Ausbildungs- und Studiengänge für die grüne Transformation anbieten.

Die Region „boomt“ und ist „krass“, sie versteht es, sich als „junge Lausitz“ zu artikulieren, und schafft Freiräume und übergreifende Bündnisse, die weit über das hinausgehen, was man vor fünf oder zehn Jahren für möglich gehalten hätte. Also alles bestens? Nein, natürlich nicht, es gibt nach wie vor Dinge, die in Angriff genommen werden müssen.

Sinnbildlich hierfür steht das zweite Gleis. Nichts wird in den Medien, nach dem Bahnwerk, so oft thematisiert wie dieser Teilausbau der Bahnstrecke. Nachdem die Verantwortlichen zunächst abgewinkt hatten, steht nun ein konkretes Datum fest: 2027 soll das Gleis fertiggestellt sein! Gerne betont die Landesregierung, dass sie hier in Vorleistung für die Planung gegangen ist und das Thema immer wieder platziert hat. Damit es wirklich Erfolg hat, benötigt es Menschen, die Themen voranbringen, und zwar bei allen gesellschaftlichen Akteur*innen.

Das Trauma, das die Lausitz trägt, hängt auch maßgeblich damit zusammen. Nach der Wende gab es schon einmal einen Strukturbruch, es wurden viele schlechte Entscheidungen getroffen, welche die Wirtschaft ruiniert haben. Damals wurden viele Menschen in der Region ersatzlos arbeitslos und standen ohne die Aussicht auf Existenz auf weiter Flur.

Das prägt die Menschen, mich eingeschlossen, und spornt sie an, Projekte konkret voranzutreiben. Darunter sind große Projekte, wie die Nationale Wasserstoffstrategie, wichtige Themen wie die Betreuung, aber auch die Themen in den fünf Werkstätten, die maßgeblich die Strukturfördermilliarden unter sich aufteilen. Allesamt sind Themen der Außenwirkung, die wir mit den Imagekampagnen „Boomtown Cottbus“ und „Krasse Lausitz“ in die Welt kommunizieren.

Gerade die Werkstätten sind ein gutes Beispiel für einen gelungenen Filterungsprozess. Hier sind Fach- und Führungskräfte aus verschiedenen Bereichen involviert. Konkret geht es um Akteur*innen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Kommunen und Zivilgesellschaft. Nach folgenden Kriterien bewerten sie die eingereichten Projekte:

1. Stärkung und Entwicklung von Wettbewerbsfähigkeit
2. Bindung und Fachkräfteentwicklung
3. Stärkung und Entwicklung von Lebensqualität und Vielfalt

Dabei wird viel Wert auf eine Bottom-up-Entwicklung gelegt. Dies funktioniert auf einem so guten Niveau, dass bereits im ersten Jahr mehr als 50 Projekte mit einem Gesamtvolumen von einer Milliarde Euro bestätigt worden sind. Dabei umfassen die Werkstätten alle Bereiche des Lebens: Infrastruktur, Industrie, Kunst, Kultur und Tourismus.

Die Werkstätten sind allerdings nur so erfolgreich wie ihre kommunale Vertretung. Das zweite große Novum der Lausitz ist ihre haus-eigene Lausitzrunde, ein Bündnis von Bürgermeister*innen, das den Takt nicht nur in der Region, der Landes- und Bundesregierung,

sondern auch in Brüssel maßgeblich anschlägt. Sie treffen sich nicht nur in regelmäßigen Abständen, um ihre Strategie zu beraten, sondern haben in der Vergangenheit das „Kohle-Aus“ (KVBG) maßgeblich positiv für die Region mitbeeinflusst. Aktuellere Themen sind der akute Fachkräftemangel, für dessen Bekämpfung Ausbildungsverbände angestrebt werden, und das große Net Zero Valley.

Neben gesellschaftlichem Engagement gibt es auch das Engagement der Wirtschaft. Ein Netzwerk aus Interessenvertreter*innen der Wirtschaft hat jüngst zum Thema Net Zero Valley ein gemeinsames Forderungspapier erstellt und es dem Bundeswirtschaftsminister übergeben, Hand in Hand mit den kommunalen Vertreter*innen der Lausitzrunde. Auch die Wirtschaft beschäftigt der Fachkräftemangel und Attraktivitätsfaktoren, daher ist sie gerne bereit, neue Wege zu gehen und sich an vielen Kooperationen der Verbundausbildung zu beteiligen und am kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Das letzte große Fundament dieser Region sind die Gewerkschaften des DGB respektive des „Revierwendeprojekts“. Kaum eine Veranstaltung oder Konferenz kommt ohne sie aus. Hunderte Demonstrationen in den letzten Jahren, sei es für Tarifverträge oder den Abschluss des KVBG, haben die Gewerkschaften ins Bewusstsein der Menschen gerückt, vor allem als vertraute Instanz, die ihnen den Rücken stärkt. Dabei haben die Gewerkschaften noch eine Menge Arbeit vor sich. Die Tarifbindung könnte um einiges besser sein, der Durchschnittslohn ist erschreckend gering und der Absprung nach Berlin, Leipzig oder Dresden scheint für junge Menschen immer noch sehr attraktiv zu sein.

Um dieses Problem professionell zu lösen, ist es wichtig, dass sich die am „Revierwendeprojekt“ Beteiligten vertrauensvoll zusammentun und gemeinsam dafür sorgen, dass gut bezahlte und gewerkschaftliche gesicherte Arbeitsplätze in die Lausitz kommen. Das wird, aus meiner Sicht, der Schlüssel für die Lösung der Fachkräfteproblematik in der Lausitz sein. Wenn darüber hinaus soziale Aspekte wie ausreichende Kitaplätze, ärztliche Versorgung und stationäre oder ambulante Pflege ebenfalls bedacht werden, stehen der Region goldene Zeiten bevor.

Darüber hinaus wird die Lausitz, wenn sie all das realisieren will, nicht nur mehr Außenwerbung brauchen, sondern eine konkrete Willkommenskultur schaffen müssen. Es bedarf eines viel stärkeren Zusammenwachsens in unserer Region, zwischen dörflichen und städtischen Orten. Nichts stärkt eine Gemeinschaft mehr als Gemeinsamkeiten und die Möglichkeit, die eigene Zukunft konkret mitzugestalten.

Lars Katzmarek, Ausbildung zum Mechatroniker bei Vattenfall GmbH, für die er bis 2017 arbeitete. Seit 2017 als „Regionalmanager Green Business“ bei der LEAG angestellt und Revierbotschafter der Lausitz“ für den DGB, zudem im Vorstand des überparteilichen Netzwerks „Junge Lausitz“ aktiv, das sich dafür einsetzt, die Lausitz für junge Menschen attraktiv zu machen.

Wenn das Leben auf den Kopf gestellt ist

Regionale Bewältigungsstrategien in Krisensituationen

Katrin Bauer, Gabriele Dafft

Erinnern wir uns und versetzen wir uns zurück in das Frühjahr 2020, als die Welt plötzlich kopfstand, als ein Virus unser Leben, unseren Alltag bestimmte und vieles nicht mehr war wie davor. Die routinierten, vertrauten Abläufe waren obsolet, Schulen und Kitas geschlossen, der Arbeitsplatz ins Homeoffice verlegt, Restaurants und Geschäfte hatten geschlossen und Kontaktbeschränkungen machten Veranstaltungen jeglicher Art, sei es die Geburtstagsfeier, der Osterbrunch oder das Schützenfest, unmöglich. Plötzlich und für die meisten unerwartet befanden wir uns alle in einer Krisensituation, die nach Bewältigung rief. Doch die Pandemie steht nicht allein, vielmehr scheinen wir uns – gefühlt oder ganz real – im Dauerzustand einer Polykrise zu befinden: Klimakrise, Flüchtlingskrise, die Energiekrise, ausgelöst durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Das alles sind „große“ Krisen, die uns alle irgendwie berühren und in unterschiedlicher Weise betreffen. Parallel haben wir mit unseren persönlichen Krisen zu kämpfen: Trennungen, Krankheiten, Verluste oder Umbrüche im eigenen Lebenslauf. Auch aus Katastrophen,

wie etwa der Flut im Ahrtal, erwachsen häufig Krisen, die länger andauern als das punktuelle Ereignis. Gemeinsam ist all diesen Krisen, ob global, existenziell und groß oder persönlich und klein, dass sie ganz individuell in irgendeiner Art und Weise bewältigt werden müssen. Wir müssen mit ihnen umgehen und Modi entwickeln, mit denen uns das gelingt. Diese Modi oder Bewältigungsstrategien müssen wir nicht zwangsläufig neu erfinden. Vielmehr greifen wir zu großen Teilen auf Bekanntes zurück, das wir modifizieren und an die neuen, individuellen oder gesellschaftlichen Bedürfnisse anpassen. Gerade dieser Findungs- und Modifizierungsprozess erweist sich als großes Potenzial für eine gesellschaftliche Resilienz.

Vor diesem Hintergrund wirft dieser Beitrag einen Blick auf den alltagskulturellen Umgang mit Krisen und zeigt aus einer kultur- anthropologischen Perspektive und mit Beispielen aus dem Rheinland, wie Menschen im 21. Jahrhundert auf sie reagieren, sie zu überwinden suchen. Krisen verstehen wir dabei als (häufig durch ein initiales Ereignis ausgelöste) Phasen des Umbruchs, der individuellen Verunsicherung, in denen Alltagsrouti-

nen, eingeübtes Verhalten, kollektive Gewissheiten und Werte sowie feste Strukturen in Auflösung geraten. Ist der oder die Einzelne diesem Momentum zunächst ausgeliefert, so versucht er oder sie sich doch schnell mit der neuen Situation zu arrangieren, sie zu überwinden und für sich selbst zu bewältigen.

Wie die Krise selbst, so ist auch ihre Bewältigung als Prozess zu verstehen, in dem Strategien gefunden werden, die es ermöglichen, den Zustand der Labilität, des Wankens und „Nicht-Wissens“ zu überwinden. Dabei handelt die Gesellschaft neue soziale und kulturelle Ordnungen aus und der oder die Einzelne positioniert sich neu in diesem sozialen Gefüge. Die Krise ist dann bewältigt, wenn die Wiederherstellung der alten oder die Entwicklung einer neuen Ordnung gelungen ist. Krisen ist daher immer eine Zeitlichkeit inhärent, eine Phase der Dynamik, die mit verstärkten Auseinandersetzungen (im Sinne gesellschaftlicher Debatten und Diskurse) einhergeht und die dazu zwingt, sich (neu) zu positionieren. Diese Bewältigungsstrategien können sich individuell unterscheiden, gleichzeitig werden sie jedoch aus einem kulturell geprägten Set aus Angeboten ausgewählt, die immer wieder in ähnlicher Art und Weise genutzt werden, wie wir hier anhand von fünf Thesen verdeutlichen möchten.

1. Krisen werden narrativ, symbolisch und performativ bewältigt

Krisen werden häufig im Austausch mit anderen, durch Kommunikation und kollektives Handeln bewältigt. Dazu werden gemeinsame Symbole, Zeichen und eine gemeinsame Sprache genutzt. Ein Beispiel hierfür sind die Regenbogen-Plakate, die im Frühjahr 2020, als die Coronapandemie ihren Anfang nahm, zum globalen Symbol der Krise, aber vor allem der Zuversicht wurden. Der gemeinsamen Hoffnung wurde durch ein vertrautes

Symbol (Regenbogen) in Kombination mit dem eingängigen Slogan „Alles wird gut!“ (oder in nationalsprachlichen Varianten wie italienisch „Andrà tutto bene!“) und mit dem Malen und Aufhängen als Akt der Bewältigung und des performativen Handelns kollektiv Ausdruck verliehen. Auch wenn man durch Kontaktverbote getrennt war, boten ein symbolisches Kollektiv und das gemeinsame Tun Sicherheit und stifteten Identität. Ähnlich funktionierten damals die überall entstehenden Steinschlangen: Getrennt und doch Stein für Stein als bunte Schlange der Anteilnahme, Empathie und des Zusammenhalts verbunden, trotzte man gemeinsam und kreativ der schwierigen Situation.

2. Der Nahbereich ist Bezugsraum für die Krisenbewältigung

Im Stadtbild Kölns tauchte zu Coronazeiten immer wieder ein Slogan auf, der auch sprachlich einen Rückgriff auf Vertrautes, Eingeübtes zeigte: „Et hätt noch immer jot je-jange“. Er ist das rheinische Motto des Mutes und Optimismus, das vor allem als einer der Artikel des sogenannten „Rheinischen Grundgesetzes“ bekannt ist, ein populäres Set tradierter Leitsprüche in kölscher Sprache. Der Dialekt, ohnehin ein kommunikatives Mittel, um sich emotionaler und näher an den Menschen zu artikulieren, wird hier zur Sprache der Krise und ist Beleg für die zweite These, nach der Krisen im Nahraum bewältigt werden. Zum einen bietet dieser Nahbereich Überschaubarkeit angesichts globaler Erschütterungen, zum anderen hält er das oben beschriebene Set vertrauter und damit schnell verfügbarer Handlungsmuster bereit. Die regional geprägte Sprache oder regionale Rituale und Bräuche repräsentieren aufgrund ihrer bekannten Struktur per se Stabilität, Halt und Sicherheit. Doch gerade dann, wenn alles zur Disposition steht – eben im krisenhaften Erleben einer weltweiten Pandemie –,

wird diese Sicherheit besonders relevant. So war allenthalben zu beobachten, dass Menschen ungern auf beliebte Bräuche verzichten wollten und schnell alternative Formen entwickelten: Ein Karnevalsumzug in Miniaturlausführung zu Coronazeiten, der heilige Martin, der allein durch die Straßen ritt und von den Fenstern aus mit Laternen begrüßt wurde, der Schützenumzug, der ausfallen musste und stattdessen – wie etwa in Keyenberg – in einen Umzug des Vorstands umgemünzt wurde, der mit Bollerwagen von Haustür zu Haustür zog und einen alkoholhaltigen Gruß hinterließ. All diese Rituale sind nicht bloß pittoreske, lokal gefärbte „Folklore“, sondern strukturgebendes „Krisenmanagement“, das Freude verbreitet, Gemeinschaft herstellt und Identität vermittelt.

3. Modifikation von Vertrautem als schnell verfügbare Krisenintervention

Bekanntere Rituale werden in Krisenzeiten, so die dritte These, genutzt, umfunktioniert, neu kombiniert und damit „passend gemacht“, um der herausfordernden Situation etwas entgegenzusetzen. Im März 2022 etwa fiel der Rosenmontagsumzug in Köln aus, weil Karneval unmittelbar mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zusammenfiel. Kurzerhand versammelten sich die Jecken trotzdem und der Karnevalsumzug wurde zur politischen Demonstration mit roter Pappnase und blau-gelbem Clownskostüm umfunktioniert. Jecken in Köln kombinierten ausgewählte Rituale des Karnevals mit klassischen Elementen der Protestkultur zu etwas Neuem. Die Region als Nahbereich und die mit ihr verwobenen Handlungsmuster boten hier den vertrauten Orientierungsrahmen. Auf diesen Rahmen konnten die Akteur*innen blitzschnell zugreifen, um auf die Erschütterungen ihrer Erfahrungswelt und die Unordnung des Alltags zu reagieren. Das rituell Bekannte vermittelt hier – wie bereits

in These 2 ausgeführt – Sicherheit und Vertrautheit, es kanalisiert darüber hinaus Ängste und Fassungslosigkeit und schafft emotionalen Halt. Gleichzeitig trägt der Rückgriff auf bekannte Handlungsmuster dazu bei, dass sich Menschen in erstaunlich kurzer Zeit untereinander verständigen können und kollektiv handlungsfähig werden. Sie erleben Selbstwirksamkeit und können ihre gefühlte Ohnmacht aufgrund eines beginnenden Krieges mitten in Europa zumindest partiell überwinden. In der Aktivierung und Modifikation vertrauter regionaler Handlungsmuster liegt aber nicht nur ein hohes Potenzial für individuelle und gesellschaftliche Resilienz, sondern auch Innovationskraft. Die hybride Form aus Karneval und Protest schaffte etwas Neues, für das Menschen in Köln auch in der überregionalen Presse Aufmerksamkeit erhielten. Das gemeinsame Demonstrieren stiftete Gemeinschaft und Zusammenhalt. Die überregionale wohlwollende Rezeption mag auch das Selbstbewusstsein der demonstrierenden Jecken zusätzlich gestärkt haben.

4. Teilhabe an regionalen Festen und Bräuchen fungiert als Kitt in einer gespaltenen Gesellschaft

Das Potenzial des Regionalen als Krisenbewältigungsstrategie in seiner gemeinschafts- und identitätsstiftenden Wirkung: Regionale Feste und Bräuche können sich – wenn sie offen sind für „Fremde“ und „Fremdes“ – als Möglichkeit erweisen, Zusammenhalt zu generieren und zu erleben. Sie können aktiv genutzt werden, um Zeichen zu setzen und gesellschaftliche Risse zu kitten. Beispielsweise wurde die Teilnahme einer Gruppe geflüchteter junger Menschen am Karnevalsumzug 2020 in Bonn-Bad Godesberg zur Folie für vielfältige Gemeinschaftserlebnisse und Solidaritätsbekundungen.

Die bunt kostümierte Gruppe aus etwa 80 Ehrenamtlichen und Geflüchteten beteiligte sich mit „Kamellewagen“ und einem Transparent mit der regionalsprachlichen Aufschrift „Vielfalt ohne Grenze, janz Jodesbersch sull glänze“. Für solche Formen der Teilhabe braucht es Türöffner, die die Teilnahme organisieren, anstoßen oder sie schlichtweg zulassen. Was geschah nun beim Bad Godesberger Karnevalszug? Wir überlassen es dem 27-jährigen Rasul aus Afghanistan, die Reaktion des Zugpublikums und die eigene Wahrnehmung zu beschreiben:

„Wir sind mit einer Gruppe beim Godesberger Zug mitgegangen. Viele haben das nicht nur gelesen, sondern so ‚Damen hoch‘ gemacht und so weiter. Das hat uns Spaß gemacht! Wie die Leute reagiert haben, das war schön.“

Die Geflüchteten erlebten sich hier als Teil einer größeren Gruppe, sie traten in Interaktion mit dem Zugpublikum und anderen Zugteilnehmenden, sie nahmen womöglich eine andere Wertschätzung wahr als in ihrem sonstigen Alltag. Die Menschen am Zugweg wiederum konnten Position für eine offene Gesellschaft beziehen, griffen das Statement für Toleranz und Vielfalt auf. Alle Beteiligten – Zuggruppe und Publikum – erlebten sich so als Teil einer Gemeinschaft, die für dieselben Werte einsteht. Dass das starre Festhalten an regionalen Bräuchen und Traditionen prinzipiell auch die Gefahr der Ausgrenzung anderer birgt, führt uns zur abschließenden These.

5. Krisen sind Innovationstreiber

Viele der vorgenannten konkreten Beispiele zeigen, dass Krisen Transformationsprozesse anstoßen und Motor für Innovationen sind. Aus ihnen gehen modifizierte Rituale, neue

Bräuche, hybride Formen hervor, Altes öffnet sich für Neues und ermöglicht neue Teilhabe. Innovationen zeigen sich nicht nur in Bräuchen und Ritualen, sondern in nahezu allen soziokulturellen Feldern. Das Arbeitsleben – um nur ein Beispiel zu nennen – hat etwa durch die Bewilligung von mehr Homeoffice und die Etablierung digitaler Besprechungsformate vielfältige Impulse erhalten, die auch nach der Coronapandemie wirksam sind. Krisen sind nicht ausschließlich oder generell negativ zu sehen. Aufgrund ihrer Dynamik und ihrer Ambivalenz ermöglichen sie eine Revisitation des Überkommenen und eine Neuausrichtung gesellschaftlicher Übereinkünfte. Möglicherweise schaffen sie auch jene Freiräume, in denen sich Individuen und die Gesellschaften trauen, Veränderungen zu forcieren und zu wagen sowie ein „Das haben wir doch immer so gemacht“ zu überdenken. Die Chance für eine resiliente Gesellschaft liegt auch darin, sich dieses Potenzials von Krisen bewusst zu werden und es aktiv und mutig zu nutzen.

Dr. Katrin Bauer studierte Volkskunde, Kunstgeschichte und Neuere Geschichte an der Universität in Bonn. Sie war Promotionsstipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung und ist gegenwärtig wissenschaftliche Referentin im Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) in Bonn. Sie befasst sich mit Alltagskultur.

Gabriele Dafft studierte Volkskunde, Kunstgeschichte und Vergleichende Religionswissenschaften an der Universität Bonn. Sie ist wissenschaftliche Referentin im Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte (LVR) in Bonn. Sie befasst sich mit Alltagskultur.

Mit Weiterbildung, Mitbestimmung und ehrenamtlichem Engagement den Umbruch gestalten

**Thomas Otto, Carina Webel,
Melanie Blatter**

Der Strukturwandel prägt im Saarland die aktuellen politischen Debatten. Wir beobachten disruptive Veränderungen in einer von Industrie geprägten Region, die überlagert sind von multiplen Krisen globaler Dimension. Was also ist zu tun? Liefern wir uns dieser Transformation mit ihren mehr als schwierigen Rahmenbedingungen einfach aus oder setzen wir auf eine gute Zukunft, auf das gute Morgen? Die Gewerkschaften haben darauf eine klare Antwort. Wer, wenn nicht wir, Gewerkschaften und ihre Partner – im Saarland die Arbeitskammer, die es nur in zwei Bundesländern gibt –, sind es, die in schwierigen Zeiten die Belegschaften nicht im Stich lassen, während Unternehmen mit Abwanderung drohen? Wir sind es, die für die Belegschaften kämpfen und eine Vision für eine gute Zukunft entwickeln. Daher ist es auch unser Anspruch, die Transformation, die oft als Worthülse wahrgenommen wird, zu gestalten und sie mit Werten und Taten zu füllen. Da die saarländische Geschichte die Saarländer*innen zu Strukturwandelweltmeister*innen gemacht hat, bieten sich hier gute Voraussetzungen.

Technologischer Wandel kostet viel Geld und mit dem saarländischen Transformationsfonds hat die aktuelle Landesregierung die Weichen gut gestellt. Jetzt müssen auch die Menschen mitgenommen werden – diejenigen mit und diejenigen ohne Umbruchserfahrungen. Der Aufschrei aus der Wirtschaft über den Fachkräftemangel ist berechtigt, es reicht aber nicht zu lamentieren, wir müssen handeln! Veränderungen in der Berufswelt, seien es neue Kompetenzen im eigenen Job oder gar neue Jobs, neue Berufsbilder, gehen einher mit mehr Weiterbildung. Hier müssen wir ansetzen. Mehr Mitbestimmung und mehr ehrenamtliches Engagement sind zentrale Gelingensbedingungen, müssen wir doch mit den Menschen die Veränderung angehen, sie überzeugen und gemeinsam mit ihnen Wege und Lösungen aufzeigen für ihre Sorgen und Probleme – Gewerkschaften und Arbeitskammer haben im Saarland einen klaren Auftrag.

Seit Jahrzehnten kursiert der Begriff des Fachkräftemangels. Sind Fachkräfte nicht verfügbar, werden sie auf dem externen Arbeitsmarkt gesucht und eingekauft. Umgekehrt werden Fachkräfte bei einem Überhang auch

wieder auf den externen Arbeitsmarkt freigesetzt. So weit der über Jahrzehnte eingeübte unternehmerische Ansatz in den Personalbüros. Über gute Arbeitsbedingungen musste lange kaum nachgedacht werden. Demografische Entwicklungen (Renteneintritt der Babyboomer*innen und immer mehr Berufe, für die sich keine Fachkräfte mehr finden) verändern den Blick auf den Arbeitsmarkt. Unternehmen sind zunehmend gezwungen, das zu tun, was eigentlich schon immer auf der Hand lag: Sie müssen attraktive Entlohnung und Rahmenbedingungen bieten, die Beschäftigten fit machen, sie befähigen, die kommenden Aufgaben zu bewältigen. Sie müssen dabei auch ihrer Verantwortung für die Ausbildung beim Berufseinstieg und für die (Anpassungs-)Qualifikation beim Onboarding gerecht werden. Der Schlüssel ist die Qualifizierung der eigenen Beschäftigten und auch derjenigen, die ins Unternehmen kommen sollen. Es ist notwendig, sich strategisch auf dem internen Arbeitsmarkt zu bedienen. Großen und vor allem mitbestimmten Unternehmen fällt dies mit ihren Ressourcen leichter beziehungsweise dort machen Betriebs- und Personalräte schon immer Druck, sich um die Entwicklung der eigenen Belegschaft zu kümmern. Eine solide Erstausbildung im bewährten dualen Ausbildungssystem, betrieblich integrierte, akademische Studiengänge sowie strukturierte Weiterbildungskonzepte sind in modernen und mitbestimmten Unternehmen eher anzutreffen. Aber auch kleinen und mittelständischen Unternehmen muss ein Angebot unterbreitet werden, ihre Beschäftigten möglichst passgenau

zu qualifizieren. Wie dies gelingt, wird maßgeblich den Erfolg bei der Bewältigung der Herausforderungen der Transformation bestimmen.¹

Aber wie sieht die betriebliche Wirklichkeit aus? Studien der Arbeitskammer, sei es die Befragung der Betriebs- und Personalräte durch das Betriebsbarometer oder das saarländische Oversample des DGB-Index Gute Arbeit, zeigen ernüchternde Zahlen. Die Weiterbildungsbereitschaft sowohl der Unternehmen als auch der Beschäftigten ist weiter unterdurchschnittlich und muss deutlich gesteigert werden. Laut unserer repräsentativen Beschäftigtenbefragung 2023 haben etwas mehr als ein Drittel der Beschäftigten in den letzten beiden Jahren an einer Weiterqualifizierung teilgenommen. In unseren Studien zeigt sich, dass nicht nur das Interesse an Weiterqualifizierung mit dem Anforderungsniveau steigt, sondern auch, dass höher Qualifizierte tatsächlich häufiger an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen als geringer Qualifizierte. Dass die Weiterqualifizierung oftmals eine weitere Qualifizierung der Qualifizierten ist, hat seinen Grund allerdings in finanziellen Hürden und nicht in unterschiedlich stark ausgeprägtem Interesse. Diese Hürden gilt es abzubauen, wenn eine der Kernvoraussetzungen für eine gelingende Transformation, die des „lebenslangen Lernens“, erfüllt werden soll. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass über ein Drittel der Beschäftigten, die nicht an einer Weiterbildung teilgenommen haben, keine Notwendigkeit für sich sieht.



1 Für eine vertiefende Lektüre zur wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Lage der Arbeitnehmer*innen im Saarland sei an dieser Stelle auf den „Bericht an die Regierung des Saarlandes 2023“ der Arbeitskammer mit dem Schwerpunktthema „Zukunftsfragen einer modernen Arbeitswelt“ verwiesen. <https://www.arbeitskammer.de/publikationen/jahresberichte-an-die-regierung-des-saarlandes> (Anmerk. der Redaktion)

68 Prozent der Beschäftigten haben an einer Weiterqualifizierung vor allem teilgenommen, um ihren aktuellen Job gut ausüben zu können. Dazu passt, dass 30 Prozent angeben, ihr Tätigkeitsfeld habe sich sehr verändert. Es herrscht offensichtlich bei diesen Personen ein Bewusstsein für die permanenten Veränderungen der Arbeitswelt. Die Motivation zur Teilnahme an einer Weiterqualifizierung liegt für die Beschäftigten also darin, ihr Potenzial ausschöpfen und ihre Arbeit gut verrichten zu können. Erst in zweiter Linie werden der Wunsch nach Aufstieg (25 Prozent) und das Ziel beruflicher Veränderung (8 Prozent) genannt. Insgesamt sehen wir also eine hohe Motivation der Beschäftigten, sich an eine sich verändernde Arbeitswelt und neue Kompetenzanforderungen anzupassen.

Weiterbildung ist also ein entscheidender Schlüssel, um die digitale und ökologische Transformation aktiv im Sinne der Beschäftigten zu gestalten. Sie eröffnet Chancen und bietet Schutz, ja ebnet den Weg zur politischen Selbstwirksamkeit, die zur Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz beiträgt. Die Arbeitskammer sieht sich dabei als zentraler Akteur.

Deshalb haben wir nicht nur gemeinsam mit dem saarländischen Wirtschaftsministerium und dem Bildungsministerium das Weiterbildungsportal Saarland aus der Taufe gehoben, sondern begleiten die Weiterbildungsoffensive mit den vom Bund geförderten Projekten Weiterbildungsverbund Saarland (WBV), „TraSaar – Netzwerk für Transformation“ (TP2-Qualifizierung) sowie dem Regionalen Zukunftszentrum KI (RZzKI) unter Führung unserer Technologieberatungstochter BEST e.V. TraSaar – koordiniert vom Wirtschafts- und Arbeitsministerium mit den Partnern IG Metall Transformationswerkstatt Saar, IHK

Saarland, autoregion e. V., Zentrum für Mechatronik und Automatisierungstechnik gGmbH (ZeMA) und Arbeitskammer. Es handelt sich um ein Netzwerk, dass sich mit dem Wandel in der Automobilbranche und den daraus resultierenden Herausforderungen beschäftigt. Wir blicken aus den Perspektiven Digitalisierung, Batterietechnologien, Wasserstoff, Infrastruktur, aber auch Mitbestimmung sowie Qualifizierung ganzheitlich auf den Veränderungsprozess in dieser für das Saarland so relevanten Branche. Regionale Weiterbildungsverbände sind eine Reaktion auf die rasanten Arbeitsmarktveränderungen im Zuge des Strukturwandels. Mit dem RZzKI machen wir Betriebs- und Personalräte fit für die digitale Zukunft.

Mit diesen Projekten ergänzen wir das Engagement der Arbeitskammer im Bereich Weiterbildung. Es bedarf also einer Vernetzung der Akteur*innen. Die Bedeutung von Netzwerken und Bündnissen und das Bestreben, Transformationsprozesse vorausschauend zu planen, damit auch in „Aufbrüchen“ gedacht werden kann, sind nicht zu unterschätzen.

Mit Befragungen zu saarländischen Weiterbildungsbedarfen und den einschlägigen Weiterbildungsangeboten im Saarland stärken wir die Expertise der Netzwerkakteur*innen. Folgende Fragen treiben die Menschen bei der Transformation um: Welche Wertschöpfungspotenziale hat der technologische Wandel und welche Veränderungen im Kompetenzprofil der Beschäftigten gehen damit einher? Welche Bedarfe entstehen und müssen mit passgenauen Weiterbildungsangeboten gedeckt werden? Wir schauen uns die Automobilindustrie an. Wir forschen, wie eine mögliche Wasserstoffwirtschaft für neue Wertschöpfung und Beschäftigung im Saarland sorgen wird. Aber auch weitere Branchen, wie die wachsende Gesundheitswirt-

schaft, der Bereich der Care-Berufe oder der aufstrebende Bereich BioNanoMed sind in unserem Fokus.

Wir wollen – aus unterschiedlichen Blickwinkeln – den Aufbau eines Netzwerks und aktive Netzwerkarbeit im Kontext der Weiterbildung im Land erreichen. Dabei ist neben der Zusammenarbeit mit den Weiterbildungsträgern sowie den Verantwortlichen in den Unternehmen die Einbindung von Betriebs- und Personalräten äußerst wichtig, sind sie doch die Promotoren, also Treiber von Veränderungsprozessen in den Betrieben und Verwaltungen. Über die betrieblichen Interessenvertretungen werden auch ehrenamtlich engagierte Vertrauensleute aktiviert, um so Weiterbildung zum alltäglichen Thema zu machen.

Zentrale Gelingensbedingung ist der Erfolg in den Betrieben und Dienststellen. Gut ausgebildete Interessenvertretungen und eine starke Mitbestimmung unterstützen so die Weiterbildungskultur in der betrieblichen Praxis. Als Arbeitskammer gehen wir dabei gemeinsam mit den Gewerkschaften den Weg der Ausbildung von Transformationsmentor*innen. Engagierte Kolleg*innen werden an drei Schulungstagen geschult. Sie sollen so aktiv, auf einem niederschweligen Niveau in Gesprächen beim Kaffee, an der Werkbank oder im Büro, für Weiterbildung allgemein, für Weiterbildungsangebote und für Fördermöglichkeiten werben. Sie können so Interessierte beim Weg zur Weiterbildung begleiten. Diese Einbindung Ehrenamtlicher verankert die Bewältigung der Herausforderungen der Transformation an der betrieblichen Basis.

Im Saarland schauen wir bei den Herausforderungen der Transformation auf ein tragfähiges Netz unterschiedlicher Akteur*innen, deren gemeinsames Anliegen es ist, den

Schlüssel Weiterbildung zur Gestaltung der Zukunft des Landes auch konsequent zu nutzen. Die Vielfalt der Möglichkeiten, die unterschiedlichen Blickwinkel und auch die verschiedenen Ansätze können durch die Netzwerkarbeit gebündelt werden. Die Veränderung muss allerdings im Betrieb, in der Verwaltung beginnen. Wir setzen daher bewusst auf unsere Kolleg*innen vor Ort – Vertrauensleute sowie Betriebs- und Personalräte sind unsere Promotor*innen und Mentor*innen in diesen anspruchsvollen Zeiten.

Melanie Blatter, Betriebswirtin. Nach dem Studium wurde sie Referentin der Geschäftsführung und seit 2022 ist sie Abteilungsleiterin Bildungs- und Wissenschaftspolitik bei der Arbeitskammer des Saarlandes. In dieser Funktion ist sie für die Koordination der Projekte Weiterbildungsverbund Saarland und TraSaar verantwortlich.

Thomas Otto, Studium der Betriebswirtschaftslehre (Diplom) in Saarbrücken. Im Anschluss war er Gewerkschaftssekretär beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt am Main, zuständig für Betriebswirtschaft, Mitbestimmung und Europa. Seit 2016 ist er Hauptgeschäftsführer der Arbeitskammer des Saarlandes.

Carina Webel, Studium der Volkswirtschaftslehre (Diplom) und Politikwissenschaft (M. A.) in Trier und Bristol, UK. Im Anschluss war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich „Arbeitsmärkte und soziale Sicherung“ am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e. V. in Tübingen, seit 2013 ist sie bei der Arbeitskammer des Saarlandes tätig, seit 2016 Abteilungsleiterin Wirtschafts- und Umweltpolitik.

Zwischen gesellschaftlicher Resilienz und progressiver Veränderung – Praxisbeispiele aus der Region

Juliette Brungs, Marleen Hascher, Helge Petersen

Die Studie liefert wichtige Einblicke in die Alltagserfahrungen und politischen Einschätzungen von Menschen, die im Laufe ihres Lebens mit Krisen und Umbrüchen konfrontiert wurden. Was die Studie besonders gewinnbringend macht, ist der Versuch, die Teilnehmer*innen als „Expert*innen des Alltags“ (Reimer-Gordinskaya/Tzschiesche 2023) ernst zu nehmen, das heißt ihre Perspektiven und Einschätzungen als Orientierungsrahmen für die eigenen Diagnosen und Handlungsempfehlungen aufzugreifen. Aufschlussreich ist auch die Vergleichsperspektive, die es ermöglicht, nach regionalspezifischen Ausprägungen übergreifender Transformationserfahrungen zu fragen. Die Einschätzung, dass das Gefühl der Distanz zu demokratischen Entscheidungsprozessen beziehungsweise der Entfremdung von ihnen in Sachsen-Anhalt besonders ausgeprägt ist, haben auch jüngere Umfragestudien bestätigt. Zudem sind antidemokratische und insbesondere rechtsextreme Einstellungen in Sachsen-Anhalt nicht nur im bundesweiten, sondern auch im ost-

deutschen Vergleich besonders stark ausgeprägt (vgl. Decker et al. 2023).

Mit den intensivierten Bestrebungen zur Resilienzstärkung von Regionen und communities werden lokale Bemühungen um Verbesserungen der direkten Lebensumwelt häufig als community work und als solche als identitätsbildend, sozial verankernd und resilienzfördernd imaginiert. Wie Graefe (2019) im Rückgriff auf van Dyk (2018) darstellt, handelt es sich aber bei community nicht nur um einen operativen Begriff, sondern unbedingt auch um eine Metapher, mit der „Wärme, Aufgehobensein, Heimat und Sicherheit“ signalisiert und projiziert werden sollen.

Am Beispiel der Situation von New Orleans infolge des Hurrikans Katrina und unter Bezug auf Wagner und Antholt (2016) stellt Graefe heraus, dass die Katastrophe schließlich zu einer Form der Resilienz geführt habe, „die paradoxer Weise insbesondere die Resilienz ‚of capitalist utility and financial cost-benefit‘ förderte und im Ergebnis extreme Verteuerungen hervorbrachte und so letztlich die Segregation stärkte“. Während also der Staat von den Bürger*innen immer mehr Re-

silienz fordert, entfernt er sich unter Verweis auf eine vermeintliche Unkontrollierbarkeit der Ereignisse (wie Naturkatastrophen oder Terrorangriffe) zunehmend aus der Kontrollverantwortung. Staatliche (Mit-)Verantwortung für den gesellschaftlichen Raum wird damit mehr und mehr abgewiesen und Resilienz zu einem neuen „Leitmotiv“ eines shift of responsibilities hin zu lokalen communities (vgl. Graefe 2019). In diesem Sinne sollte aber das Konzept der Resilienz nicht angewendet werden.

Der in der vorliegenden Studie formulierte Gedanke, Resilienz bezeichne die Krisenfestigkeit einer Gesellschaft, ihre Widerstandsfähigkeit und Robustheit, mit deren Hilfe Störeffekte ohne negative Folgen abgefangen werden könnten, und erhöhe somit die Standfestigkeit der Demokratie, muss mit Vorsicht begegnet werden, soll nicht ein „Community-Kapitalismus“ (van Dyk 2018), „der sich ideologisch ironischerweise gerade auf die Kritik von Ökonomisierung, Vereinzelung und Produktivismus stützt“ (Graefe 2019), befördert werden. Entzieht sich der Staat in zunehmendem Maße dieser an ihn gerichteten Forderung nach Beteiligung, führt dies unseres Erachtens zu einer Verstärkung des „pessimistischen, unsicherheitsbehafteten Zukunftsblick[s]“. Stelle der Staat allerdings ausreichend „Ressourcen zur Verfügung [...], [könnte das] „politische Vertrauen zurückgewonnen werden“. Lösungsorientierte Resilienzförderung erfordert demnach zwingend auch eine zeitgleiche Bearbeitung des gesellschaftlichen Kontextes strukturell ungleicher Herrschaftsbeziehungen, da ohne diese der Anpassungsdruck der Bürger*innen überproportional und stetig ansteigt. Ausdrücklich formuliert wurde dies auf einem Plakat, das 2006 in New Orleans auftauchte. Die Aufschrift lautete: „Stop calling me resilient. Because every time you say, ‘Oh, they

are resilient’ that means you can do something else to me. I am not resilient“ (Graefe 2019).

Um eine umfassende gesellschaftliche Wirkung bemüht, ist in den letzten drei Jahrzehnten in Sachsen-Anhalt ein ausgeprägtes Netz aus zivilgesellschaftlichen Initiativen und Kampagnen entstanden, die wichtige Beiträge zur Stärkung, Vertiefung und Ausdehnung der demokratischen Kultur im Bundesland leisten (vgl. Benack et al. 2003; Habisch 2017; Dexbach et al. 2020). Der in der Studie beschriebenen Alltagswahrnehmung, dass es in Sachsen-Anhalt „an positiven Beispielen [fehlt], an die sich kognitiv anknüpfen ließe“, suchen diese Initiativen kreativ entgegenzutreten. Nachfolgend sollen zwei solcher Beispiele vorgestellt werden.

Beginnen möchten wir mit „StadtseeGeschichten – Politische Bildung in prekären Stadtteilen stärken“, einem Bundesmodellprojekt zur aufsuchenden politischen Bildungsarbeit, das 2022 und 2023 von der SozialStärken gGmbH mit der Hochschule Magdeburg-Stendal umgesetzt wurde und hochschulseitig am Institut für demokratische Kultur angesiedelt war (Linde-Kleiner et al. 2023). Das Ziel des Projekts war es, zur Stärkung der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe marginalisierter Menschen im Stadtteil Stendal-Stadtsee beizutragen. Hierzu wurde das Konzept der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit (weiter-)entwickelt, das – anders als konventionelle Ansätze der politischen Bildungsarbeit – direkt an den heterogenen Alltagserfahrungen der im Stadtteil lebenden Menschen ansetzt und diese bei der Schaffung selbstbestimmter Diskussions-, Bildungs- und Gestaltungsräume im Stadtteil begleitet und unterstützt. Damit wurde auch das Ziel verfolgt, homogenisierenden und stigmatisierenden Außenwahrnehmungen

des Stadtteils entgegenzuwirken und stattdessen „ein solidarisches Miteinander heterogener Gruppen im Kleinen zu gestalten wie beispielsweise das herkunftstypischer Langzeiterwerbsloser und Geflüchteter“ (Linde-Kleiner et al. 2023). Zu den Projektbausteinen gehörten die Organisation eines regelmäßigen offenen Treffs und von Sprechzeitangeboten im Stadtteilbüro, die Errichtung eines Stadtteilhäuschens als öffentlichen Begegnungs-, Bildungs- und Veranstaltungsorts, ein Theaterprojekt und Bildungsausflüge (Linde-Kleiner et al. 2023).

Im Südosten von Sachsen-Anhalt liegt die Mittelstadt Zeitz, die seit vielen Jahrzehnten stellvertretend für eine „Wendeverliererstadt“ (Kiesant 2019) steht. Durch die Liquidierung vieler bedeutender mitarbeiter*innenstarker VEB-Betriebe wie der ZEKIWA, die im Zuge der Wiedervereinigungstransformation stattfand, gingen circa 20.000 Arbeitsplätze verloren (Engelhardt 2019). Es folgte eine massive Bevölkerungsabwanderung in die Stadt: Die Zahl der Einwohner*innen sank von über 43.000 im Jahr 1988 (Kiesant 2019) auf 27.601 im Jahr 2019 (Burgenlandkreis 2019). Auch die Arbeitslosenquote der Stadt lag 2023 mit 8,1 Prozent deutlich über dem bundesdeutschen Schnitt von 5,7 Prozent (Bundesagentur für Arbeit 2023). Dies zeigt sich auch im Stadtbild von Zeitz: Ungefähr ein Viertel der Wohnungen steht leer und viele Häuser sind verfallen (Andräs 2019), so dass in den Medien Zeitz oft als „sterbende Stadt“, „Geisterstadt“ oder „Lost Place“ bezeichnet wird (Riemer 2021). Diese negative Transformationsentwicklung schlägt sich in der politischen Landschaft von Zeitz nieder: Seit 2016 wird der Landtagswahlkreis Zeitz von Politiker*innen der vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuften AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt direkt vertreten (Landesportal Sachsen-Anhalt 2021).

Allerdings gründete sich in den letzten Jahren auch eine Vielzahl von Initiativen, die gegen Perspektivlosigkeit und Demokratieverdrössenheit in Zeitz ankämpfen und versuchen, die Freiräume innerhalb der Stadt zu nutzen und positiv zu besetzen. Das Start-up WeCreate siedelte sich beispielsweise mitten in der Innenstadt an und schuf auch das Zeitzer Stadtlabor, das diverse regelmäßige Veranstaltungen durchführt, um in einen demokratischen Bürger*innendialog zu treten, Vernetzungsangebote zu schaffen und die Innenstadt zu beleben. Eine Maßnahme hierfür ist das Café Mosaik, das sich ebenfalls in der Innenstadt befindet und jeden Montag um 17 Uhr Kaffee, Tee und Gebäck anbietet und den Zeitzer*innen die Möglichkeit gibt, miteinander ins Gespräch zu kommen. Dieses Angebot wird auch von vielen Geflüchteten in der Stadt angenommen. Zudem schafft WeCreate Räume für die ukrainische Community, die dort in der Ausstellung „Schlaflos“ ukrainische Kriegsillustrationen zeigt. Weitere wichtige Initiativen in Zeitz sind unter anderem das Demokratiebündnis Zeitz, die Kunst- und Kulturstätte Kloster Posa e. V., KrimZkrams Zeitz und der Circus Upsala. Des Weiteren lässt sich das Projekt „Aufsuchende politische Bildung in Zeitz“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Sachsen-Anhalt, das in Eigeninitiative von Anni Hagedorn koordiniert wird, als gutes Beispiel für Demokratieförderung und politische Aktivierung der Zeitzer Bürger*innen anführen. Ziel dieses Projekts ist es, Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft miteinander zu vernetzen und Veranstaltungen durchzuführen, die auf die Themen zugeschnitten sind, die die Bürger*innen von Zeitz bewegen. Diese Themen werden durch die gezielte Ansprache von Bürger*innen im öffentlichen Raum ermittelt. Laut Anni Hagedorn ermöglicht der persönliche Kontakt im Vorfeld von Veranstaltungen, Vertrauen zu den Menschen auf-

zubauen und somit Zielgruppen zu erreichen, die der Friedrich-Ebert-Stiftung bisher fernstanden. Die erste Veranstaltung des Projekts namens „Zeitzer Innenstadt gemeinsam gestalten!“ fand im Februar 2024 statt, wobei bereits in einem Workshop Ideen zur Zukunft der Zeitzer Innenstadt gefunden wurden. Auch für die Umsetzung der Ideen konnten bei dieser Veranstaltung Verantwortliche aus der Bevölkerung aktiviert werden, die sich vorher noch nicht politisch für die Stadt engagiert hatten. Die hier angeführten Best-Practice-Beispiele für Demokratieförderung in einer Stadt mit einer prekären politischen und infrastrukturellen Ausgangslage zeigen deutlich, dass eine Möglichkeit gegeben ist, schwierigen Bedingungen wie Leerstand oder drohender Demokratieverdrossenheit in der Stadtbevölkerung entgegenzuwirken und Formen demokratischer Resilienz herzustellen.

Abschließend soll auf die Frage eingegangen werden, welche Schlüsse aus diesen Beispielen für die Entwicklung progressiver Handlungs- und Veränderungskonzepte gezogen werden können. Insbesondere zwei Aspekte sollen hier hervorgehoben werden, die an die in der Studie vorgeschlagenen Perspektiven anschließen, sie aber auch erweitern: Es zeigt sich an den Beispielen, dass das Lokale tatsächlich einen maßgeblichen Orientierungs- und Anknüpfungspunkt für zivilgesellschaftliche Basisarbeit darstellt. Hiermit ist aber keine bloße Rückzugsbewegung in den alltäglichen Nahbereich gemeint. Stattdessen wird in den unterschiedlichen Kampagnen und Projekten versucht, alltägliche Erfahrungen mit politischen Veränderungsprozessen in den Vordergrund zu stellen. Eine bloße Stärkung eines lokalen oder regionalen Gemeinschaftsgefühls reicht nicht, um die Lebenssituationen vor Ort umfassend und nachhaltig zu verbessern, vielmehr müssen –

soll Resilienz nicht zu einem Tool degradiert werden, das nur dazu dient, Widersprüche in der Theorie des Neoliberalismus zu verdecken – alle gesellschaftlichen Ebenen an einer Entwicklung mitwirken.

Dr. Juliette Brungs, Literaturwissenschaftlerin, Promotion in den USA 2013 zum Thema „Performing the Jewish Body in Contemporary Germany“. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für demokratische Kultur der Hochschule Magdeburg-Stendal. Darüber hinaus arbeitet sie als Mediatorin und systemische Beraterin. Von 2014 bis 2022 war sie in der politischen Bildung tätig, mit Schwerpunkt auf Radikalisierungsprävention.

Marleen Hascher, M. A., Sozialwissenschaftlerin, Master an der Humboldt-Universität zu Berlin 2023 zum Thema „Ostdeutsche zwischen Klassen- und Identitätsbewusstsein“. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Vorstand am Institut für demokratische Kultur der Hochschule Magdeburg-Stendal.

Dr. Helge Petersen, Sozialwissenschaftler, Promotion an der University of Glasgow 2022 zum Thema „Racism, crisis, and confrontation – political struggles over racist violence and state racism in Britain, 1958–1999“. Er ist Postdoktorand und Vorstandsmitglied am Institut für demokratische Kultur der Hochschule Magdeburg-Stendal.

LITERATUR

Andräs, Angelika 2019: Dramatische Prognose zum Leerstand in Zeitz: Droht eine Katastrophe?, in: Mitteldeutsche Zeitung, 29.01.2019, <https://www.mz.de/lokal/zeit/dramatische-prognose-zum-leerstand-in-zeit-droht-eine-katastrophe-3130874> (04.03.2024).

Benack, Anke; Heller, Karsten; Roth, Roland 2003: Erfahrungen mit der wissenschaftlichen Begleitung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. Eine Pilotstudie zu Praxisansätzen von Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V., in: Lynen von Berg, Heinz; Roth, Roland (Hrsg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen, Opladen.

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar 2023: Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie: Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern. *EFBI Policy Paper 2023-2*, Leipzig.

Dexbach, Alexander; Treichel, Anja; Wunderlich, Ulrike; Eichrodt, Anke; Lange, Mary; Kaiyama, Mika 2020: Migrantenorganisationen: Unverzichtbare Partner im Integrationsprozess, in: Löhr, Tillmann (Hrsg.): Kommunale Integrationspolitik: Strukturen, Akteure, Praxiserfahrungen, Berlin, S. 115–126.

Engelhardt, Dirk 2019: Sachsen-Anhalt: Wendevertler Zeit hofft auf einen Leipzig-Effekt, in: Die Welt, 12.05.2019, <https://www.welt.de/finanzen/immobilien/article193345257/Sachsen-Anhalt-Wendevertler-Zeit-hofft-auf-einen-Leipzig-Effekt.html> (01.03.2024).

Graefe, Stefanie 2019: Resilienz im Krisenkapitalismus. Wider das Lob der Anpassungsfähigkeit, Bielefeld.

Habisch, Cornelia 2017: Zivilgesellschaft stärken, Extremismus bekämpfen: Demokratieförderung als Handlungsfeld im Dialog zwischen Parlament, Regierung und Zivilgesellschaft, in: Träger, Hendrik; Priebus, Sonja (Hrsg.): Politik und Regieren in Sachsen-Anhalt, Wiesbaden, S. 401–416.

Kiesant, Karsten 2019: Warum wir Zeitz vor der Wahl unter die Lupe nehmen, in: MDR, 01.04.2019, <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landspolitik/warum-zeit-warum-serie-ueber-zeit-100.html> (01.03.2024).

Landesportal Sachsen-Anhalt 2016: Wahl des 7. Landtages von Sachsen-Anhalt am 13. März 2016, <https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt16/erg/gem/lt.15090003.ergtab.php> | <https://web.archive.org/web/20160324132015/http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt16/fms/fms213li.html> (01.03.2024).

Landesportal Sachsen-Anhalt 2021: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt – Wahl des 8. Landtages von Sachsen-Anhalt am 06. Juni 2021, <https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt21/erg/wkr/lt.41.ergtab.php> (01.03.2024).

Linde-Kleiner, Judith; Grünhage, Freda; Reimer-Gordinskaya, Katrin 2023: StadtseeGeschichten. Handreichung zur Aufsuchenden politischen Bildung. Grundlagen, Methoden und Ergebnisse, https://idk-lsa.de/wp-content/uploads/2023/11/231123_ApB_Handreichung.pdf (07.03.2024).

Reimer-Gordinskaya, Katrin; Tzschiesche, Selana 2023: Immer noch ‚arm, aber sexy‘? Ungleiche Lebenslagen und Klassenverhältnisse in Berlin. Forschungsbericht zum zweiten Schwerpunkt der Aktivierenden Befragung im Berlin-Monitor, Springer.

Van Dyk, Silke 2018: Post-Wage Politics and the Rise of Community Capitalism, in: *Work, Employment and Society* 32 (3), S. 528–545.

Wagner, Wolfgang; Antholt, Rosanne 2016: Resilience as the EU Global Strategy's new Leitmotif: Pragmatic, Problematic or Promising?, in: *Contemporary Security Policy* 37 (3), S. 414–430.



Ausblicke



IV.

„Miese Gefühle“ mithilfe von Begegnungen auflösen

Die Bedeutung öffentlicher Orte und Gelegenheiten für den Austausch

Claudia Neu

Die Deutschen haben sich eingerichtet in ihren Verlustängsten, ihrem Unmut und ihrer Verbitterung. Bequem lässt sich aus dem Wohnzimmeressel die desaströse Lage der Nation beurteilen. Über das Versagen der Politik klagen. Empörung im Netz – ein Volkssport. Doch was habe ich damit zu tun? Klimawandel – kann ich mir nicht leisten. Zurückstecken – jetzt sind aber auch mal die anderen dran! Zusammenhalt – ganz wichtig, aber bitte ohne Vielfalt. Zukunft – gern ohne mich!

Fast möchte man vor Verzweiflung aufschreien, wenn dieser Tage auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck die „dramatisch schlechte Lage“ der deutschen Wirtschaft konstatiert (Bayerischer Rundfunk 2024). Wenn selbst Politiker*innen nicht mehr an die Politik, die sie zu verantworten haben, glauben und die Narrative des unmittelbar bevorstehenden Untergangs Deutschlands bedienen, wie kann man da der AfD noch böse sein? Narrative sind mächtig, sie müssen aber immer auch an die unmittelbare Erfahrung der Menschen anschlussfähig sein.

So sind die Geschichten vom „Abgehängtsein“ eben nicht nur Verlusterzählungen von einer Welt, wie sie nie war, sondern sie fußen durchaus auf realen Erfahrungen von Deindustrialisierung und der Zerstörung der Infrastruktur ganzer Regionen. Kein*e Ärzt*in mehr in Sicht, die Schwimmhalle längst zu und die Tankstelle als letzter öffentlicher Ort. Das Abgehängtsein empfinden, laut Deutschland-Monitor '23, daher insbesondere Menschen, die in weniger prosperierenden Regionen leben. Eine Ost-West-Differenz bleibt auch dann erkennbar, wenn nur die prosperierenden Regionen betrachtet werden: Westdeutsche Einwohner*innen wirtschaftlich gut aufgestellter Regionen haben ein deutlich geringeres Gefühl des Abgehängtseins als Ostdeutsche, die in prosperierenden Regionen leben (Zentrum für Sozialforschung e. V. [ZSH] an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 2024a: 87). Und es kommt noch ein weiterer Punkt erschwerend hinzu: Die Berliner Soziologin Katja Salomo wies 2019 in einer Studie zu Thüringen darauf hin, dass der Einfluss des demografischen Wandels auf Gefühle der Benachteiligung nicht zu vernachlässigen sei. Trotz wirtschaftlicher Erholung bleibt die demografische Lage in vie-

len ländlichen Räumen Ostdeutschlands präkär und verschärft die lokale demografische Homogenität: Hohe Abwanderungsraten in der Vergangenheit, vor allem Jüngerer, verschobene Geschlechterverhältnisse zuungunsten von Männern, eine niedrige Geburtenrate und wenig Zuwanderung kumulieren in einer weltweit einzigartigen Mischung. So schaukeln sich Erfahrungen von wirtschaftlichem und demografischem Niedergang und Gefühle des Abgehängtseins gegenseitig hoch, stauen sich auf zu Verlustbergen und Bedrohungsszenarien. Populistische und rechtsextreme Parteien können perfekt an ebenjenen Ängsten andocken und brauchen sie nur noch zu verstärken. Dabei ist es gar nicht nötig, selbst betroffen zu sein, durch die wahrgenommene Betroffenheit in der unmittelbaren Umgebung kommt es zu einem soziotropen Effekt (Manow 2019). Oder wie Raj Kollmorgen kürzlich im „Spiegel“ (6. Dezember 2023) über die verzerrte und dramatisierende Wahrnehmung von AfD-Wähler*innen sagte: „Nicht wenige ihrer Mitglieder und Sympathisanten stehen vielmehr vor ihrem Eigenheim mit zwei Autos und dem schönen Vorgarten und sagen: Wir sind kurz davor unterzugehen. Also nicht wir persönlich, aber schau doch, unser Nachbar!“ (Der Spiegel 2023).

Gibt es einen Ausweg aus miesen Gefühlen wie Bedrohung, Verlust und Ressentiment? Diese Frage ist leider alles andere als banal, denn gefangen im Ressentiment kann und darf es nichts mehr geben außer Groll und Hass. Hier liegt Bitterkeit begraben, wie das Buch von Cynthia Fleury so treffend heißt. Denn es liegt im Wesen des Ressentiments, eben keine Heilung anzustreben, sondern ohnmächtig zu verharren und der Welt die Schuld am eigenen Elend zuzuschreiben (Fleury 2023). Ressentimentale Menschen sind in der Regel auch nicht sonderlich be-

liebt, was sie noch ein Stück von anderen Menschen fortreibt, sodass sie sich wieder einmal in ihrem Opferdasein bestätigt sehen. Die Möglichkeiten zum Austausch, zur Reflexion oder zum Konflikt verringern sich so für ressentimentgeplagte Menschen immer weiter (Kersten et al. 2024). Fehlt es zudem an Gelegenheitsstrukturen wie Parks, Cafés oder Freizeitangeboten im Wohnumfeld, die, und sei es nur in der Halbdistanz, Kontakt zu Mitmenschen ermöglichen, so kommt die Gefahr von Einsamkeit verstärkend hinzu (Bücker et al. 2020). Einsamkeit und Ressentiments sind sicher sehr extreme Beispiele, doch zugleich zeigen sie uns, dass das Gefühl, nicht mehr Teil der Gesellschaft zu sein, durchaus anfällig machen kann für Verschwörungserzählungen, Populismus und Billigung politischer Gewalt (Neu et al. 2023; Neu/Küpper 2023).

Was folgt nun daraus?

Der politische Leitgedanke der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse stellt eine zentrale demokratische Kraft dar, die, vermittelt über Verfügbarkeit und Zugang zu Arbeitsplätzen, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, aber auch Sportplätzen und Schwimmbädern, gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet. So stellt der Deutschland-Monitor '23 fest: „Das Empfinden, der eigene Lebensraum werde benachteiligt, hat Auswirkungen auf das politische Bewusstsein. Wer sich ‚abgehängt‘ fühlt, neigt etwa eher zu populistischen Einstellungen. Und wer ein starkes ‚Abgehängtsein‘ empfindet, ist tendenziell auch mit dem Funktionieren der Demokratie sehr unzufrieden“ (Zentrum für Sozialforschung e. V. [ZSH] an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 2024b: 4). Allein diese Erkenntnis sollte wieder Schwung in die nun wahrlich nicht ganz neue Diskussion über die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse bringen.

Begegnung und Miteinander, wenn sie nicht unmittelbar in der Familie, dem Freundes- oder Bekanntenkreis geschehen, brauchen öffentliche Orte und Gelegenheiten. Diese öffentlichen Orte nannte Ray Oldenburg (1989) in seinem Buch *The Great Good Place „third places“*. Völlig unabhängig vom „first place“, dem Zuhause, und dem „second place“, dem Arbeitsplatz, sind diese „Dritten Orte“ gemeinschaftlich nutzbarer, öffentlicher Raum. Allerdings sind Oldenburgs „dritte Orte“ eher unspektakulär: Cafés, Friseursalons, Supermärkte. Sie haben eine niedrige Zugangsschwelle und dienen hauptsächlich der ungezwungenen Kommunikation – auch über Milieugrenzen hinweg. Sie sind alltägliche Treffpunkte, die gern auch von Stammpublikum frequentiert werden (die klassische Eckneipe, der Tante-Emma-Laden) (Neu 2020). Neben diesen wichtigen alltäglichen Orten, die den lokalen Zusammenhalt konstituieren, braucht eine aktive Zivilgesellschaft jedoch auch (über-)regionale Dritte Orte wie Bibliotheken (Brandt et al. 2022) oder Theater (Richter 2023), an denen die öffentliche Meinung verhandelt wird. Geht es bei Dritten Orten überwiegend um Begegnung, so gehen soziale Orte in ihrem Willen zum Gestaltungseingagement (Willisch 2021; 2022) über das Miteinander hinaus. Soziale Orte (Kersten et al. 2022) sind eher keine unpräzisen Alltagsorte, an denen Menschen einfach so vorbeikommen. Vielmehr werden sie von ganz unterschiedlichen Akteurskonstellationen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung oder Unternehmen initiiert und bespielt. Soziale Orte konzentrieren sich zumeist auf eine konkrete Aufgabe, wie zum Beispiel den Umbau einer ehemaligen Schule zu einer genossenschaftlich geführten Gastwirtschaft oder die gärtnerische Umgestaltung eines Stadtviertels. Manchmal starten soziale Orte aus einem empfundenen Mangel heraus, weil etwa

Infrastrukturen verloren gegangen sind und nun „etwas getan werden musste“. Überraschend ist, dass diese sozialen Orte nicht nur reale Orte oder Projekte sind, sondern vielmehr auch dynamische Prozesse sein können, die über sich selbst hinausweisen, indem sie offen unterschiedliche Mitspieler*innen ansprechen und Netzwerke herausbilden. Akteur*innen arbeiten nicht unbedingt ein (gefördertes) Projekt einfach ab, sondern unterstützen sich bei Problemen gegenseitig und entwickeln gemeinsam Ideen weiter – so entsteht ein dynamischer Prozess (Neu 2020). Einen sozialen Ort aufzubauen kostet viel Zeit, Geld und Kraft. Im Ergebnis schaffen die „Produzent*innen“ jedoch lokale Identitätsanker. Dabei ist es gar nicht nötig, dass jede*r Bürger*in am Entstehungsprozess beteiligt wird. Als viel entscheidender stellt sich heraus, dass soziale Orte Andockstellen für Zaungäste, Mecker*innen, Kuchenbäcker*innen und Bänkeschlepper*innen sind, die sich je nach individuellen Möglichkeiten einbringen können. Und wenn nicht dieses Mal, so vielleicht bei nächster Gelegenheit.

Soziale Orte eignen sich hervorragend, um positive Geschichten zu erzählen. Denn sie produzieren etwas Neues, mit dem sich die Bürger*innen vor Ort verbinden können. Hier werden Verlusterzählungen abgeglichen mit den guten Erfahrungen Engagierter. Aber soziale Orte entstehen nicht im luftleeren Raum, es braucht ein Mindestmaß an öffentlichen Infrastrukturen und Institutionen, an denen sich Engagement erst anlagern kann. Die öffentliche Verwaltung als Partnerin und Ressourcengeberin ist da nie verkehrt. Und ohne Menschen, die mitmachen, wird es auch nichts. Kommt diese bunte Mischung aber zusammen, so entstehen Orte der Mitwirkung und lokalen Demokratie, die auch Raum für Konflikte lassen.

Ein Land voller sozialer Orte, voller guter Geschichten, die Menschen zum Mitmachen ermutigen, eine Politik, die den Wunsch nach Beteiligung ernst nimmt und die Zukunft für machbar hält – das wär's.

Prof. Dr. Claudia Neu, seit September 2016 Leiterin des Fachgebiets Soziologie ländlicher Räume der Universitäten Göttingen und Kassel. Von 2009 bis 2016 war sie Professorin für Allgemeine Soziologie an der Hochschule Niederrhein. Neu ist Vorsitzende des Sachverständigenrates „Ländliche Entwicklung“ beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen „Demographischer Wandel, Zivilgesellschaft sowie Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen“.

LITERATUR

Bayerischer Rundfunk: Markus Wolf 2024: „Dramatisch schlecht“: Habeck sorgt sich um deutsche Wirtschaft, 14.02.2024, <https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/dramatisch-schlecht-habeck-sorgt-sich-um-deutsche-wirtschaft,U4IABsq> (13.03.2024).

Brandt, Juliane; Breitlied, Jaqueline; Schleihagen, Barbara 2022: Bibliotheken, in: Neu, Claudia (Hrsg.): Handbuch Daseinsvorsorge, Berlin, S. 212–219.

Bücker, Susanne; Ebert, Tobias; Götz, Friedrich M.; Entringer, Theresa M.; Luhmann, Maike 2020: In a Lonely Place: Investigating Regional Differences in Loneliness, in: Social Psychological and Personality Science (SPPS) 12 (2), S. 147–155.

Der Spiegel 2023: „Wir Ostdeutsche müssen uns mehr als bisher mit uns beschäftigen“; Interview mit Raj Kollmorgen, Spiegel Chronik 2023, 06.12.2023, <https://www.spiegel.de/politik/ostdeutscher-soziologe-raj-kollmorgen-ueber-afd-ein-tanz-auf-dem-vulkan-a-2405c10a-01cf-4d52-b19b-f188da63a1c4> (13.03.2024).

Fleury, Cynthia 2023: Hier liegt die Bitterkeit begraben. Über Ressentiments und ihre Heilung, 2. Aufl., Berlin.

Kersten, Jens; Neu, Claudia; Vogel, Berthold 2022: Das Soziale Orte Konzept, Bielefeld.

Kersten, Jens; Neu, Claudia; Vogel, Berthold 2024: Einsamkeit und Ressentiment, Hamburg.

Manow, Philip 2019: Die Politische Ökonomie des Populismus, Frankfurt am Main.

Neu, Claudia; Küpper, Beate 2023: Einsamkeit, Feindseligkeit und Populismus, in: Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2023/23, hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröder, Bonn, S. 335–353.

Neu, Claudia; Küpper, Beate; Luhmann, Maike 2023: Extrem einsam? Die demokratische Relevanz von Einsamkeitserfahrungen unter Jugendlichen in Deutschland, hrsg. von Das Progressive Zentrum, Berlin 2023.

Neu, Claudia 2020: Soziale Orte, dynamische Prozesse, in: Trafo Newsletter 9/2020, https://www.trafo-programm.de/1988_themen/2744_begegnungs-orte-auf-dem-land/2782_soziale-orte-dynamische-prozesse (17.03.2023)

Oldenburg, Ray 1989: The Great Good Place: Cafes, Coffee Shops, Community Centers, Beauty Parlors, General Stores, Bars, Hangouts, and How They Get You Through the Day, New York.

Richter, Franziska (Hrsg.) 2023: Zukunft erproben. Theaterarbeit in Ostdeutschland. Impulse für eine gesellschaftspolitische Debatte, Bonn/Berlin.

Salomo, Katja 2019: The Residential Context as Source of Deprivation: Impacts on the Local Political Culture. Evidences from the East German State Thüringia, in: Political Geography 69, S. 103–117.

Willisch, Andreas 2021: Bürgerschaftliches Engagement als Gestaltungsentwässerung, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, <https://www.bpb.de/themen/stadt-land/laendliche-raeume/343480/buerger-schaftliches-engagement-als-gestaltungsentwässerung/> (13.03.2024).

Willisch, Andreas 2022: Soziale Innovationen, Transformation und Vertrauen, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin, <https://www.ostbeauftragter.de/ostb-de/ostdeutschland-ein-neuer-blick/blicke-auf-ostdeutschland/soziale-innovationen-transformation-und-vertrauen-2080838> (13.03.2024).

Zentrum für Sozialforschung Halle e. V.; Institut für Politikwissenschaft Friedrich-Schiller-Universität Jena; GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (Hrsg.) 2024a: Deutschland-Monitor '23, Halle/Saale.

Zentrum für Sozialforschung Halle e. V.; Institut für Politikwissenschaft Friedrich-Schiller-Universität Jena; GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (Hrsg.) 2024b: Deutschland-Monitor '23 – Kurzbericht, Halle/Saale.

Heimat als Indiz

Annäherung an einen progressiven Heimatbegriff

Leander Scholz

Als ich vor einigen Jahren nach dem Tod meiner Eltern in mein Heimatdorf fuhr, bemerkte ich eine Veränderung in der Landschaft, die ich zunächst gar nicht richtig erfassen konnte. Ich hatte mich mit meinen Geschwistern in unserem leer stehenden Elternhaus verabredet, um die abschließenden Formalitäten für den Verkauf zu erledigen. Wir alle waren schon lange fortgezogen und lebten in weit voneinander entfernten Städten. Keine*r von uns wollte zurück auf das Land, wo wir aufgewachsen waren. Das Dorf hatte nur ein paar Hundert Einwohner*innen, bestand früher aus fünf Bauernhöfen, einer Kirche, einer Kneipe, einem kleinen Laden und einem Bolzplatz. Seit meiner Kindheit war vieles anders geworden. Als Erstes verschwand die Kneipe, dann wurde die Kirche von einem Pfarrer aus einer anderen Gemeinde betreut, und den Laden wollte nach dem Tod der Besitzer*innen niemand mehr weiterbetreiben. Als ich jetzt noch einmal über die Felder spazierte, auf denen ich viele lange Nachmittage verbracht hatte, fühlte es sich plötzlich seltsam an, irgendetwas fehlte.

Ich starrte eine ganze Weile in die Landschaft, bis mir endlich auffiel, dass die Zäune nicht mehr da waren. Meine gesamte Kindheit über hatte ich schmerzliche Erfahrungen mit dem Stacheldraht gemacht, der die einzelnen Felder voneinander trennte. Ob wir nun über die Zäune geklettert waren oder uns ganz vorsichtig darunter durchgeschoben hatten, immer hatte sich irgendwer verletzt. Und jetzt gab es plötzlich nur noch eine weite Fläche, hier und da unterbrochen von Bäumen und Büschen. Dann bemerkte ich erst, dass mit den Zäunen auch die Kühe verschwunden waren, die mit ihrem schwarz-weißen Fell für mich immer so etwas wie eine lebendige Markierung in der Landschaft waren. Auf den Wegen waren keine Kuhfladen mehr zu entdecken. Noch immer kann ich mich an das eklige Gefühl erinnern, wenn ich trotz aller Vorsicht doch einmal mit meinen Sandalen hineingetreten war. Später erfuhr ich, dass es im Dorf nur noch einen Bauernhof gab, der alle anderen übernommen und inzwischen zu einer Milchfabrik geworden war. Die Kühe verließen den Stall nicht mehr.

Die Erfahrung, dass sich die Heimat verändert und manchmal sogar verloren geht, machen

Menschen in ähnlicher Weise seit weit über 100 Jahren. Sie hat ihre Voraussetzung in einer gesteigerten Mobilität, die freiwillig, aber auch erzwungen sein kann. In der deutschen Geschichte ist der Ursprung des Diskurses über die Heimat eng mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert und ihren sozialen Folgen verbunden. Mit dem Übergang von einem traditionellen Agrarland zu einer modernen Industrienation war eine weitreichende Urbanisierung des Lebensraums verbunden. Viele Menschen verließen die ländlichen Siedlungen und zogen in die entstehenden Großstädte, häufig aus Not und unter elenden Umständen. Die gewohnte Lebenswelt änderte sich binnen weniger Generationen radikal. Hatten die Menschen vorher noch in festen Gemeinschaften mit starken persönlichen Abhängigkeiten gelebt, taten sich nun soziale Räume dauerhafter Anonymität auf. Im Wechselspiel von Freiheit und Entfremdung entstand so die Sehnsucht nach Heimat.

Die Dynamisierung der Gesellschaft betraf dabei nicht allein die sozialen Verhältnisse, sondern ebenso den Bezug zur Natur. Aufgrund der enormen demografischen Schübe im Verlauf des 19. Jahrhunderts wurde es nötig, die Landwirtschaft erheblich zu intensivieren, was nur um den Preis massiver Eingriffe in die Lebensgrundlagen zu haben war. Das Zeitalter des Fortschritts definierte nicht nur die sozialen Beziehungen neu. Auf dem Spiel stand auch das uralte Vertrauen in eine natürliche Ordnung, das über Jahrhunderte das Leben auf dem Land bestimmt hatte. Im Zuge einer umfassenden Flurbereinigung und einer tiefgreifenden Agrarreform wurden gemeinsame Nutzungsrechte abgeschafft und kleine Parzellen aufgelöst. Es entstanden die großflächigen und geometrischen Felder, die wir auch heute noch kennen und die der Logik industrieller Produktion entsprechen. Damit war das Ende der alten agrarischen Le-

bensweise besiegelt und zugleich ein weiteres zentrales Element im Diskurs über die Heimat geschaffen, nämlich die Sehnsucht nach einer unversehrten Landschaft.

Bereits an dieser kurzen Skizze zeigt sich, wie der Diskurs über die Heimat mit den historischen Erfahrungen von Modernisierung und Transformation zusammenhängt. Was unter Heimat verstanden wird, ist in der Regel nicht vor den Erfahrungen einer Umwälzung gegeben, sondern entsteht erst im Nachhinein als Reaktion auf das Gefühl eines Verlusts. Es ist kein Zufall, dass Heimat sehr häufig etwas mit den Erinnerungen an die Kindheit zu tun hat, die eine Zeit und einen Raum beschreiben, die für die Erwachsenen nicht mehr zugänglich sind und sie trotzdem ein Leben lang begleiten. Es handelt sich um ein imaginäres Konstrukt, in dem das tiefe, emotionale Bedürfnis zum Ausdruck kommt, mit sich und seiner Umgebung in Einklang zu sein. In der Heimat fühlt sich alles richtig an. Es gibt keinen Grund für Veränderungen. Alles ist an seinem entsprechenden Platz, auch man selbst. Es ist daher ebenso kein Zufall, dass die Bilder, mit denen das Gefühl der Heimat illustriert wird, in der Regel einen idyllischen Charakter haben und sich auf den Nahbereich beschränken.

Das lässt sich besonders gut an der Erfindung der Landschaft im 19. Jahrhundert verdeutlichen. Denn zur ästhetischen Kategorie stieg die Landschaft als harmonisches Ensemble aus Natur, Häusern, Menschen und Tieren erst im Zuge der Industrialisierung auf. Unter dem Eindruck einer zunehmenden Zerstörung natürlicher Zusammenhänge durch die Begradigung von Flussläufen, die Umwandlung von Naturräumen in Nutzflächen und die Errichtung technischer Anlagen waren es vor allem Städter*innen aus dem gehobenen Bürgertum, die sich für den Erhalt einer ver-

meintlich traditionellen Landschaft einsetzen. Als Landschaft wurde dabei meist eine dörfliche Einheit mit der umgebenden Natur begriffen, die sich durch eine romantische Verklärung der agrarischen Lebensweise auszeichnete. Auch hier gab es keinen Anlass zu Veränderungen. In den heimatlichen Imaginationen waren die alten Abhängigkeitsverhältnisse durch einträchtige Gemeinschaften ersetzt. Weder in materieller noch in sozialer Hinsicht herrschte irgendein Mangel.

Was in solchen Vorstellungen zum Ausdruck kommt, die mit den tatsächlichen Verhältnissen auf dem Land nur wenig zu tun haben, ist eine komplexe Kompromissbildung zwischen den Errungenschaften der Modernisierung und Transformation und der Sehnsucht nach Sicherheit und Geborgenheit. Die Freiheit und der Wohlstand der neuen Zeit werden zurückprojiziert in eine Vergangenheit, in der vermeintlich noch alles in Ordnung war. So werden die modernen Errungenschaften nicht als solche abgelehnt, wohl aber die unvermeidlichen Nebeneffekte sozialer Anonymität und Konkurrenz. Es wird eine moderne Gesellschaft imaginiert, in der die soziale Nähe und die Kooperation der agrarischen Lebensweise erhalten geblieben sind. Was auf den ersten Blick wie ein Rückschritt aussieht, ist der Wunsch nach Fortschritt, ohne den Preis dafür zahlen zu müssen. Im 19. Jahrhundert bildeten solche konservativen Utopien ein wichtiges Korrektiv zur Industriegesellschaft und trugen zur Entstehung sowohl des Denkmalschutzes als auch des Naturschutzes bei.

In jedem Heimatgefühl steckt ein solcher idyllischer Charakter, auch heute noch. Manchmal ist es nur ein bestimmter Geruch, ein besonderer Geschmack oder eine vertraute Redensweise, die das beruhigende Gefühl auslösen können, dass die Welt wenigstens hier

und jetzt in Ordnung ist. In einer sich schnell ändernden gesellschaftlichen Umwelt kann das Heimatgefühl unser Vertrauen in die lebensweltliche Verlässlichkeit stärken. Die damit einhergehende Identifikation ist ein imaginärer Schutz, der einen wichtigen Beitrag zur sozialen Stabilität leistet. Wie wir uns bei individuellen Krisen unserer Vergangenheit versichern, indem wir zum Beispiel alte Fotos anschauen, nimmt die Sehnsucht nach Heimat zu, wenn die gesellschaftlichen Veränderungen als bedrohlich erfahren werden. Was dabei jeweils als Heimat aufgefasst wird, ist kein objektiv zu beschreibender Umstand, sondern ein Indiz dafür, was aus der Perspektive der eigenen Lebenswelt überhaupt als Krise erlebt wird. Daher lohnt es sich, genau zu analysieren, worin die imaginären Kompromissbildungen jeweils bestehen und das Unbehagen an der Modernisierung und Transformation nicht zu übergehen oder bloß als reaktionäre Abwehr abzutun.

Ein progressiver Begriff von Heimat muss vor allem diejenigen Elemente des Diskurses über die Heimat in den Vordergrund stellen, in denen sich die Wünsche nach Sicherheit und Geborgenheit als Kritik an den bestehenden Verhältnissen artikulieren. Denn diese können den Menschen helfen, sich selbst überhaupt als handlungsfähig zu begreifen. Als Heimat wird in der Regel ein regional abgegrenzter Ausschnitt aus der Welt bezeichnet, mit dem es einfacher ist, sich in Beziehung zu setzen. Während das große Ganze meist als unüberschaubar und unbeherrschbar erscheint, wohnt dem Diskurs über die Heimat zwangsläufig eine Reduktion der gesellschaftlichen Komplexität inne, bis hin zur Verkleinerung und auch zum Kitsch, die es aber im Gegenzug erlaubt, sich selbst wieder in eine aktivierende Nähe zu den Menschen und seiner unmittelbaren Umgebung zu bringen. Sich heimisch zu fühlen, und sei es auch

nur an einem einzigen Ort oder bloß in besonderen Momenten, kann aus diesem Grund ein entscheidender Ausgangspunkt für die Entdeckung der eigenen Handlungsmacht sein.

Ich wusste schon früh, dass ich meine Heimat verlassen würde, sobald mir das möglich wäre. Nach dem Schulabschluss zog ich in eine mittelgroße Stadt, die weit genug entfernt war von meinem Elternhaus, und leistete dort meinen Zivildienst. Am Anfang habe ich mich extrem einsam gefühlt und auch überfordert von meiner neuen Umgebung, die viel anonym und komplexer war als mein Heimatdorf. In den ersten Monaten bin ich häufig stundenlang mit dem Fahrrad durch die Stadt gefahren, um herauszufinden, wo ich jetzt überhaupt lebe. Es hat lange gedauert, bis ich Orte gefunden hatte, an denen ich mich zu Hause fühlte und selbstbewusst sagen konnte, hier beginnt mein neues Leben. Im Unterschied zur ursprünglichen Heimat verlangt die zweite Heimat viel mehr eigene Aktivität ab. Das 20. Jahrhundert und auch unsere Gegenwart sind voller Geschichten über das freiwillige und erzwungene Verlassen der Heimat, aber auch über gelungene Ankünfte in einer neuen Heimat. Im Fokus eines progressiven Heimatbegriffs müssten daher die sozialen Ankerpunkte stehen, die es den Menschen ermöglichen, den Schritt von der ersten zur zweiten Heimat zu machen. Denn während der traditionelle Heimatbegriff in der Regel darauf ausgerichtet ist, eine imaginäre Vergangenheit zu bewahren, ließe sich auf diese Weise ein Heimatbegriff gewinnen, der die Zukunft und ihre Gestaltbarkeit zum programmatischen Inhalt hat.

Mein Heimatdorf mit seinen weiten Feldern, die auch heute noch eine wichtige Bedeutung für mich haben, liegt ganz im Westen der Republik. Mein Vater, der als junger Mann

aus der DDR geflohen war, wollte eigentlich viel weiter in den Westen jenseits des Atlantiks. Die Weiten, von denen er mir immer vorgeschwärmt hat, hat er selbst nie gesehen. Später, im Verlauf meines Berufslebens, bin ich für einige Jahre in ein östliches Bundesland gependelt und habe gegenüber einer Bäckerei gewohnt, die auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung noch DDR-Brötchen als ein ganz besonderes Angebot in ihrem Sortiment hatte. Ich selbst konnte den Unterschied zu sonstigen Brötchen nie herausschmecken. Aber wenn man Zugang zum Heimatgefühl anderer Lebenswelten haben will, dann muss man sich die Mühe machen zu verstehen, warum solche Markierungen für die Menschen von enormer Bedeutung sein können. Denn selbst solche vermeintlich bloß nostalgischen Erinnerungen können wichtige Agenten sein, um sich einen eigenen Weg in die Zukunft zu bahnen.

Dr. Leander Scholz, Philosoph und Schriftsteller. Zuletzt erschienen von ihm „Zusammenleben. Über Kinder und Politik“ (Hanser 2018), „Die Menge der Menschen. Eine Figur der politischen Ökologie“ (Kadmos 2019) und „Die Regierung der Natur. Ökologie und politische Ordnung“ (Matthes & Seitz 2022).





Anhang

Angaben zu den Autor*innen

Dr. Katrin Bauer studierte Volkskunde, Kunstgeschichte und Neuere Geschichte an der Universität in Bonn. Sie war Promotionsstipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung und ist gegenwärtig wissenschaftliche Referentin im Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) in Bonn. Sie befasst sich mit Alltagskultur.

Melanie Blatter, Betriebswirtin. Nach dem Studium wurde sie Referentin der Geschäftsführung und seit 2022 ist sie Abteilungsleiterin Bildungs- und Wissenschaftspolitik bei der Arbeitskammer des Saarlandes. In dieser Funktion ist sie für die Koordination der Projekte Weiterbildungsverbund Saarland und TraSaar verantwortlich.

Dr. Juliette Brungs, Literaturwissenschaftlerin, Promotion in den USA 2013 zum Thema „Performing the Jewish Body in Contemporary Germany“. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für demokratische Kultur der Hochschule Magdeburg-Stendal. Darüber hinaus arbeitet sie als Mediatorin und systemische Beraterin. Von 2014 bis 2022

war sie in der politischen Bildung tätig, mit Schwerpunkt auf Radikalisierungsprävention.

Gabriele Dafft studierte Volkskunde, Kunstgeschichte und Vergleichende Religionswissenschaften an der Universität Bonn. Sie ist wissenschaftliche Referentin im Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte (LVR) in Bonn. Sie befasst sich mit Alltagskultur.

Jana Faus, Studium der Sozialwissenschaften (Diplom) in Mannheim und Utrecht. Seit mehr als 15 Jahren Forschung zu politischen und gesellschaftlichen Themen in Asien, Australien und Deutschland und Autorin mehrerer Studien und Publikationen. Seit 2012 Gründerin und Geschäftsführerin der pollytix strategic research gmbh, mit der sie auf Basis qualitativer und quantitativer Forschung Kund*innen aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft strategisch zu gesellschaftlichen und politischen Fragen berät.

Dr. Lennart Hagemeyer, Studium der Sozialwissenschaften (B.A.) und Politischen Kommunikation (M.A.) in Osnabrück und Düsseldorf. Im Anschluss Promotion (Dr. phil.) und

wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Kommunikationswissenschaften an der Hochschule in Hannover. Seit 2021 bei der pollytix strategic research gmbh als Seniorberater mit Fokus auf qualitative Forschungsvorhaben tätig.

Marleen Hascher, M. A., Sozialwissenschaftlerin, Master an der Humboldt-Universität zu Berlin 2023 zum Thema „Ostdeutsche zwischen Klassen- und Identitätsbewusstsein“. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Vorstand am Institut für demokratische Kultur der Hochschule Magdeburg-Stendal.

Lars Katzmarek, Ausbildung zum Mechatroniker bei Vattenfall, für die er bis 2017 arbeitete. Seit 2017 als „Regionalmanager Green Business“ bei der LEAG angestellt und Revierbotschafter der Lausitz“ für den DGB, zudem im Vorstand des überparteilichen Netzwerks „Junge Lausitz“ aktiv, das sich dafür einsetzt, die Lausitz für junge Menschen attraktiv zu machen.

Prof. Dr. Claudia Neu, seit September 2016 Leiterin des Fachgebiets Soziologie ländlicher Räume der Universitäten Göttingen und Kassel. Von 2009 bis 2016 war sie Professorin für Allgemeine Soziologie an der Hochschule Niederrhein. Neu ist Vorsitzende des Sachverständigenrates „Ländliche Entwicklung“ beim Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen „Demographischer Wandel, Zivilgesellschaft sowie Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen“.

Dr. Helge Petersen, Sozialwissenschaftler, Promotion an der University of Glasgow 2022 zum Thema „Racism, crisis, and confrontation – political struggles over racist violence

and state racism in Britain, 1958–1999“. Er ist Postdoktorand und Vorstandsmitglied am Institut für demokratische Kultur der Hochschule Magdeburg-Stendal.

Dr. Leander Scholz, Philosoph und Schriftsteller. Zuletzt erschienen von ihm „Zusammenleben. Über Kinder und Politik“ (Hanser 2018), „Die Menge der Menschen. Eine Figur der politischen Ökologie“ (Kadmos 2019) und „Die Regierung der Natur. Ökologie und politische Ordnung“ (Matthes & Seitz 2022).

Thomas Otto, Studium der Betriebswirtschaftslehre (Diplom) in Saarbrücken. Im Anschluss war er Gewerkschaftssekretär beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt am Main, zuständig für Betriebswirtschaft, Mitbestimmung und Europa. Seit 2016 ist er Hauptgeschäftsführer der Arbeitskammer des Saarlandes.

Carina Webel, Studium der Volkswirtschaftslehre (Diplom) und Politikwissenschaft (M. A.) in Trier und Bristol, UK. Im Anschluss war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich „Arbeitsmärkte und soziale Sicherung“ am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e. V. in Tübingen, seit 2013 ist sie bei der Arbeitskammer des Saarlandes tätig, seit 2016 Abteilungsleiterin Wirtschafts- und Umweltpolitik.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung

Hier sehen Sie eine Auswahl von Publikationen der FES mit thematischen oder regionalen Bezügen:



fes.de/publikationen



Andreas Zick / Beate Küpper / Nico Mokros (Hg.)

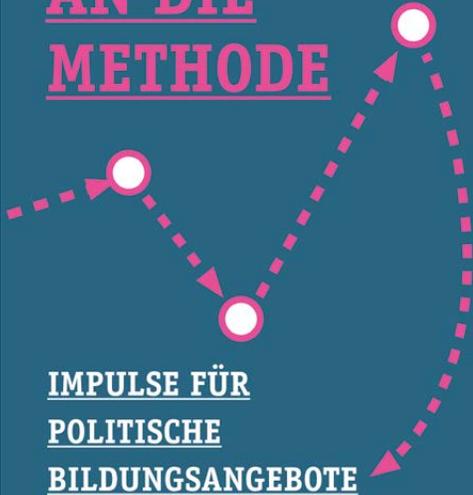
DIE DISTANZIERTERTE MITTE

RECHTSEXTREME UND
DEMOKRATIEGEFÄHRDENDE
EINSTELLUNGEN IN
DEUTSCHLAND 2022/23

Herausgegeben für die
Friedrich-Ebert-Stiftung
von Franziska Schröter



EINE ODE AN DIE METHODE



IMPULSE FÜR
POLITISCHE
BILDUNGSANGEBOTE

EIN HANDBUCH
herausgegeben von Stefanie Elies
und Yvonne Lehmann



TRANSFORMATIONS- POTENTIALE OSTDEUTSCHLANDS TRANSFORMATION KOORDINIERT, RESSOURCEN- UND BETEILIGUNGS- ORIENTIERT GESTALTEN

EIN IMPULSBETRAG VON
STEFANIE ELIES UND FRANZISKA RICHTER



POLICY PAPER
**TRANSFORMATIONEN
FAIR & FEMINISTISCH
GESTALTEN**
Clemens Striebing, Sonal Malagimani,
Andrea Heigt, Nathalie Voigt, Katharina Hochfeld

**ZUM EINSTIEG – EINE KOPFSTAND-
ÜBUNG: WIE EINE KONSERVATIVE
TRANSFORMATIONSPOLITIK FRAUEN
(UND MÄNNERN) SCHADET**

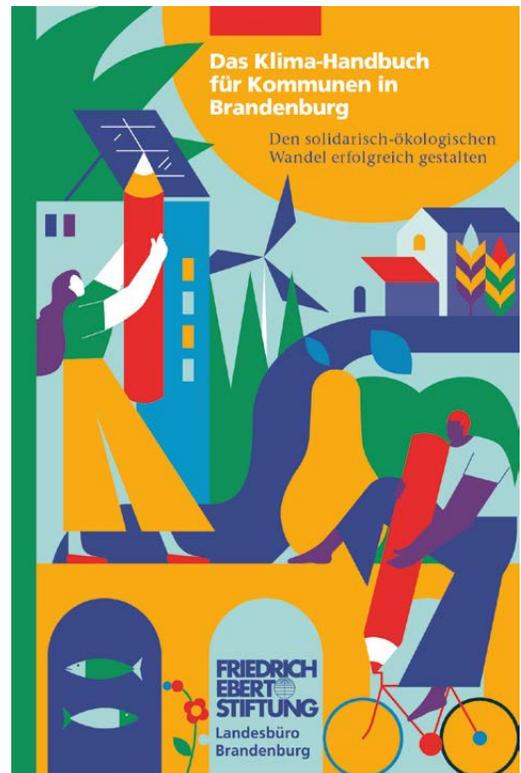
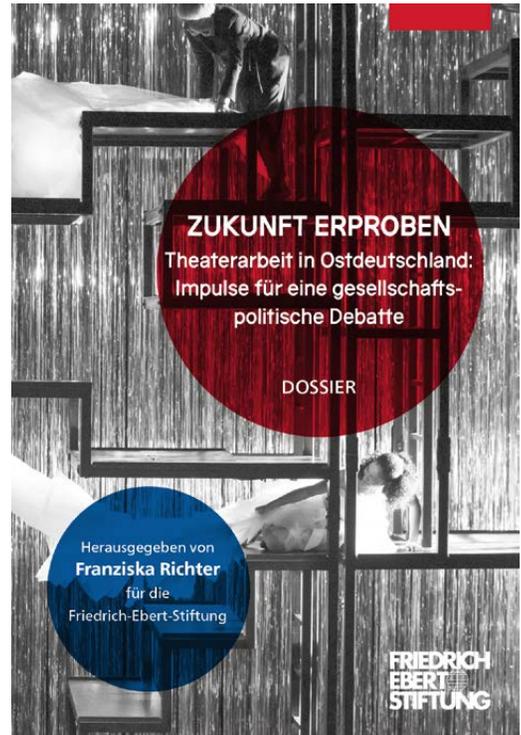
Eine konservative Transformationspolitik zeichnet sich dadurch, bei **Energiewende, Digitalisierung, demographischem Wandel** und anderen großen gesellschaftlichen Herausforderungen eine **Flüde** beizubehalten, etablierte Industrien zu fördern, nur mit etablierten Anspruchsgruppen zu sprechen und ausschließlich darauf bedacht zu sein, die Folgen von Wandlungsprozessen abzumildern. Eine konservative Transformation blendet die Frage der Geschlechtergleichheit aus und nimmt das Miteinander der Geschlechter als unverrückbare Tatsache hin.

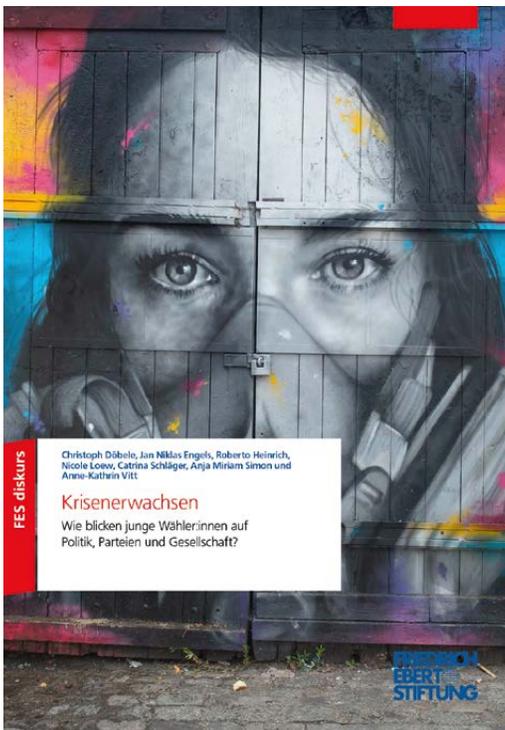
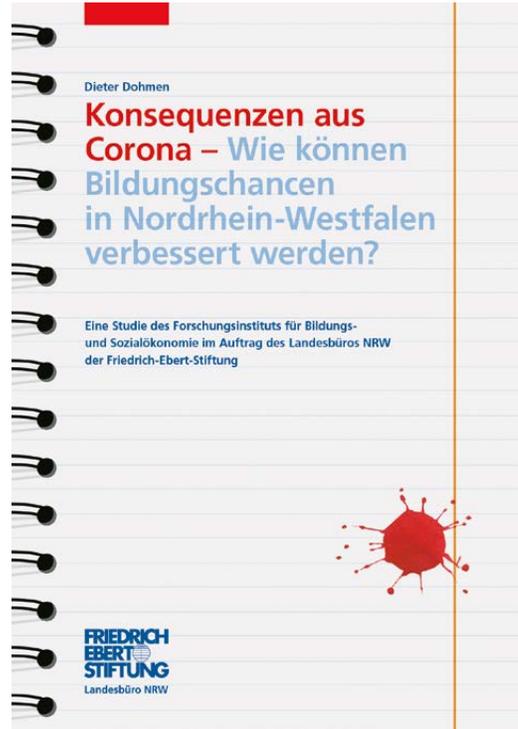
Eine **konservative Transformationspolitik**:
→ erhält und fördert Arbeitsplätze vor allem in Industrien, in denen Frauen traditionell unterrepräsentiert sind (bspw. Maschinenbau, Automobil, Elektro, IT, Energie).
→ unterstützt auf diese Weise die Abwanderung vieler hochqualifizierter Frauen (die bspw. eher in den Sektoren Pharma, Kommunikation, Tourismus, Lebensmitteltechnologie tätig sind) in andere Regionen.
→ stützt dadurch die traditionelle Rollenverteilung in sogenannten **Brückener** Beziehungen.

→ wodurch Frauen sich zeitlich weniger in Transformationspolitik in den Volkvertretungen von Gemeinden und Landkreisen oder förmlich in Energiekooperationen einbringen,
→ zementiert die Einkommensungleichheit von Männern und Frauen,
→ unterschätzt dabei den Wert, den Betreuung und Pflege von Kindern und älteren Angehörigen haben und
→ schafft es auf diese Weise nicht, Antworten auf die absehbare Überforderung der Bevölkerung und Überlastung des regionalen Gesundheitswesens und Pflegesektors zu finden.

In so einer Region wollen wir nicht leben. Wir fordern eine **faire und feministische Transformationspolitik**, welche die Bedürfnisse und Lebenswirklichkeiten aller Menschen in einer Region miteinbezieht. Bisher ist die Bewertung von Transformationsprozessen unter Geschlechteraspekten jedoch bestenfalls ein unbeabsichtigter Nebeneffekt (Beltkowsky 2021).

Wir treten daher ein für eine geschlechtssensible Abschätzung der Folgen von Transformationsprozessen und -politik





Impressum

ISBN 978-3-98628-555-5

2024 by Friedrich-Ebert-Stiftung

HERAUSGEBERIN

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Godesberger Allee 149

D- 53175 Bonn

E-Mail: info@fes.de

HERAUSGEBENDE ABTEILUNG

Politische Bildung & Dialog

Referat Demokratie Gesellschaft &

Innovation in Zusammenarbeit mit

den Landesbüros Brandenburg, Nordrhein-

Westfalen, Saarland und Sachsen-Anhalt

Kontakt/Bestellung

dgi@fes.de

INHALTLICHE VERANTWORTUNG

UND REDAKTION

Philipp Kauppert, Referent für

Zusammenhalt in Vielfalt,

Franziska Richter, Referentin für Politik in

Ostdeutschland, Kultur & Politik

Referat Demokratie, Gesellschaft & Innovation

IN ZUSAMMENARBEIT MIT

Urban Überschär, Leiter FES-Landesbüro Branden-
burg | Severin Schmidt, Leiter Landesbüro Nord-

rhein-Westfalen | Marcel Rauer, Leiter Landesbüro

Sachsen-Anhalt | Ellen Diehl, Leiterin Landesbüro

Saarland/Rheinland-Pfalz | Dr. Stefanie Elies, Refe-

ratsleitung Demokratie, Gesellschaft & Innovation

LEKTORAT

Dr. Christian Jerger, ad litteras

GESTALTUNG

Bergsee, blau

BILDNACHWEISE

Fotos der Kapiteltrenner: S. 87 (rechts)

S. 68-69: picture alliance / Zoonar | lev dolgachov

Nähere Informationen zur Publikation
und kostenfreier Download hier:

[www.fes.de/studie-
transformationserfahrene-regionen](http://www.fes.de/studie-
transformationserfahrene-regionen)

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany in 2024



BRANDENBURG | SEITE 78-79

An der Einmündung zum Sedlitzer See wurde die 30 Meter hohe Landmarke Lausitzer Seenland, der sogenannte Rostige Nagel, erbaut. Dies ist ein Aussichtsturm aus 111 Tonnen Cortenstahl, mit der Grundfläche eines rechtwinkligen Dreiecks.

picture alliance / imageBROKER | Max Gärtner



NORDRHEIN-WESTFALEN | SEITE 6-7

Beleuchtetes stillgelegtes Hüttenwerk im Landschaftspark Duisburg-Nord in der Nacht, Nordrhein-Westfalen, Ruhrgebiet, Duisburg.

picture alliance / blickwinkel/S. Ziese | S. Ziese



SAARLAND | SEITE 14-15

Weltkulturerbe Alte Völklinger Hütte.

Bei der Eröffnung der Urban Art Biennale, die auch Werke in der Völklinger Innenstadt präsentierte. Hier Arbeiten des Künstlers Ox.

picture alliance / BeckerBredel | BeckerBredel



SACHSEN-ANHALT | SEITE 50-51

Solar Feld und Windkraftanlagen im Solar Valley. Standort vieler Solarfirmen wie Q-cells Sovello bei Bitterfeld-Wolfen in Sachsen-Anhalt.

picture alliance / Global Travel Images | Global Travel Images

